

wut

was uns betrifft

Thema:

Abrüstung

Im Blickpunkt:

„Gottes Geist
befreit
zum Leben“^{ff}

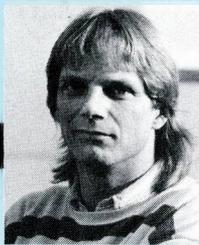
Eindrücke
vom
Kirchentag



INTERN

Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 21.7.91



fangen wir doch einfach mal mit einer guten Nachricht an: Nach 9 Jahren haben sich die beiden Supermächte in Sachen atomarer Interkontinentalraketen endlich geeinigt. Die START-Verhandlungen, die 1972 begannen, wurden erfolgreich abgeschlossen, beide Seiten werden ihre Potentiale um ca. 30 % reduzieren. So weit, so gut. Daß damit allerdings die USA immer noch mehr als das Doppelte und die UdSSR mehr als das Fünffache von dem behalten dürfen, was sie zu Beginn der Verhandlungen, also 1972, überhaupt hatten, das relativiert die gute Nachricht schon wieder erheblich. Mehr dazu auf den Seiten 13 – 20.

Mit dem Themenschwerpunkt dieser Ausgabe liegen wir gegenwärtig recht gut im Trend: Abrüstung, Kooperation und „neues Denken“ sind „in“, Blockdenken und Konfrontation sind „out“. Mauern sind absolut „mega out“, runde Tische dagegen sind jetzt „mega in“, inzwischen tatsächlich auch als Möbelstück: Noch nie wurden in Deutschland so viele runde Tische verkauft wie heute (das ist kein Witz, wir haben beim Bundesverband der Möbelhersteller nachgefragt).

Im Weltmaßstab allerdings ist von „neuem Denken“ recht wenig zu spüren, im Grunde wird hochgerüstet wie eh und je. In den Nahen Osten werden voraussichtlich in den nächsten Monaten mehr Waffen geliefert werden als vor dem Golfkrieg. In den wenigen Wochen seit Kriegsende haben allein die Rüstungsbetriebe der USA Verträge über 30 Milliarden (!) Dollar abgeschlossen. Die weltweite Multi-Media-Show der präzisesten und saubersten High-Tech-Waffen hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Vor allem die Staatschefs in der Dritten Welt wollen sie unbedingt haben, die Patriot-Raketen, Kampfflugzeuge, M1-Panzer... Die Regierungen der Dritte-Welt-Länder, so war in der 'Zeit' zu lesen, geben etwa 20 % ihres Staatshaushaltes für militärische Zwecke aus, und das ist mehr als sie für Erziehung und Gesundheit zusammen bereitstellen. Die Weltbank hat soeben ausgerechnet, daß rund um den Globus pro Jahr immer noch mehr als 1 000 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben werden. Und auch die Welternährungsorganisation FAO in Rom hat wieder neue Zahlen vorgelegt: Rund 30 Millionen Menschen in Afrika seien in diesem Jahr von Unterernährung und Hunger bedroht. Also geht das wirklich nicht, daß wir einfach mal mit einer guten Nachricht anfangen? Vielleicht doch: Gerade noch rechtzeitig kommt uns da eine

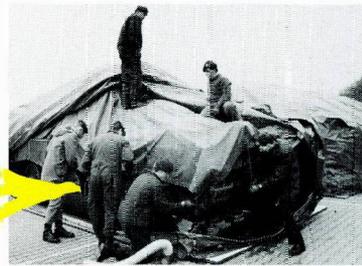
Meldung aus Bonn auf den Tisch. Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 1992 wird der Verteidigungsetat gekürzt – um 0,1 %! Ich denke, wir versuchen das mit der guten Nachricht im nächsten Heft ganz einfach noch mal. Bis dahin, herzlich Ihr/Euer

Werner Schulz

INHALT

SEITE 3	3
IM BLICKPUNKT	4
Der Kirchentag und der Golfkrieg	
PREISRÄTSEL	7
RÜCKBLICK	8
15. Mai: Internationaler Tag der KDVer	
NACHLESE	9
MÄNNER, MACHT UND MILITÄR (wub 2/91)	
KONTROVERS	10
KriegsgegnerInnen im Krankenhaus – kriegswichtige Dienste verweigern?	
RECHT	12
„Der subventionierte Zivi“	
WUB-THEMA: ABRÜSTUNG	13
Abrüstung in Europa – Bilanz und Perspektiven	14
„Das Militär zieht ab, die Schäden bleiben“ Umweltbelastung durch Militär	16
„Nehmt Abschied, Brüder...“ – Abrüstung in Mutlangen	18
„Abrüstung Ja – Arbeitslosigkeit Nein!“	20
WUB-GRAFFITI	21
Von Dieter Hildebrandt	
UNTERWEGS	22
Libyen und die Nachbarstaaten	
PORTRAIT	24
Hermann Stöhr	
KULTURTIPS	25
INFO	26
BRIEFE	28
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
Von Holger Gifhorn	
WUB-ART	32
Joseph Beuys, „Der Friedenstanz“	

Titel: „Die gefangene Schöpfung“, dargestellt vom Ruhrballett beim Abschlußgottesdienst des Kirchentages. Foto: Rainer Raffalski



wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft). Zeitschrift für KDVer und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Gerd Fiwss, Stuttgart; Günter Knebel, Bremen; Holger Gifhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 6 36 82 14. Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 24 46 96. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 09) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschlt. Versand) kostet DM 10.–. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 30. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertriebsmitarbeiter und neuer Adresse. / Gesamtherstellung und Layout: windrueter kollektiv, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf, Tel. (07 11) 6 13 76 / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 53 000 / ISSN 0936-6520

Fundstücken

Golf-Wellensittiche

Sechs Wellensittiche, die während des Golfkriegs in Diensten der britischen Marine standen, sind jetzt für ihre vorbildliche Pflichterfüllung und Tapferkeit ausgezeichnet worden. Ein Sprecher der britischen Streitkräfte sagte, 20 Schüler der St. George's-Schule in Gibraltar hätten die Vögel mit bronzenen Medaillen geehrt. Der Zerstörer „Manchester“ hatte die von der Schule zur Verfügung gestellten Vögel im Januar – unmittelbar vor dem Aufbruch in die Golfregion – als Teil eines Frühwarnsystems gegen befürchtete Giftgasangriffe an Bord genommen. Kanarienvögel und Wel-

lensittiche werden traditionell in Kohlengruben eingesetzt, weil sie einen ausgeprägten Sinn für Gas haben.

„Gepanzerte“ Bibeln

„Gepanzerte“ Bibeln für die am Golf stationierten amerikanischen Soldaten bot ein Verlag aus dem US-Staat Iowa an. Die mit Stahlplatten geschützte Taschenausgabe der Heiligen Schrift kostet umgerechnet rund 30 Mark und fand offenbar reißenden Absatz. Auch der Oberbefehlshaber der US-Truppen am Golf, General Schwarzkopf, soll sich eine gepanzerte Bibel zugelegt haben.

(gefunden in „Die Rheinpfalz“, 20.2. und 10.7.91)

Nachlese

wub berichtete...

– in Nr.2/91 über Kriegssteuererweigerung. Wie die ökumenische Aktion „Steuern zu Pflugscharen“ jetzt mitteilte, haben seit Beginn des Golfkrieges mehr als 1 000 Mitarbeiter/innen der evangelischen und katholischen Kirche bei ihren Arbeitgebern Anträge zur Ermöglichung der Kriegssteuererweigerung aus Gewissensgründen gestellt.

Die Steuererhöhungen, die zum 1.7. in Kraft traten, werden inzwischen hauptsächlich mit den Kosten für die deutsche Einheit begründet. In diesem Zusammenhang bleibt unserem Bericht in wub 2/91 folgendes Zitat nachzutragen:

„Noch Anfang Januar 1991, bei der Vorbereitung des Kabinetentwurfs, standen Steuererhöhungen nicht auf der Tagesordnung. Bis zum Ausbruch des Golfkrieges habe ich niemandem den Auftrag gegeben, Steuererhöhungen zu erarbeiten. Wenn die Ausgaben für den Golfkrieg nicht auf uns zugekommen wären, hätten wir im Jahre 1991 die Steuern nicht erhöht!“ (Finanzminister Theo Waigel am 12.3.91 im Bundestag)



Muß wieder eingestellt werden: Wintex-Verweigerer Alfred Hurst.

Foto: W. Schulz

– in Nr.2/89 über die Entlassung des Sozialarbeiters und KDVer Alfred Hurst, der sich als Mitarbeiter des Landratsamtes Lindau weigerte, im Dienstauftrag an der Nato-Übung „Wintex-Cimex“ teilzunehmen. Im April 91 ging das jahrelange gerichtliche Tauziehen endlich mit einem Vergleich zu Ende, der dem streitbaren KDVer auf der ganzen Linie Recht gibt: Das Landratsamt Lindau muß Alfred Hurst die „nächstfreiwerdende Stelle eines Sozialarbeiters beim Landkreis anbieten“ und darf ihn, im Falle seines Wiedereintritts, nicht mehr für Verwaltungsübungen mit „militärischem Bezug“ einplanen. Ein weiterer „Sieg nach Punkten“ für den Gewissensschutz am Arbeitsplatz.

Zahlen



Zeichnung: G. Mester

Golfkriegs-Statistik

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace veröffentlichte im Mai eine Studie über die Zahl der Golfkriegs-Opfer. Insgesamt 155 000 Menschen sind nach Greenpeace-Schätzungen in der Folge des Golfkrieges umgekommen. Außerdem hätten mindestens 5 Mio. Menschen ihre Wohnung oder Arbeit verloren. 5 000 bis 15 000 irakische Zivilisten und 100 000 bis 120 000 irakische Soldaten sowie 2 000 bis 5 000 Kuwaiter/innen im besetzten Kuwait seinen getötet worden. Der Bürgerkrieg im Irak nach dem Golfkrieg habe weitere 20 000 Opfer gefordert. Die Verluste der Alliierten wurden mit 343 Soldaten angegeben.

Greenpeace-Mitarbeiter/innen haben außerdem ausgerechnet, daß bei den Luftangriffen des Krieges durchschnittlich eine Tonne Munition notwendig gewesen sei, um einen Menschen zu töten. Während des Koreakrieges seien es noch 4 Tonnen gewesen.

Ebenfalls im Mai legten Wissenschaftler und Ärzte der amerikanischen Harvard-Universität

nach einer Reise ins Kriegsgebiet erschütternde Prognosen vor: Etwa 170 000 irakische Kinder, 5% der unter 5jährigen, werden nach Einschätzung der Delegationsteilnehmer an den Spätfolgen des Golfkrieges sterben, weil es sowohl an medizinischer Versorgung als auch an notwendiger Hygiene und sauberem Wasser mangelte.

Kosten für Gewissensprüfung

Die Kosten der mündlichen Gewissensprüfung, denen sich KDVer (z.B. alle Soldatenverweigerer) immer noch unterziehen müssen, beliefen sich nach Angaben der Bundesregierung im Haushaltsjahr 1989 auf rund 1,6 Mio. DM.

Bundeswehr-Tarife

1 Wehrübungsplatz:
DM 42 000 pro Jahr (5 000 Plätze sind für 1991 veranschlagt = 210 Mio. DM);
1 Kampfpanzer-Übungsschuß:
DM 1 900;
1 Ausbildung zum Panzerfahrer:
DM 20 000.



1 Schuß = 1 900 DM

Foto:Storz/Graffiti

Der Kirchentag und der Golfkrieg

Mit mehr als 100.000 Teilnehmer/innen fand der 24. Deutsche Evangelische Kirchentag vom 5. – 9.6. im Ruhrgebiet statt, 10 Wochen nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes am Golf. Im Programmheft aber tauchte dieser Krieg als Thema nur vereinzelt

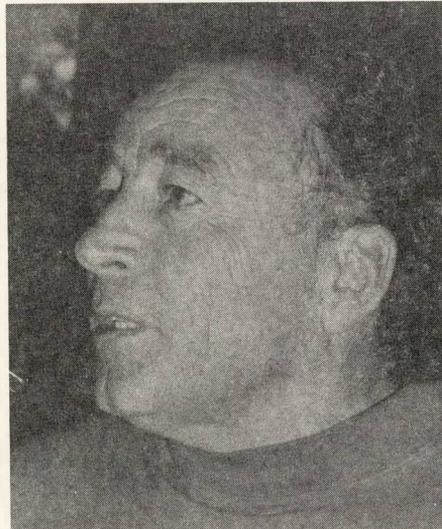
auf. „Kirchentage sind evangelische Zeitansage“, so steht's in der Selbstdarstellung der Kirchentagsleitung. Waren der Krieg am Golf, seine Ursachen und Folgen nach evangelischer Zeitrechnung schon „out“?

Von Werner Schulz

„Wir wollen Frieden für alle – hewenu shalom alejchem...“, die 10000 Zuhörer/innen in der Dortmunder Westfalenhalle sangen begeistert mit, als Reuven Moskowitz aus Jerusalem mit seiner Mundharmonika ein paar Lieder aus seiner Heimat anstimmte – israelische und palästinensische Lieder. Der Mitbegründer und ehemalige Sekretär des arabisch-israelischen Friedenszentrums „Neve Shalom“ (Oase des Friedens) war eigens für den Kirchentag aus Jerusalem angereist, um mit umgehängten Sandwich-Plakaten, ein paar selbstkopierten Flugblättern (s. nebenst. Auszug) und einem mehrtägigen Fasten auf die „furchtbare Situation“ in seiner Heimat aufmerksam zu machen.

Der „Fußgänger des Friedens“, wie Reuven Moskowitz sich selber nennt, war der gefeierte Star beim „Forum nach dem Golfkrieg“ und dabei war sein Auftritt im Programm noch nicht mal vorgesehen. Auch der andere echte Farbtupfer dieses Veranstaltungstages war nicht eingepplant: Die „Besetzung“ des Podiums (für ein paar Minuten) durch eine Gruppe assyrischer Christen, Mitglieder der „Gesellschaft für bedrohte Völker“. Auf Transparenten und in einem kurzen Redebeitrag warfen die assyrischen Flüchtlinge der Kirchentagsleitung vor, die Verfolgung und Ermordung der Kurden, der christlichen Assyrer im Irak und anderer ethnischen oder religiösen Minderheiten in der Dritten Welt nicht ausreichend zu thematisieren. Besonders scharf kritisierten sie, daß in den Kreis der Podiumsredner zum Thema Golfkrieg niemand aufgenommen wurde, der die kurdischen und assyrischen Opfer des Völkermordes im Irak hätte vertreten können. Daß viele der Teilnehmer/innen diese Kritik teilten, machte der langanhaltende Beifall deutlich, den Aziz Said, Vorsitzender des Assyrischen Zentralverbandes in Deutschland, auf seine wenigen Worte erhielt. Aber wie zu erwarten war, es blieb natürlich bei der vorgesehenen Zusammensetzung des Podiums. Und so wurde die einzige Großveranstaltung zum Thema Golfkrieg des Kirchentags – die übrigens fast auf die Stunde zeitgleich mit der großen Konfetti-Siegesparade der Amerikaner in New York stattfand – am Ende alles in allem eine leidenschaftslose, trockene, fast langweilige Übung.

Eingeleitet wurde das Ganze mit einem akademisch-nüchternen Referat über die möglichen Ursachen des Golfkrieges. Sodann folgte endlich die mit viel Spannung erwartete Diskus-



„Fußgänger des Friedens“ – Reuven Moskowitz

Gewalttausch

„Wer aufrichtig bereit ist, der Wahrheit und der Gerechtigkeit ins Auge zu blicken, muß gestehen, daß die Verdrängung des palästinensischen Problems durch die israelische Politik gescheitert ist. Die einzige Sprache, die die israelische Regierung mit den Palästinensern gesprochen hat, ist die Sprache der Gewalt. Die Erfahrung aber zeigt, daß die übertriebene Gewalt, die gegen die Palästinenser angewendet wurde, nur zu einer weiteren Eskalation der Gewalt, der Brutalisierung und der Bestialisierung beider Gesellschaften geführt hat.“

Waum solidarisieren sich deutsche Christen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschenrechte anerkennen, mit einer aussichtslosen Politik, die versucht, den Palästinensern eine Gewaltlösung aufzuzwingen? Mehr als von den Palästinensern ist Israel von dem Gewalttausch seiner Machthaber bedroht. (...)

Zu lange haben wir dem unverantwortlichen chauvinistischen Spiel mit dem Schicksal der Völker in dem „Heiligen Land“ zugesehen. Es leben dort zwei unglückliche, tief verletzte und verzweifelte Völker: Das eine als Opfer des Antsemitismus und Nazismus, das zweite, weil von ihm gefordert wird, den Preis dafür zu bezahlen.“

Reuven Moskowitz, Jerusalem



Verregneter Abschlußgottesdienst

sion zwischen dem Heidelberger Theologen und früheren Kirchentagspräsidenten Wolfgang Huber und dem ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Altenburg zur Frage: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein – gilt das noch?“ Ein „Streitgespräch“, so stand's im Programmheft, sollten die beiden führen. Bei der Fragestellung kein Problem, sollte man meinen. Aber weit gefehlt. Während andernorts der Streit um pro und kontra Golfkrieg hitzig geführt wurde, ehemals engagierte Anhänger der Friedensbewegung ins Abseits trieb, ja sogar Hausgemeinschaften entzweite und Sauna-Cliquen zerriß, waren sich auf dem Kirchentagspodium der Pazifist Huber und der ehemals oberste Soldat der Bundeswehr in fast allen wesentlichen Fragen einig. Man traute bisweilen seinen Ohren kaum: Huber hielt den Krieg am Golf für vermeidbar – Altenburg auch. Huber bezeichnete die Festsetzung einer Ultimatumsfrist als Fehler – Altenburg auch. Für Huber war dieser Krieg weder moralisch noch theologisch zu rechtfertigen – für Altenburg auch nicht. „Der militärische Sieg war eine Katastrophe, denn er hat den Frieden nicht weitergebracht“, so das Resümee von Wolfgang Huber – und wiederum ganz ähnlich das Fazit des Generals a. D.: „Die militärische Zielsetzung allein genügt nicht bei der Beurteilung

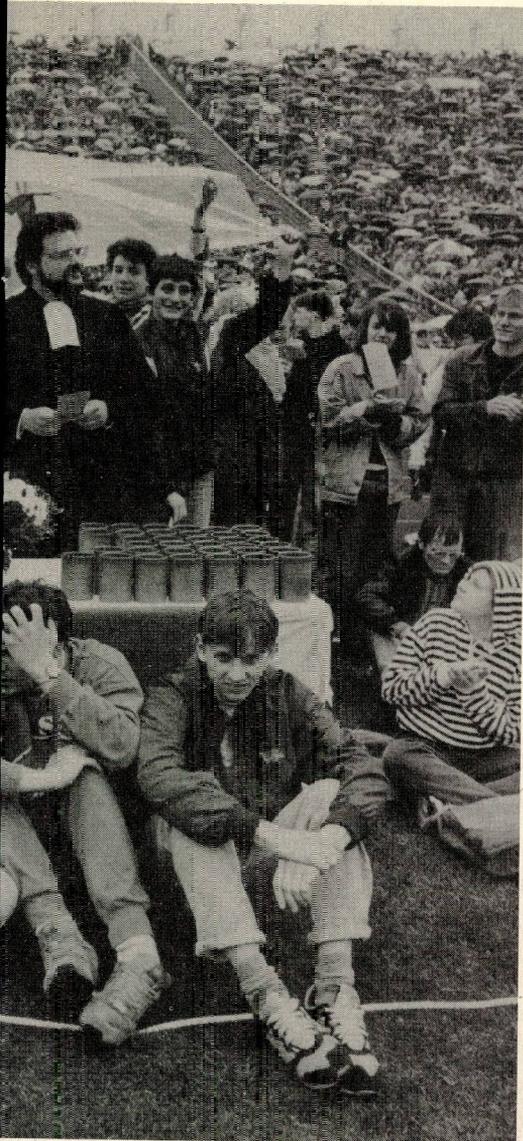
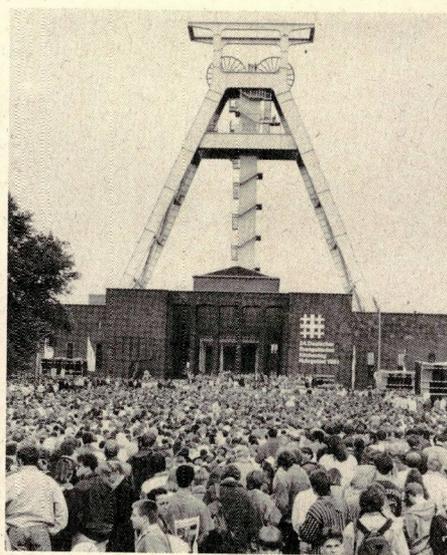
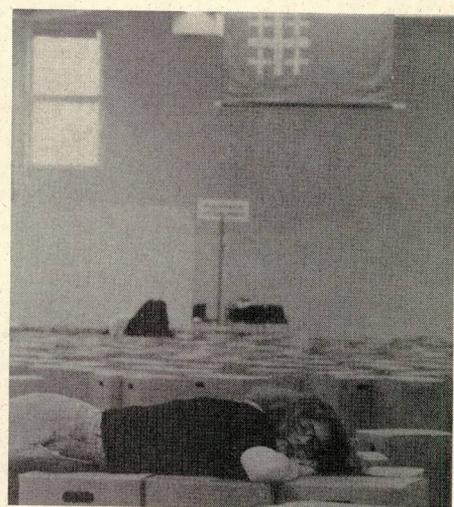
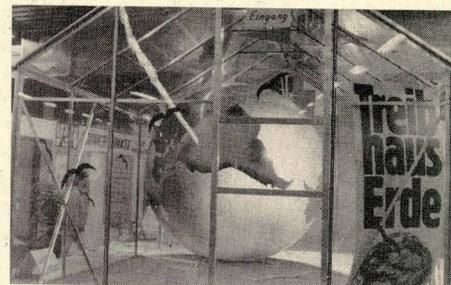
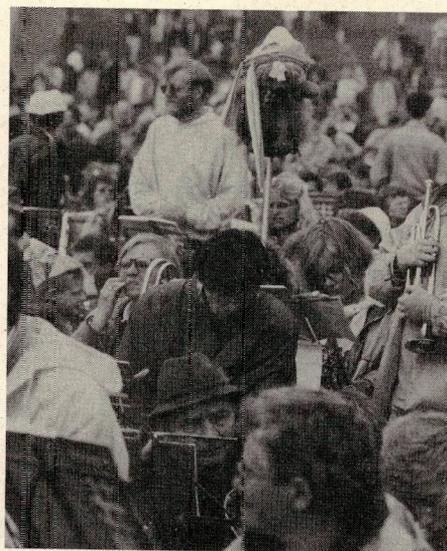


Foto: R. Raffalski



Fotos: Angelika Emmerling



Protest assyrischer Christen



dieses Krieges, es muß auch die Frage nach der ethischen Rechtfertigung gestellt werden". Und eine solche Rechtfertigung gebe es, wie gesagt für beide, beim Golfkrieg nicht.

Auch als Wolfgang Huber die nach dem Golfkrieg in Mode gekommene Konstruktion neuer Feindbilder in der Dritten Welt durch die westlichen Streitkräfte beklagte und dazu auch entsprechende Zitate aus einer Bundeswehr-Broschüre vortrug, kam es nicht zur Gegenrede. Empört, wie die meisten der Zuhörer, bat Altenburg um die Angabe der Quelle und den Namen dessen, der diesen „Unsinn“ verfaßt habe, er wolle dafür sorgen, daß der Stuhl des Autors ordentlich wackle. Ziemlich bald wurde also klar: mit Generalleutnant a. D. Wolfgang Altenburg ist ein rechter Streit über den Golfkrieg nicht machbar, der ehemalige Bundeswehr-Mann ist kein Anwalt für die „Operation Wüstensturm“, und als Pensionär kann er sich diese, von politischer und militärischer Führung deutlich abweichende Meinung, schließlich auch leisten. Und mindestens die Gegner des Golfkrieges werden ihm seine Ansichten auch nicht verübeln. Im Gegenteil: Daß ein ehemaliger Generalinspekteur derart kritische Positionen vertritt, ist erfreulich und beachtlich. Wohl aber – und sehr verständlich – ärgerten sich die (Golf)Kriegsgegner in der Westfalenhalle über die Verant-

wortlichen des Kirchentages, die dieses „Streitgespräch“ vorbereitet hatten. Aus der Masse derer, die hierzulande nicht nur den Krieg an sich, sondern selbst den Einsatz deutscher Truppen am Golf gerechtfertigt haben, hätte sich doch einer wenigstens finden lassen müssen, der seine Argumente auch vor Kirchentagspublikum vertritt. Oder – wollte man einem „heißen“ Streit gar ganz bewußt aus dem Weg gehen? „Streit darf um Gottes Willen nicht sein“, ohnehin hatten nicht wenige Beobachter/innen diese umgewandelte Antikriegs-Erklärung längst als das heimliche Motto des diesjährigen Kirchentags ausgemacht, denn auch an manch anderer Stelle blieben die einst üblichen heftigen Kontroversen diesmal aus. Die Erklärung Erhard Epplers zum ausgefallenen Streitgespräch, man habe „vorher nicht wissen können“ welche Position Altenburg vertritt, ist jedenfalls keine Entschuldigung, sondern letztlich Indiz dafür, wie wenig man sich ernsthaft um konträre Positionen bemüht hat. Ein paar Fragen am Telefon vorab – und man hätte gewußt, ob es ein Streitgespräch gibt.

Wo der Kirchentag „Zeitansage der Christen“ sein will, hätte der Krieg am Golf und die Fragen, die dieser Krieg auch innerhalb der Kirche aufgeworfen hat, zu den Hauptthemen der diesjährigen Veranstaltung gehören müssen. ▶

Und das Motto des Ruhrgebiets-Kirchentages bot hier geradezu ideale Brücken: „Gottes Geist befreit zum Leben.“ Wie geht das zusammen, mit Befehlen, Gesetzen, Bündnissen, die Menschen zum Töten zwingen? Wie befreit ist Kuwait wirklich nach dem Ende des heißen Krieges? Und wo ist die Kirche noch so frei, in der politischen Debatte unmißverständlich an den „heilenden Geist“ Christi aus der Bergpredigt zu erinnern? Um welches Leben geht es einer „christlich-liberalen“ Regierung, die Rüstungsexporte nicht verbieten, wohl aber Steuern zur Kriegsfinanzierung erhöhen kann? . . .

Der Krieg am Golf hat vieles verändert, das Kirchentagsprogramm aber, wie gesagt, sichtbar nur an wenigen Stellen. Indirekt allerdings und eingebaut in die verschiedensten Veranstaltungen, Bibelarbeiten und Predigten, kam die Problematik dieses Krieges sehr wohl immer wieder zur Sprache. Wer suchte, der fand. Eine kleine und natürlich unvollständige Auswahl an Redebeiträgen und Anmerkungen zum Golfkrieg möchten wir dokumentieren:

Nord-Süd-Konflikt

„Ich kenne viele, die aufgeben, weil die weltpolitische Lage unverändert brutal ist. Eben war da noch Jubel darüber, daß der Ost/West-Gegensatz aufgehoben ist, die Abrüstung endlich sichtbare Fortschritte macht, daß Kräfte und Mittel frei zu werden schienen für sinnvolle Hilfe in der Zweidrittelwelt. Da überfällt ein Ölland seinen reichen Nachbarn. Starke Länder des Nordens lassen sich auf einen Krieg ein, der den Nord-Süd-Konflikt offen ausbrechen läßt. Er verschlingt Milliarden, die wir freiwillig und rechtzeitig nicht bereit waren, den Armen zu geben. Für den Golfkrieg haben wir die Steuern erhöht, für Entwicklungshilfe geschah das nie.“
Pfarrerin Annemarie Schönherr, Waldesruh

Waffenspielzeug

„Nachdem die Ost-West-Konfrontation vorüber ist, muß es möglich sein, einen Teil der bisher für militärische Zwecke in Anspruch genommenen Mittel so umzulenken, daß sie dem Kampf gegen Welthunger und globale Umweltzerstörung zugeführt werden können. Ich weiß, daß solche weitherzigen Horizonte gerade auch bei denjenigen stark ausgeprägt sind, die das Neue Denken in der zugrundegegangenen DDR repräsentierten. Nun wird zum einen bei uns alles viel teurer, und zum anderen fehlt es nicht an Verteidigungspolitikern alten Stils, die von einer Friedensdividende nichts wissen wollen, sondern das Geld für neues „Waffenspielzeug“ selbst verfrühen möchten.“
Willy Brandt

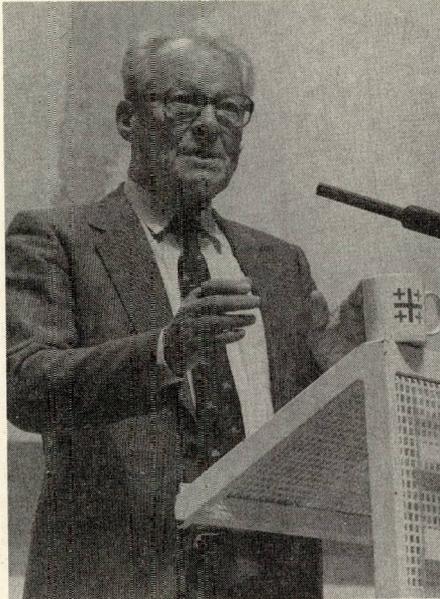
Totenumzug

„Kein Krieg ist gerecht, kein Krieg ist heilig. . . . Nein, das Reden vom gerechten Krieg ist eine schlichte Gotteslästerung. (. . .) Nach Hiroshima und der ersten, übrigens auch im Namen Gottes gesegneten Atombombe, ist jede Verbindung dieser Massenvernichtung mit Gottes, Jesu oder Allahs Namen frevelhaft. (. . .) Der Fokfetti-Regen über General Schwarzkopf und seinen GIs in New York ist in Wirklichkeit ein makabrer Totenumzug.“
Pfarrer Heinrich Albertz, Bremen

Weltmeister

„Die Diskussion darüber, ob nicht deutsche Soldaten irgendwo in der Zweidrittelwelt militärisch eingreifen sollten, zertrampelt die lebensnotwendige Erinnerung an unsere Geschichte, die für uns die Konsequenz haben muß, den Krieg in allen seinen Gestalten zu hassen und zu verhindern. Nicht „Weltmeister im Waffenexport“ sollten die Deutschen sein, sondern „Weltmeister im tätigen Pazifismus“. (. . .)

Ich war so glücklich, als so viele Deutsche, so viele Jugendliche auf die Straße des Friedens gingen. Ich war glücklich, daß die alte deutsche Kriegstreiberei, der tiefstehende Gewaltkult bei uns, bei so vielen Menschen zu ende war. Ich bin darüber immer noch glücklich. Aber selbstkritisch muß ich sagen, es ist uns – es ist mir – nicht gelungen, deutlich zu machen, daß wir mit dem bedrohten Israel solidarisch sind. Allerdings kann ich nicht akzeptieren, daß Deutsche nur so mit Israel solidarisch sein können, daß sie einen massenmörderischen Krieg für notwendig erklären. Hier möchte ich einigen Leuten aus Israel widersprechen. Deutsche müssen – meine ich – mit Israel in dieser politischen Frage solidarisch sein, indem sie hier gegen die Rüstungsindustrie, gegen den christlichen Antijudaismus und dem immer mehr wachsenden Antisemitismus von Neonazis arbeiten.“
Prof. Dr. Luise Schottruff, Kassel



Willy Brandt



Prinzipien

„Die Geschichte lehrt, daß man einen dauerhaften Frieden nur auf der Grundlage einer gerechten Ordnung haben kann; aber einen drohenden Krieg verhindert man nur durch die einstweilige Hinnahme auch von Ungerechtigkeit. Es kommt darauf an, daß man sie damit nicht legitimiert – es kommt auch darauf an, daß sie nicht gleich zu groß ist. Prinzipien sind so lebendig wie der Glaube, der sie trägt. Haben die Menschen den bewahrt, regeneriert sich die Kraft der Prinzipien schnell nach der Verletzung. Aber kein Mensch, der für deren gewaltsame Behauptung geopfert worden ist, kann je wieder lebendig werden“
Prof. Dr. Hartmut v. Hentig, Enger



Am Stand der Evang. Zivildienstseelsorge und der wub-Redaktion

Bonus a. d. O.-W-Entspannung	engl. Tränen		Kfz-Kz. von Italien	Handarbeitszubehör	Mißgeschick		verseuchte Erde in Militärgeländen		Tierprodukt Planet		
Attraktion Schafst. Vorname d. Deter		9							ägypt. Sonnengott	4	
griech. Insel d. Hypokrates			Kreisstadt a. d. Gera								
	franz. Bildhauer 19. Jh.						Moderator Bericht a. Bonn				
	Gewässer Einfall				Pep, Schwung				Sohn Isaaks	Wasserleitung	
7			Schreckens- trauma				Korbblütler		3		
germ. Gottheit			3/91					10	LP von Peter Gabriel		
			wub was uns betrifft						Ausruf		
			Rätsel						Auerchse		
griech. Buchstabe			trag. Professor bei H. Mann					Bibelteil (Abk.)	Haushaltungs- gerät	Verhütungs- mittel	Bei- namen (lat.)
Teil d. Ge- sichts			Gesucht: Aufforderung mit doppeltem Sinn								
			ehem. Atom- raketen- Standort		franz. Artikel	verfolg. christl. Minder- heit/irak	Futterbe- hälter				
Vampir- film- figur							2. Per- son Plu- ral	Donau- zufluß			
Parzelle			Ex-DDR Geheim- dienst					Kfz-Kz. v. Öster- reich			
engl. Prinzes- sin											
					israel. Frieden						
	marokk. Stadt (i=y)							engl.: in Ordnung (Abk.)	Urnstel- lung e. Rüstungs- betriebs		
	asketi- sches Tun	§ 240 StGB	only				russ. Mönch, ermord. 1916			Kfz-Kz. Marok- ko	
	Weltor- ganisa- tion		starkes Bedürf- nis				6	Sanskrit- laut f. Energie			8. Buch- stabe
Emp- fangsge- rät	5		alttesta- mentl. Priester					Gegen- teil v. fern			
							Wind- richtg. (Abk.)	Kreuzin- schrift	Raub- katzen	Lebens- gemein- schaft	
Bew. e. balt. Repu- blik				riesig, gigan- tisch	Freizeit- vergnü- gen (MZ)						
Bundes- finanz- minister							'Graue Panther' Gründerin	12			
Feldar- beiten					Brei	Artikel		8			
Almhirte	US-Zen- trale i. Süddt. 3. Person										Abk.: Tele- fonseel- sorge
			Zusam- men- bruch					Wind- richtung			
Kfz-Kz. Rumä- nien	Berg- ziege						Frauen- name		2		

Die Lösung des wub-Preisrätsels 2/91 lautet: „Nicht von meinen Steuern“

Die Gewinner der drei ersten Preise sind: Monika Theresa Overbeck, Frank Deiters, Marianne Secander

Alle GewinnerInnen, auch die der wub-Freiabos (11.-20. Preis), werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen. Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz auf eine Postkarte schreiben und unter lesbarer Absenderangabe an:

wub-Redaktion – Werner Schulz
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1
schicken.

Einsendeschluß ist der 30.10.1991 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschuß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: Nochmal, weil er so heiß begehrt war: **Max Frisch: Gesammelte Werke in 7 Bänden**
2. Preis: **Renate Wind: „Dem Rad in die Speichen fallen...“ – Die Lebensgeschichte D. Bonhoeffers**
3. Preis: **Dieter Hildebrandt „Was bleibt mir übrig“**
- 4.-10. Preis: **je einen Taschenkalender von Greenpeace, 1992**
- 11.-20. Preis: **je ein wub-Freiabo für ein Jahr.**

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14						

Betr. wub:
Anregung/Kritik/Lob: _____



Rückblick: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik fand am 15. Mai ein Empfang des Präsidiums des Deutschen Bundestages zu Ehren von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden statt. Aus Anlaß des Internationalen Tages der Kriegsdienstverweigerer hatte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Renate Schmidt, nach Bonn eingeladen.

wub dokumentiert Auszüge aus Reden von Renate Schmidt und Pastor Ulrich Finckh, Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der KDVer.

15. Mai – Internationaler Tag der KDVer

1980 trafen sich europäische KDVer am Rande einer WRI-Tagung (War Resisters International), um darüber zu beraten, wie man einerseits das Thema aus den nationalen Interessen herauslösen und gleichzeitig einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen kann. Als Ergebnis beschloß man, jährlich ein europäisches Treffen zu veranstalten – das ICOM (International Conscientious Objector's Meeting). Auf dem ersten Treffen im Herbst 1980 in Kopenhagen einigte man sich auf den 15. Mai, als Internationalen Tag der KDVer – jeweils mit einem Schwerpunktthema. Seitdem waren z. B. die KDVer in Spanien, der Schweiz und Polen Inhalt der Aktionen. Dieses Jahr war die Situation der KDVer in Griechenland Schwerpunkt, sowie die Abwehr einer allgemeinen Dienstpflicht, die auch in anderen europäischen Ländern diskutiert wird. – Das 12. ICOM fand im Juli in Budapest statt. (Siehe Bericht im Info-Teil, S. 26/27)

M. K.

Renate Schmidt:

„In meinen Augen gibt es immer noch Benachteiligungen von Zivildienstleistenden gegenüber Wehrdienstleistenden. Nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich muß eine Gleichbehandlung der Dienste stattfinden. Das Grundrecht auf KDVer darf nicht, je nach politischer Großwetterlage, Geburtenrate oder konkreten Krisensituationen interpretiert werden. (...) Wir – also der Gesetzgeber – stehen in der Pflicht, endlich konsequent etwas gegen die Benachteiligungen und Diffamierungen zu unternehmen. Denn: Gewissenprüfungen sind auch heute immer noch vorhanden, der Zivildienst ist immer noch länger als der Wehrdienst, obwohl an eine derartige Quasi-Bestrafung für eine Gewissensentscheidung bei Einführung des Zivildienstes niemand gedacht hatte. Doppel- und Dreifachbestrafungen für sog. Totalverweigerer, die ja größtenteils nicht einen Dienst für die Gemeinschaft verweigern, sondern es ablehnen, im Verteidigungsfall eben doch für die Kriegsführung eingeplant zu werden, sind immer noch an der Tagesordnung. (...)“

Ungediente Bausoldaten

In den neuen Bundesländern ist der Zivildienst erst in der Anfangsphase, organisatorische Schwierigkeiten bleiben nicht aus. Dies ist verständlich. Unverständlich ist aber, wenn ausgerechnet die Bausoldaten der ehemaligen DDR, also diejenigen, die in der Ex-DDR die größten persönlichen Schwierigkeiten wegen ihrer Gewissensentscheidung inkauf nehmen mußten, wenn also die sogenannten Bausoldaten, die ihren Dienst



Renate Schmidt

Foto: dpa

noch nicht abgeleistet haben, ein Verfahren als Kriegsdienstverweigerer nach bundesrepublikanischem Anerkennungsrecht über sich ergehen lassen sollen. (...)

Griechenland

Der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung steht in diesem Jahr unter dem Motto „Griechenland“. Griechenland gehört zu denjenigen Ländern, die kein Kriegsdienstverweigerungsrecht kennen. Seit 1977 besteht lediglich die Möglichkeit, für religiöse Verweigerer, für 4 bis 4,5 Jahre einen unbewaffneten Armeedienst abzuleisten. Auf der Basis des Wehrpflichtgesetzes rekrutiert die Armee weiterhin alle Männer im Alter zwischen 20 und 50 Jahren. Leistet jemand der Einberufung nicht Folge, wird er automatisch als „Anypotaktio“ (= Unbeugsamer) bezeichnet und kriminalisiert. Sanktionen bis hin zur Aberken-

Ulrich Finckh:

(...) Das heute im Grundgesetz als Menschenrecht garantierte Recht der Kriegsdienstverweigerung ist im wahrsten Sinne erlitten und gegen staatliche Gewalt mit friedlichem Martyrium erstritten worden. Der heutige Tag erinnert uns daran, aber auch an das Leiden der Kriegsdienstverweigerer, die in anderen Ländern immer noch schrecklich verfolgt werden, vor allem in den verbündeten Staaten Griechenland und Türkei und in vielen Ländern der 3. Welt. (...)

Diskriminierungen

In unserem Land gibt es trotz der Menschenrechtsgarantien des Grundgesetzes für KDVer noch keine volle Gewissensfreiheit, erst recht keinen Schutz vor diskriminierenden Zusatzbelastungen: – Die Zivildienstpflicht dient der Aufrechterhaltung der Wehrpflicht.

nung des Wahlrechts, Berufsverbots und dem Nicht-Ausstellen von Reisedokumenten sind die Folge. (...)

Pflichtjahr

Der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung hat aber in diesem Jahr noch ein zweites Hauptmotto, nämlich das soziale Pflichtjahr. Ich will mich der Diskussion über dieses sicherlich brisante Thema nicht entziehen. (...)

Ich bin gegen eine allgemeine Dienstpflicht. Sie führt dazu, soziale Dienste weiter schlecht zu bezahlen und mit Dienstpflichtigen „auszufüllen“. Sie widerspricht unserer Verfassung, sie erhöht die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Wehrgerechtigkeit läßt sich auf andere Weise herstellen: Durch den Abbau der Benachteiligungen zwischen Wehr- und Zivildienstzeit, durch Einberufung von Zivis nach gleichen Kriterien wie bei Wehrpflichtigen. (...)

Grundgesetzänderung

Es ist sicher richtig, daß das souveräne, vereinte Deutschland größere Pflichten in der Welt übernehmen muß, aber genauso richtig ist, daß uns unsere Geschichte ebenso Verpflichtungen für Gegenwart und Zukunft auferlegt. Deshalb meine ich, daß bevor unser militärisches Engagement erweitert werden darf, unsere friedlichen, also unsere wirtschaftlichen, ökologischen und humanitären Kompetenzen zu Gunsten anderer Länder eingesetzt werden sollten. Ich möchte Sie auffordern, sich an dieser Diskussion intensiv zu beteiligen. (...)



Pastor Ulrich Finckh

Foto: W. Schulz

– Immer noch werden Kriegsdienstverweigerer zu über 90 % zum Zivildienst einberufen, während die Bundeswehr nur ungefähr die Hälfte der Wehrpflichtigen einberufen kann.

(...) Im Zivildienst gibt es heute mehr Zivildienstplätze – über 150 000 nämlich – als in der Bundeswehr Plätze für Wehrpflichtige! Und das, obwohl nur weniger als 10 % des Geburtsjahrganges vor der Bundeswehrzeit verweigern. (...)

Pflegenotstand

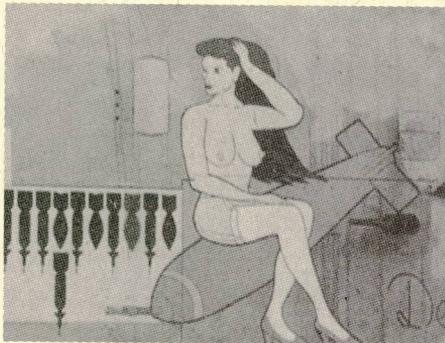
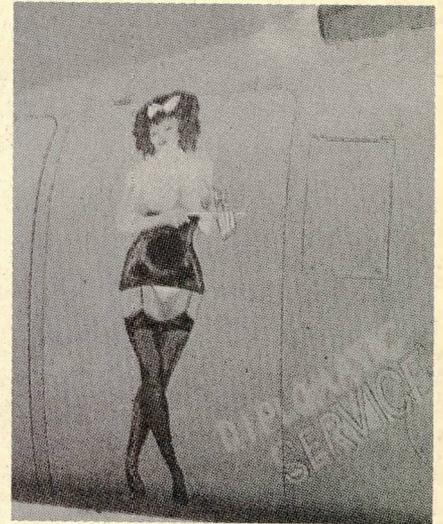
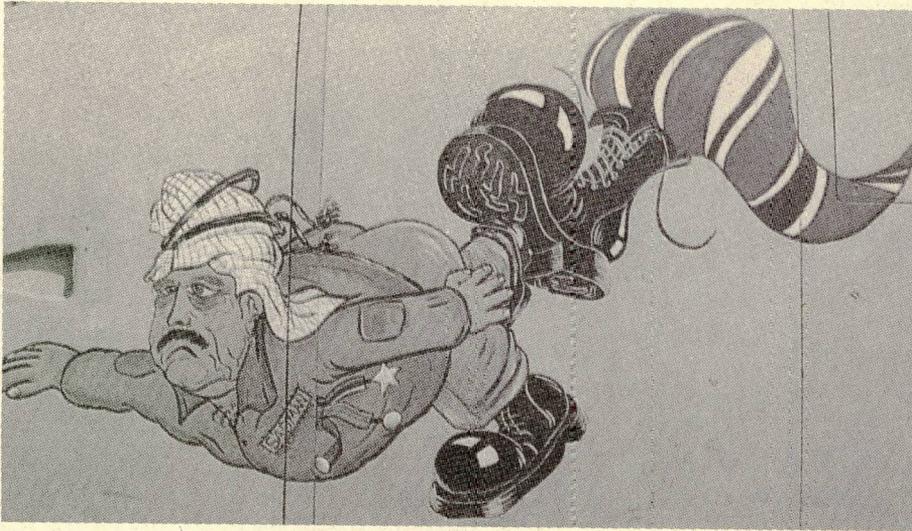
Die Zivis sind nicht nur Hilfe im Pflegenotstand, sie sind zugleich ungewollt dessen Mitverursacher! Und sie sind nur betriebswirtschaftlich billig, nicht aber volkswirtschaftlich, denn ihr Dienst ist teuer durch die gesamte staatliche Verwaltung, die für den Zwangsdienst nötig ist, und durch die Kosten, die der Staat tragen muß, für Sold, Unterhaltssicherung, soziale Ausgaben usw. (...)

Wehrpflicht

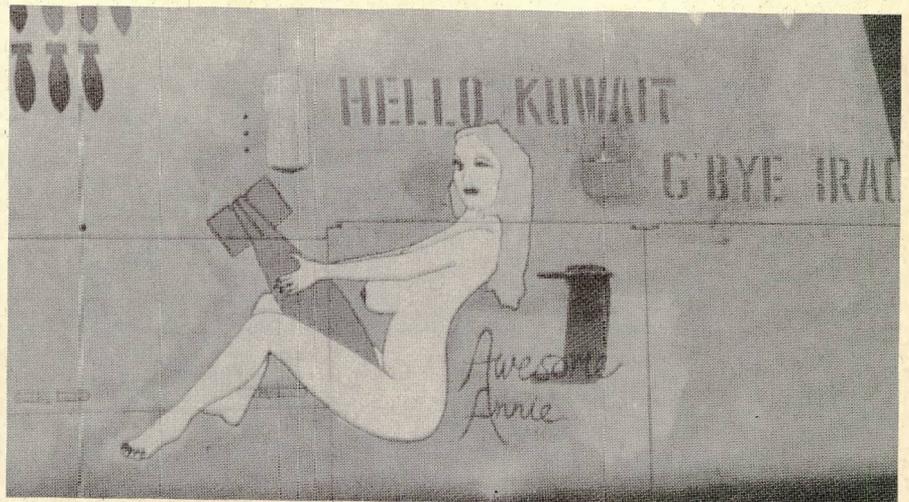
Die angelsächsischen Staaten haben die Wehrpflicht im Frieden abgeschafft – wegen dieser Kosten und wegen der Gewissensfreiheit (leider wohl in dieser Reihenfolge!). Praktisch alle Diktatoren dieses Jahrhunderts hatten dagegen Wehrpflichtarmeen – speziell demokratisch kann dieser Zwang zum Tötenslernen, diese Freiheitsberaubung für junge Männer und diese Uniformierung und Abrichtung zum Gehorsam auf Kommando nicht sein. Im Gegenteil!

Wir wissen alle, daß Krieg heute keine Möglichkeit mehr ist. Die katastrophalen Folgen des Golfkrieges zeigen das überdeutlich. Umso wichtiger ist es, daß Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht ernst genommen wird und der Gewissenszwang der Wehrpflicht endlich aufhört. Deshalb danken wir Ihnen, Frau Vizepräsidentin, für Ihre Einladung zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer. Wir hoffen, daß das ein guter Anfang ist, der weiterwirkt, national und international.

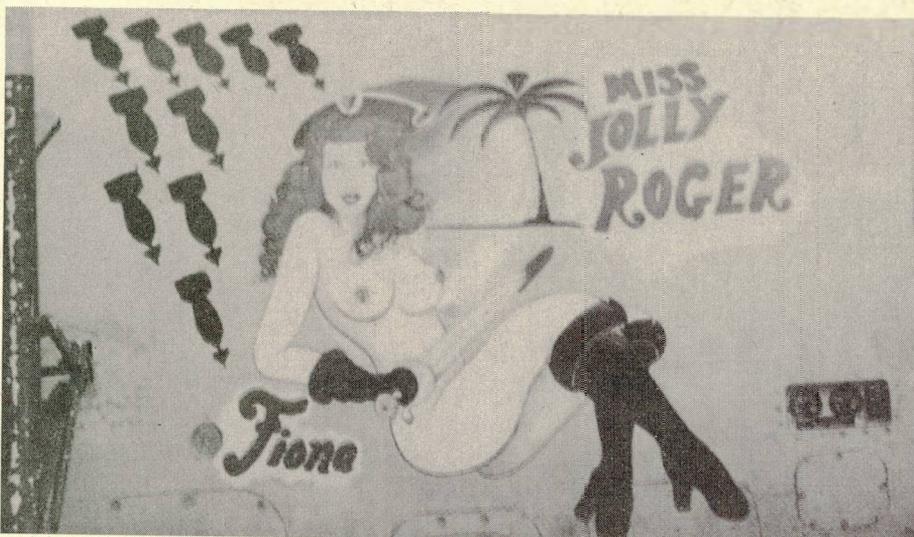
Nachlese zum wub-Thema der letzten Ausgabe:
„MÄNNER, MACHT UND MILITÄR“



Kriegsbemalung an britischen Kampfflugzeugen während des Golfkrieges. Die Fotos fand Jo Angerer in der Militärzeitschrift „AFM“, Ausg. 4/91.



„Das Instrument des Krieges als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln erfordert hochsensible Politiker und militärische Führer.“



Prof. Dr. Günter Brakelmann, Vorsitzender des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“ („Überparteilicher Arbeitskreis von Christen zur Förderung von Frieden und Freiheit“)

K o n t r o v e r s

Schon lange vor Beginn des Golfkrieges bereiteten sich auch deutsche Krankenhäuser auf die Versorgung von Kriegsverletzten vor. Mit einem „Massenanfall von Verletzten“ mußte gerechnet werden, die Aufnahmekapazität der Militärhospitaler hätte – bei einem Giftgaskrieg etwa – womöglich schon sehr bald nicht mehr ausgereicht.

Tausende Kilometer von den Operationen „Wüstenschild“ und „Wüstensturm“ entfernt, kamen so deutsche Krankenschwestern, Pfleger, Ärztinnen aber auch Zivis in ernste Gewissensnot: Plötzlich sahen sie sich real eingeplant für einen Krieg, den sie eigentlich verhindern wollten.

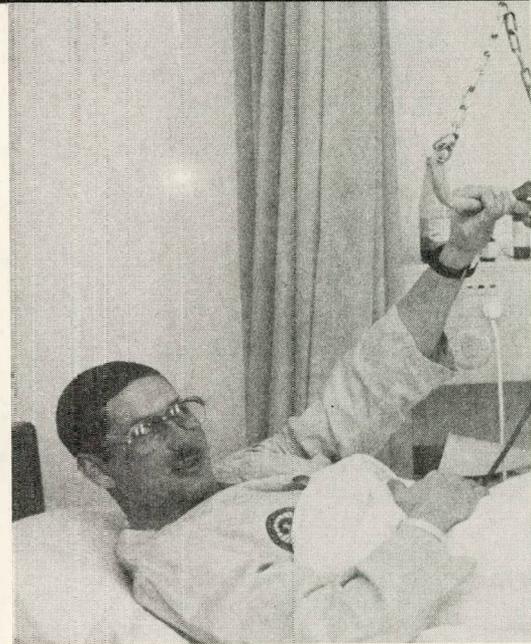
An vielen Kliniken kam es zu Protestaktionen des Pflegepersonals. Glücklicherweise blieb der „Ernstfall“ aus, aber eine heftige öffentliche Debatte kam in Gang.

Zwei Zivis aus Frankfurt schildern für wub-KONTROVERS, warum sie die Protestaktionen und Streiks befürworteten.

Warum er derartige Proteste von Angehörigen des Krankenpflegepersonals grundsätzlich für verantwortungslos und ungesetzlich hält, erklärt Dr. Günther Beckstein vom bayerischen Innenministerium.

Beiden Seiten danken wir für ihre Stellungnahmen.

W. Sch.



Im Golfkrieg verwundete US-Soldaten im Militärkrankenhaus

KriegsgegnerInnen im Krankenhaus:

Die Einplanung für kriegswichtige

– wir sind nicht die „Soldaten hinter der Front“

Von Jens-Peter Heeren
(ZDL an der Uni-Klinik Frankfurt)
und Boris Scharlowski
(ZDL bei medico international)

Neben der Zusicherung von Milliardenbeträgen für die Kriegsführung und der Stationierung deutscher Truppen in der Türkei waren während des Golfkrieges die Kriegsvorbereitungen auch hier im Lande weit vorangeschritten. Im pflegerischen Bereich hatte es z. B. im Rhein-Main-Gebiet Zusicherungen der deutschen Behörden gegeben, amerikanische Soldaten aufzunehmen. Im Frankfurter Flughafen wurde zur selben Zeit eine Notaufnahme eingerichtet. Bestimmte Stationen in Frankfurter Krankenhäusern wurden ausschließlich mit amerikanischen Zivilisten belegt, um Kapazitäten für Soldaten in den Militärspitalern zu schaffen. Keine Maßnahmen wurden jemals mit dem dafür zuständigen Pflegepersonal und den Zivis besprochen.

Wir ZDL lehnten es strikt ab, als „Soldaten hinter der Front“ mißbraucht zu werden. Wir hatten deshalb nach Beginn des Krieges aus unserer pazifistischen Überzeugung heraus bundesweit sofort begonnen, verschiedene Aktionen aus Protest gegen den Krieg und die besondere Rolle der BRD durchzuführen.

Welch sensiblen Bereich wir damit trafen, zeigten die Reaktionen: Vom Bundesamt für den Zivildienst, über den publicitybedürftigen damaligen Noch-Sozialmini-

ster Hessens, Trageser, bis hin zu diversen Pflegedienstleitungen, alle sahen sie sich genötigt, uns wegen unserer friedlichen Gesinnung mit schweren Strafen zu drohen. Keine Frage nach dem Sinn dieses Krieges, nach der Aufrüstung des Iraks, nach der Rolle der BRD in der NATO, nach der Unsinnigkeit kriegerischer Auseinandersetzung schlechthin!

Wo bleibt der Schutz des Gewissens?

Aber unsere Streiks richteten sich gegen einen weiteren katastrophalen Mißstand.

Art. 4, Abs. 3 GG verbietet, Menschen gegen ihr Gewissen zu einem Kriegsdienst mit der Waffe zu zwingen. Auf dieses Grundrecht beziehen sich alle, die heute staatlich anerkannte Kriegsdienstverweigerer sind. Dieser Artikel bedeutet immer noch die einzig legale Möglichkeit, sich dem Kriegsdienst zu widersetzen. Und dennoch ist dieses Grundrecht, wie es sich in diesem Krieg gezeigt hat, hohl. Welchen Sinn macht es, wenn Wehrpflichtigen die Verweigerung des Dienstes an der Waffe erlaubt wird, dafür aber jeder weitere genauso militärische Dienst (z. B. Zivilschutz oder eben Pflege von Soldaten etc.) zugelassen ist? Wo bleibt hier der Schutz des Gewissens? Die Frage ist recht einfach zu beantworten. Kein Krieg ist ohne die entsprechende Infrastruktur im Hinterland denkbar. Die Notwendigkeit des Aufbaus einer solchen Struktur ist von höchster militärischer Brisanz. Aus direkter politischer Notwendigkeit wird das Gewissen, die letzte Instanz menschlicher Entscheidungsfindung, reglementiert und vergewaltigt.

Konsequenzen für die Zivilbevölkerung

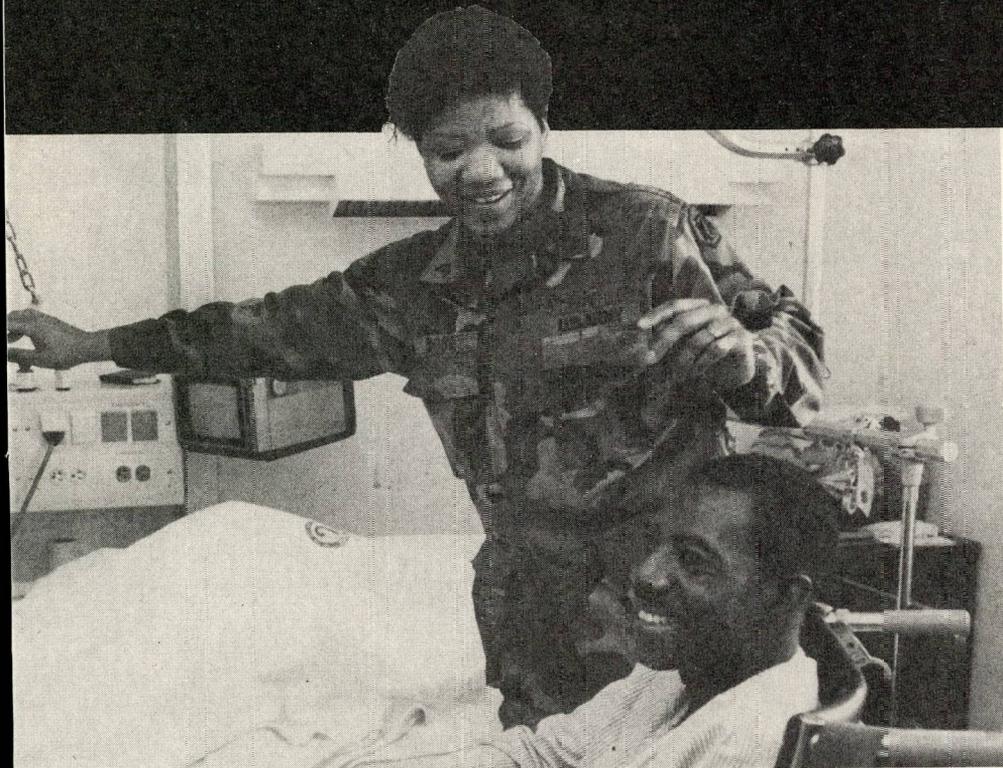
Jenseits solch repressiver Nötigung war es für viele ZDL auch aus einem anderen Grund notwendig, sich des Mittels Streik zu bedienen. Der Streik sollte in einer Si-

tuation, in der noch kein einziger Soldat in bundesdeutsche Krankenhäuser eingeliefert worden war, öffentlich auf die zu befürchtenden Konsequenzen für die Zivilbevölkerung hinweisen.

Im Falle des Gaskrieges, dem Moment also, an dem spätestens eine große Anzahl von Soldaten eingeliefert worden wäre, wäre eine sinnvolle Hilfe für zivile Patienten nicht mehr möglich gewesen. Die Kapazitäten der deutschen Krankenhäuser wären in kürzester Zeit völlig ausgelastet gewesen. Zivilisten, so die Planung, hätten die Hospitaler verlassen müssen. Eine völlige Unterordnung der zivilen Krankenhäuser unter strikt militärischer Leitung, bekannt als „triage“, wäre dann mit der Verkündung des Spannungsfalles in die Tat umgesetzt worden. Eine wenig öffentlich diskutierte Tatsache: Die Behandlung von Verletzten wäre dann nicht mehr nach medizinischen (welche Person bedarf der dringendsten Hilfe), sondern nach militärischen (welche Person kann durch medizinische Behandlung am schnellsten wieder für die Front zusammengefflickt werden) Gesichtspunkten erfolgt. Jeglicher individuelle Wunsch zu helfen, wäre spätestens dann in sein absolutes Gegenteil verkehrt worden.

Bildhaft sollte mit dem Mittel des Streiks eine solche Konsequenz dargestellt werden. Dabei wurde allerdings stets darauf geachtet, daß schwierige Pflegefälle keine Nachteile aus diesem Streik ziehen dürfen.

Dieser Krieg hat uns offen die militärischen Fundamente der BRD gezeigt. Bereits jetzt ist die militärische Verplanung von ZDL und Zivilbevölkerung sehr weit vorangeschritten. Der Krieg hat uns zu spüren gegeben, welche Konsequenzen die sog. großdeutsche „Verantwortung“ im Rahmen der sog. neuen „Weltordnung“ für uns haben wird. Es gilt jetzt, da wir noch Zeit haben, die Konsequenzen aus diesen Erfahrungen zu ziehen. ■



ndshut.

Foto: dpa

e Dienste verweigern?

– Friedensengagement darf nicht gegen Humanität und Berufsauftrag wirken

Von Dr. Günther Beckstein *

Im Januar traten Bedienstete des Städt. Klinikums Nürnberg mit einer von mehr als 200 Personen unterzeichneten Resolution an die Öffentlichkeit; sie wandten sich gegen eine Versorgung von im Golfkrieg verletzten Soldaten der alliierten Streitkräfte, weil dies die Unterstützung eines „in den

Mitteln ungerechtfertigten Angriffs-Krieges“ bedeute.

„Blinder Amerikanismus?“

Diese Haltung zeigt nicht nur indiskutabel verschobene Moralmassstäbe auf, sie steht auch in eklatantem Widerspruch zu den Berufspflichten der in der Krankenversorgung tätigen Angehörigen der Heilberufe. Abgesehen davon meine ich, ist eine derartige Haltung letztlich geeignet, die Motive der Friedensbewegung insgesamt zu diskreditieren. Man stelle sich einmal vor, Feuerwehrleute würden sich aus pazifistischen Motiven weigern, die Einwohner eines durch Bomben in Brand gesetzten Hauses zu bergen. Die Frage ist jedenfalls berechtigt, ob sich hier nicht blinder Antiamerikanismus hinter der Maske wirklich friedensbewegter Menschen versteckt hat.

Leitprinzip aller im Gesundheitswesen Tätigen bleibt immer – auch in der Katastrophe und in der schlimmsten aller Katastrophen, einem Krieg – der Schutz des

menschlichen Lebens, d. h. die Heilung und Rehabilitation eines Kranken oder Verletzten. Diese Sorgfaltspflicht beinhaltet selbstverständlich auch die Prävention, nicht aber die Frage nach der Schuld, warum Menschen in Not geraten sind, warum eine Katastrophe eingetreten ist, als ethisch-moralische Richtlinie für Helfen oder Unterlassen. Für Ärzte ergibt sich dies schon aus dem überlieferten hippokratischen Eid, der den „Nutzen“, das Wohl des Patienten als oberste Verhaltensnorm nennt. Nichts anderes gilt prinzipiell für andere im Gesundheitswesen Tätige, denen die gesundheitliche Versorgung kranker Menschen von Berufs wegen anvertraut ist.

„Strafrechtliche Konsequenzen“

Die nicht berufsständische allgemeine Rechtsordnung nimmt in § 323c des Strafgesetzbuchs sogar jedermann in die Pflicht, jederzeit bei der Beseitigung unmittelbarer Gefahr, bei Unglücksfällen, bei gemeiner Gefahr oder Not, Hilfe zu leisten, soweit dies erforderlich und im einzelnen den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche Eigengefahr und ohne Vernachlässigung anderer wichtiger Pflichten möglich ist. Dies gilt besonders in Notlagen, wie sie durch Katastrophen hervorgerufen werden, auch wenn keine förmliche Verpflichtung zur Hilfeleistung durch die zuständigen Behörden ausgesprochen wurde. Entzieht sich der Bürger dieser Pflicht, so macht er sich strafbar. Auch wenn § 323c des Strafgesetzbuchs für die in der Krankenversorgung tätigen keine Sonderverpflichtung schafft, so hat diese Vorschrift für diesen Personenkreis praktisch größere Bedeutung als für andere Bürger, denn von ihnen wird aufgrund ihrer besonderen Fachkenntnisse und ihrer Berufspflichten gerade bei Gesundheitsschäden ein weit höheres Maß an Bereitschaft und Befähigung zur Hilfeleistung erwartet und vorausgesetzt als von anderen Menschen. An dieser Hilfeleistungspflicht endet nicht nur die Freiheit eines niedergelassenen Arztes, die Behandlung eines Hilfebedürftigen unter dem Aspekt der allgemeinen Vertragsabschlußfreiheit abzulehnen, diese allgemeine Verhaltensmaxime steht auch einer – aus welchen Gründen auch immer motivierten – Weigerung angestellten Krankenhauspersonals entgegen, kriegsverletzte Personen, die der Krankenträger in Wahrnehmung seines Sicherstellungsauftrags aufgenommen hat, die notwendige medizinische Behandlung und Pflege angeeignet zu lassen. Ein derart schwerwiegendes Fehlverhalten hätte nicht nur strafrechtliche, sondern möglicherweise auch einschneidende arbeitsrechtliche (Verlust des Arbeitsplatzes) und berufsrechtliche Konsequenzen (Verlust der Berufszulassung).

Mit Genugtuung habe ich zur Kenntnis genommen, daß sich viele Mitarbeiter des Nürnberger Klinikums von der Resolution ihrer „Kollegen“ ausdrücklich und entschieden distanziert haben. Auch mußte kein verletzter Soldat aus dem Golfkrieg im Nürnberger Klinikum behandelt werden. Trotzdem bleibt ein äußerst unangenehmer Nachgeschmack zurück. ■

* Dr. Günther Beckstein ist Rechtsanwalt und seit 1988 Staatssekretär im Bayer. Staatsministerium des Innern.



Kuwait am 1.3.91: Amerikanische Soldaten vor brennenden Ölfeldern.

Foto: dpa

Der subventionierte ZDL

Von Reinhard Becker

1 Die Realsatire des ZDL F. B.

Ein ganz gewöhnlicher Samstag. ZDL F. B. freut sich schon darauf, die lange Heimfahrt diesmal schneller zu schaffen, denn von Mannheim bis Stuttgart „geht die Bahn ab“. Hochgeschwindigkeit mit dem neuen ICE. Zwar informiert ihn der Bahnbeamte bei der Abreise, daß er dann einen Aufpreis von 10.– DM bezahlen müsse, aber der Spaß scheint es ihm wert zu sein.

Doch dann kommt es Schlag auf Schlag:

– Der Schaffner im Zubringer-Inter-City will ihm 28.– DM ICE-Aufpreis abknöpfen.

– Endlich im ICE, belehrt ihn dort der Beamte, ein ZDL brauche keinen Aufpreis zu bezahlen. Er solle sich sein Geld wieder zurückgeben lassen.

– Gesagt-gegan, bei der Ankunft in Stuttgart. Doch die „Rückzahlungs“-Beamtin beharrt darauf, er müsse etwas bezahlen, nimmt aber seinen Antrag gnädig an.

– Um die Satire zu vollenden: bei der Rückfahrt verlangt der Schaffner 18.– DM ICE-Aufpreis.

Wer jetzt vermutet, daß der ZDL F. B. endgültig die Nerven verliert, der irrt. Geduldig, wie es sich für einen ZDL gehört, schildert er dem Schaffner seine „Realsatire“ und siehe da, er findet ein Papier, das aussagt, er brauche nichts zusätzlich zu bezahlen.

2 Eine amtliche Auskunft

Was ist aber nun Sache? Nach einer telefonischen Irrfahrt durch die Amtsstuben der Bundesbahndirektion in Frankfurt/M. ist es wub gelungen, die Verwirrung aufzulösen. Ein freundlicher Herr gab amtliche Auskunft:

– Nach einem Abkommen zwischen Bundesbahn und dem zuständigen Ministerium zahlen ZDL bei einer **Familienheimfahrt keinen Aufpreis**. Bedingung ist allerdings, daß der ZDL sich auf der im ZD-Ausweis verzeichneten „Heimfahrt“-Strecke befindet. Das gleiche gilt auch für den IC/EC-Zuschlag.

– Bei **Z-Urlauber-Fahrkarten** muß er den üblichen **Aufpreis bezahlen**: Also 50% Ermäßigung + jeweiligen ICE-Aufpreis.

– Wie der Leitfadens für den ZD unter F12, Nr. 1.3. aussagt, können Z-Urlauber-Fahrkarten inklusive Zuschlag gegen Vorlage des Dienstaussweises für die Hälfte des regulären Fahrpreises erworben werden.

3 Weitere freundliche Angebote

Der Bund muß schon sehr früh erkannt haben, daß die Freizeit für den ZDL einen außerordentlich hohen Stellenwert besitzt. Wie wäre es sonst zu erklären, daß er nicht nur die Bahnfahrt zu diesem Zweck subventioniert, sondern auch für die Gestaltung der Freizeit durch Bildung, Sport und Spiel weitere freundliche Angebote macht?

– Bücher, Unterhaltungs-, Spiel- und Sportgeräte sowie der Besuch von Veranstaltungen (auch Rock-Konzerte)

können bis zu 50% der Kosten und mehr subventioniert werden.

Dieses Angebot – kein Rechtsanspruch – gilt „vorrangig“ für ZDL in dienstlichen Unterkünften, aber nicht nur ihnen. Je mehr ZDL gemeinsam z. B. eine Veranstaltung besuchen, desto größer ist die Chance, daß sie einen Zuschuß vom BAZ erhalten. Die Anträge stellt die Beschäftigungsstelle. Natürlich nur auf Anregung und dann auch unter Mitwirkung der ZDL. Sie erhält dann den Zuschuß, der den Zivi dann zugute kommt. Genauere Hinweise stehen unter Leitfaden D7, Anlage 1.

Drum: Nur wer es wagt, gewinnt den Zuschuß.

Wenn jemand seine Freizeit mit berufsfördernden Unernehmungen verbringen will, so sollte er auf die Subventionen des BAZ nicht verzichten. Zu Kursen, Fernunterricht u. ä. Nützlichkeiten zahlt der Bund bis zu 60% der Kosten, maximal 25.– DM pro Monat. Wer also lernen will, Tuba, Klavier oder Computer zu spielen, soll sich sputen. Näheres im Leitfaden unter A4.

4 Sparmaßnahmen

Viele Städte und Gemeinden, wie auch Veranstalter in der Sport- und Kultur-Szene bieten dem ZDL auf die Vorlage seines Ausweises hin ermäßigte Eintrittspreise. Ob Konzerte, Theater, Fußball oder Schwimmbad, nichts sollte man unversucht lassen. Banken stehen da auch nicht zurück, denn fleißige ZDL sind augenscheinlich ihre kommenden Kunden. Kostenlose Kontoführung ist bei den saftigen Gebühren keineswegs zu verachten. Sogar Verkehrsbetriebe lassen sich dazu herab, dem Zivi eine Ermäßigung oder gar kostenlose Fahrscheine zukommen zu lassen.

Also immer den Ausweis zücken und fragen. Am besten Anfragen mit mehreren ZDL gemeinsam oder durch den Vertrauensmann starten.

Denn: Wer fragt, gewinnt.

5 Ein (nicht ganz) ernster Hilferuf!

Eine große Bundesunternehmung steht hier allerdings schweigend und untätig seit eh und je abseits und verlangt von den ZDL 100% der Gebühren und Kosten: Die deutsche Bundespost!

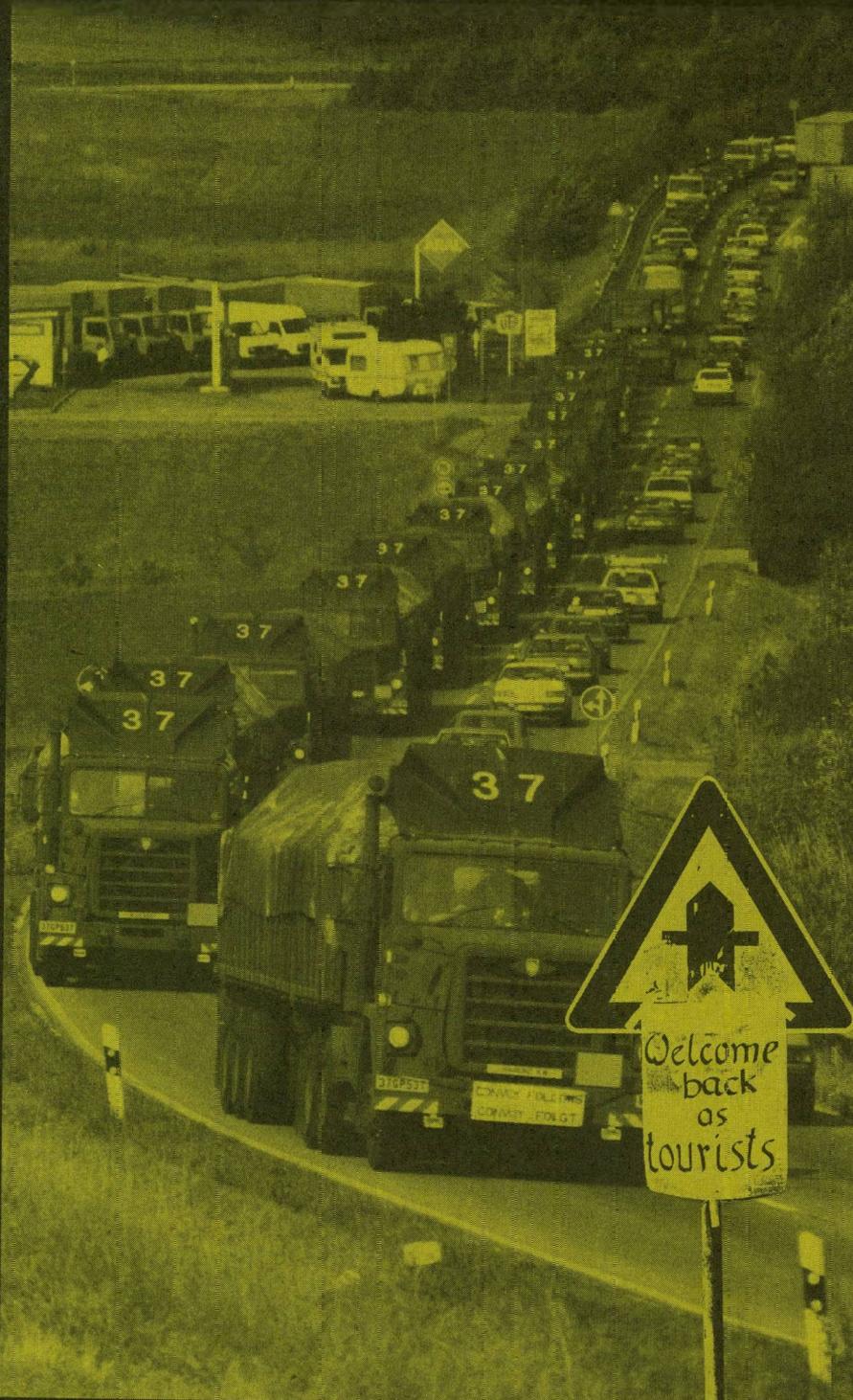
Wann findet sich ein ZDL, der endlich die kostenlose „Heimschreib-Briefmarke“ und die 50% Telecom-Karte erkämpft?



Der neue ICE.
Wieviel Zuschlag muß ein ZDL bezahlen?
10 Mark? 18 Mark? 28 Mark?
Oder gar nichts?

Foto: dpa

THEMA ABRÜSTUNG



In den 90er Jahren, so versprechen Politiker seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, leben wir im „Abrüstungsjahrzehnt“. Das hört sich gut an, aber bei genauer Betrachtung bleiben vorerst noch eine Menge Fragen offen, z. B.

– Was ist den bisher tatsächlich an Abrüstung gelaufen? Und was dürfen wir in naher Zukunft real erwarten?

– Die heiß umstrittenen amerikanischen Pershing-II-Atomraketen sind weg – aber warum werden jene RüstungsgegnerInnen dennoch weiterhin bestraft, die sich mit gewaltfreien Blockaden diesen Massenvernichtungswaffen in den Weg gesetzt und damit wohl nicht unwesentlich zur Abrüstung beigetragen haben?

– Welche ökologischen Schäden hinterlassen die abziehenden Truppen auf ihren Standorten in Ost und West? War der Kalte Krieg in Wahrheit ein „heißer Krieg“ gegen die Umwelt?

– Welche Auswirkungen hat die Abrüstung auf den Arbeitsmarkt? Macht der Entspannungsprozeß noch mehr Menschen arbeitslos?

– Wann werden endlich Energien und Gelder frei, die wir dringend brauchen, um die tatsächlichen Bedrohungen der Menschheit zu bekämpfen: Umweltkatastrophe, Hunger und Unterentwicklung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit, Armut. . .? Wie stark schlägt sie effektiv zu Buche, die vielzitierte „Friedensdividende“?

– Werden die neu gestylten Feindbilder (z. B. Diktatoren und Flüchtlingsströme in der Dritten Welt) den finanziellen Bonus aus der Ost-West-Entspannung gleich wieder zunichte machen? Neue Atomwaffen und „schnelle Eingreiftruppen“ sind schon beschlossene Sache, supermoderne High-Tech-Waffen (z. B. der „Jäger 90“) verschlingen in der Entwicklung nach wie vor immense Summen. Bleibt unter dem Strich also womöglich alles beim alten; und am Ende des „Abrüstungsjahrzehnts“ der traurige Kommentar: „Stell Dir vor, es war Abrüstung – und keiner hat's gemerkt“?

Fragen, Fakten und Bilanzen im wub-THEMA „Abrüstung“
W. Sch.

Der erste Abzug von neun Pershing-II-Raketen aus „CampRedleg“, Heilbronn, am Antikriegs-Tag 1988 (1.9.).
Foto: Storz/Graffiti, W. Schulz; Montage: wub

Abrüstung in Europa

Bilanz und Perspektiven

Abrüstungsverhandlungen sind wahrlich nichts Neues, die ersten begannen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber bis in die späten 80er Jahre kam effektiv nichts raus dabei, das militärische Potential in Europa wurde nirgendwo auch nur teilweise verringert. Stattdessen lief das Wettrüsten zwischen Ost und West jahrzehntlang völlig ungebremsst weiter: Von 1950, dem Jahr des Koreakrieg-Beginns, bis 1987 stiegen die weltweiten Rüstungsausgaben von 220 Mrd. US-Dollar auf knapp 1000 Mrd. US-Dollar. Auf die Staaten der beiden Militärbündnisse in Europa, Nato und Warschauer Pakt (WVO), entfielen dabei zwischen 60 und 65 %. Erst seit 1988 nehmen die weltweiten Rüstungsausgaben ab, in minimalem Umfang allerdings: 1988 sanken sie um 3 % und 1989 nochmal um 2 %. Was die militärische Zerstörungskraft angeht, so ist Europa weltweit noch immer das Gebiet mit der höchsten Dichte an atomaren (AW), chemischen (CW) und konventionellen Waffen und außerdem beherbergt Europa die höchste Truppenkonzentration.

Wie sieht es also aus mit der vielgepriesenen Abrüstung in Europa? Welche Perspektiven ergeben sich für die Zukunft?

Ein Überblick von Manfred Efinger *

Was wurde bisher abgerüstet?

1. Vertrag über die Vernichtung von Mittelstreckenraketen kürzerer und längerer Reichweite (INF-Vertrag) von 1987

Zu den Mittelstreckenraketen kürzer und längerer Reichweite zählen solche atomaren Waffen (AW), die eine Reichweite zwischen 500 und 5500 km haben. Der INF-Vertrag von 1987 legte eine vollständige Vernichtung dieser Waffenkategorie fest.

Die atomaren Sprengköpfe sind von der Vernichtung jedoch nicht betroffen, d. h. sie können für andere Zwecke wieder verwendet werden. Ende April bzw. Anfang Mai 1991 wurden die letzten der 846 amerikanischen und 1846 sowjetischen Flugkörper zerstört. Damit konnte nach den B-Waffen, die in der Bio/Toxin-Waffen-Konvention von 1972 vollständig verboten wurden, erstmals wieder eine ganze Waffenkategorie vernichtet werden.

2. Abrüstung der in der BRD gelagerten amerikanischen Chemie-Waffen (CW)

In Zusammenhang mit der Entscheidung der Reagan-Administration zur Produktion neuer binärer C-Kampfstoffe verkündete die US-Regierung einen Abzug der amerikanischen Giftgase in der BRD. Hierbei handelte es sich um

ca. 400 Tonnen C-Kampfstoffe, v. a. Artilleriemunition, die nach 1967 im pfälzischen Clausen gelagert wurden. Die völlig veralteten Giftgasgranaten wurden im Sommer 1990 aus der BRD abtransportiert und per Schiff auf das pazifische Johnston-Atoll verfrachtet. Wegen zahlreicher Pannen der dortigen amerikanischen CW-Vernichtungsanlage ist bisher nur ein geringer Teil der CW tatsächlich vernichtet worden.

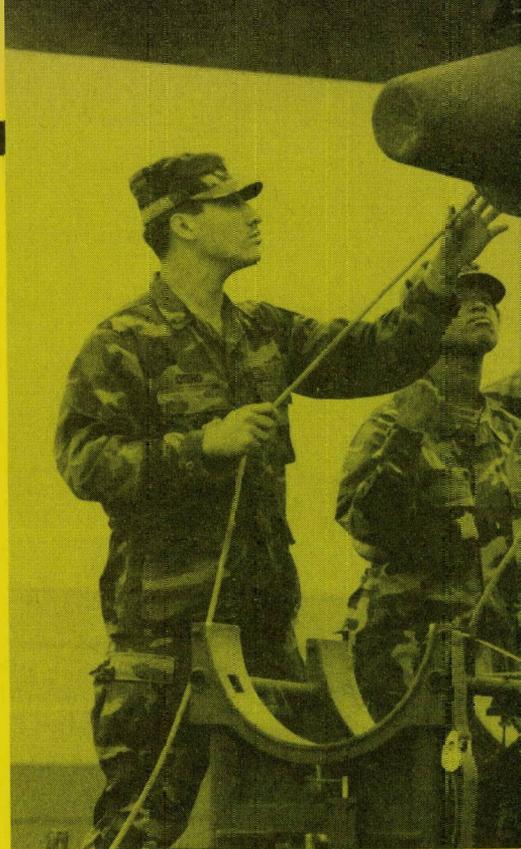
Was wird in naher Zukunft abgerüstet werden?

1. VKSE-Abkommen und 2+4-Abkommen
Das finanzielle Hauptgewicht der Rüstungsaufwendungen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg entfiel auf die konventionellen Streitkräfte (Waffen und Truppen). Ein erster Versuch, die Truppen- und Rüstungskonzentration in Europa auszudünnen, wurde 1973 mit den MBFR-Gesprächen begonnen. Diese Verhandlungen, bei denen schließlich lediglich nur noch um die geringfügige Verringerung von amerikanischen und sowjetischen Truppen gefeilscht wurde, gingen am 2. Februar 1989 ergebnislos zu Ende.

Die Nachfolgeverhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE-I), die am 9. März 1989 in Wien begannen, wurden im November 1990 erfolgreich abgeschlossen. Das VKSE-I-Abkommen legt für die fünf Hauptwaffensysteme (Kampfpanzer, gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, Artilleriesysteme, Kampfhubschrauber und Kampfflugzeuge) gleiche Höchststärken fest. Das Vertragsgebiet wurde in mehrere geographische Zonen unterteilt; für diese Zonen gelten jeweils gesonderte Stärkebegrenzungen. Gemäß dem VKSE-I-Abkommen müssen innerhalb von 40 Monaten nach dessen Inkrafttreten im Gebiet vom Atlantik bis zum Ural abgerüstet werden: bei den **Kampfpanzern** auf östlicher Seite ca. 13 200; auf westlicher Seite ca. 5 000; bei den **gepanzerten Gefechtsfahrzeugen** im Osten ca. 10 900, im Westen ca. 4 600; bei der **schweren Artillerie** im Osten über 3 700 Geschütze, während im Westen 600 abzurüsten sind; bei den **Kampfflugzeugen** und **-hubschraubern** werden auf östlicher Seite ca. 1 500 und auf westlicher Seite keine Systeme zu verschrotten sein. Durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Übernahme der Bestände der früheren NVA wird die BRD aufgrund der Höchstgrenze für die Zentralzone besonders von der Abrüstung betroffen werden. Sie wird ca. 3 000 Kampfpanzer, 6 200 gepanzerte Kampffahrzeuge, 2 000 Geschütze und 200 Kampfflugzeuge und -hubschrauber verschrotten müssen.

Darüber hinaus führt das VKSE-I-Abkommen in Verbindung mit dem 2+4-Abkommen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vom September 1990 zu einer Verringerung der Truppen.

In Deutschland wird das VKSE-I-Abkommen zu einem Absenken der Truppenpräsenz um rund 600 000 Mann auf unter 900 000 Mann führen. Bisher waren in Deutschland 670 000 aktive Angehörige der Bundeswehr und der NVA stationiert. Hinzu kamen etwas mehr als 400 000 Soldaten westlicher Stationierungstruppen sowie ca. 360 000 sowjetische Truppen in der DDR. Die Bundesrepublik hat sich darüber hinaus bereit erklärt, die Zahl der



aktiven Truppen auf 370 000 Mann zu begrenzen (bisher waren es ca. 495 000). Nach dem endgültigen Abzug sowjetischer Truppen aus der ehemaligen DDR, der für 1994 vorgesehen ist, werden in Deutschland nochmals wesentlich weniger Truppen stationiert sein. Diese setzen sich zusammen aus den 370 000 deutschen Truppen, maximal 195 000 amerikanischen Truppen sowie bis zu 40 000 Mann, die sich auf die übrigen kleineren NATO-Länder verteilen. Die französische (ebenso wie die belgische und kanadische) Regierung erwägt einen vollständigen Truppenabzug aus der Bundesrepublik in den nächsten zwei Jahren, während Großbritannien eine Halbierung der Rheinarmee von bisher 55 000 Mann anstrebt.

2. Abkommen über die Reduzierung strategischer Atomwaffen (START 1991)

Der Abschluß eines START-Abkommens (Nuklearwaffen mit einer Mindestreichweite von 5500 km) zwischen USA und Sowjetunion stand bis Redaktionsschluß kurz vor der Unterzeichnung. Nach letzten Informationen wird es zu einer Reduzierung der strategischen Kernsprengköpfe auf beiden Seiten um etwa 30 % kommen. Die USA verfügen derzeit über 12 562 Nuklearsprengköpfe auf 1 898 Kernwaffen-trägern, die UdSSR über 11 018 Sprengköpfe auf 2 486 Trägersystemen.

Welche Abrüstungsverhandlungen könnten in den 90er Jahren erfolgreich abgeschlossen werden?

1. C-Waffen-Abkommen

Die USA und die Sowjetunion gelten als diejenigen Staaten mit den umfangreichsten Beständen an CW. Das US-Potential an Giftgasen wird auf mindestens 30 000 Tonnen geschätzt; das sowjetische beläuft sich nach Angaben des sowjetischen Außenministeriums vom 26.12.1987 auf ca. 50 000 Tonnen. Neben den beiden Supermächten dürften inzwischen über zwei Dutzend Staaten die Fähigkeit zur Produk-



Demontage des Radarkopfes einer Pershing-II-Rakete in Mutlangen. Foto: Röttgers/Graffiti



Abzug von Pershing Raketen aus Camp Redleg/Waldheide



Heilbronner Rüstungsgegner stoßen mit Krimsekt an. Foto: M. Storz/Graffiti

tion von CW besitzen; 1963 waren es nur 5 Staaten. Es kann also von einer akuten Gefahr der weltweiten Verbreitung der CW gesprochen werden. Seit 1972 verhandeln die Staaten über einen Vertrag, der Einsatz, Entwicklung, Produktion, Lagerung und Weitergabe von CW verbietet. Bisher allerdings ohne greifbaren Erfolg. Neue Impulse erhielten die Verhandlungen durch die Pariser CW-Konferenz von 1989 sowie durch die Erklärung der amerikanischen Regierung vom Mai 1991, in der die USA die Bereitschaft zum vollständigen Verzicht auf CW für den Fall einer globalen CW-Konvention erklärten. Damit gaben die USA ihre bisherige Haltung auf, in jedem Falle ca. 500 Tonnen an Giftgasen als „Sicherheitsreserve“ behalten zu wollen.

Parallel zu den multilateralen Verhandlungen versuchten die Supermächte in bilateralen Gesprächen, die 1976 begannen, die Verbreitung von CW einzudämmen. Im September 1989 unterzeichneten die USA und die Sowjetunion eine Vereinbarung über einen Datenaustausch bei den CW sowie über gegenseitige Kontrollbesuche in den Lager- und Produktionsstätten. Ebenso erklärten sich beide Seiten zu einer Verringerung ihrer Bestände um bis zu 80 % bereit. Am 1. Juni 1990 unterschrieben die Supermächte schließlich einen Vertrag über den Abbau ihres CW-Potentials. Für alle CW, einschließlich der binären Waffen, wurde ein sofortiger Produktionsstopp verfügt. Außerdem wollen beide Seiten ihr Potential auf mindestens 20 % ihres derzeitigen Bestandes kürzen. Die Vernichtung der Hälfte der Bestände soll ab 1992 auf „umweltsichere Weise“ beginnen und bis 1999 abgeschlossen sein. Im Jahre 2002 wollen beide Seiten dann nur noch über 5000 t chemischer Kampfstoffe verfügen.

2. Atomare Kurzstreckenraketen

Die überwiegende Mehrzahl der in Europa bisher stationierten Atomwaffen entfällt auf die Kategorie der Kurzstreckensysteme (unter 500 km Reichweite). Allein die USA verfügen nach der Realisierung des INF-Vertrages noch über ca. 4000 Nuklearwaffen dieser Art in Europa. Die Gesamtzahl der in Europa befindlichen atomaren Kurzstreckensysteme dürfte sich auf ca. 10000 belaufen. Mit dem Ende des „Kalten Krieges“ und der endgültigen Auflösung des Warschauer Vertrages zum 1. Juli 1991 haben diese Waffensysteme jegliche sicherheitspoli-

tische Funktion verloren. Auf dem Londoner NATO-Gipfel im Juli 1990 einigten sich die NATO-Staaten auf eine Willenserklärung, die nukleare Artillerie abzubauen sowie Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen mit den osteuropäischen Staaten unmittelbar nach dem Abschluß des VKSE-I-Abkommens zu beginnen. Obwohl diese Verhandlungen bereits im Herbst 1990 abgeschlossen wurden und auch die danach entstandenen Schwierigkeiten inzwischen ausgeräumt werden konnten, ist der Beginn solcher Verhandlungen (noch) nicht in Sicht. Auf der Frühjahrstagung der NATO-Verteidigungsminister erklärten diese, daß die NATO auch zukünftig auf atomare Kurzstreckenraketen nicht verzichten könne und wolle. Sollte es tatsächlich zu entsprechenden Verhandlungen kommen, ist kaum mit einer wesentlichen Abrüstung dieser Waffensysteme in den 90er Jahren zu rechnen.

Erfolgte bzw. geplante Aufrüstungsmaßnahmen

Den beschlossenen und absehbaren Abrüstungsmaßnahmen stehen eine Reihe von Aufrüstungsmaßnahmen in Europa gegenüber, die für die 90er Jahre geplant sind. Bei den AW wäre dabei insbesondere auf die französischen und britischen Aufrüstungen sowie die von der NATO geplanten nuklearen Abstandswaffen zu verweisen. Auch über die Modernisierung der LANCE-Rakete ist bisher nicht endgültig entschieden. Im Bereich der konventionellen Waffen steht zudem eine Entscheidung über Großprojekte wie den JÄGER 90 noch aus. Angesichts des Umstandes, daß Waffensysteme immer teurer werden und die Kosten für die Umstrukturierung der NATO-Streitkräfte in den 90er Jahren (z. B. Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe) von den verantwortlichen Politikern und Militärs als sehr hoch veranschlagt werden, wird die Hoffnung auf eine „Friedensdividende“ nach den gegenwärtigen Planungen trügerisch sein. Eine „Friedensdividende“, d. h. ein durch Abrüstung erzielter finanzieller Reingewinn, der etwa für soziale Aufgaben verwendet werden könnte, wird es erst geben, wenn die Verantwortlichen davon überzeugt werden können, daß der derzeitige Rüstungsbestand immer noch erheblich das Niveau übersteigt, das für die Gewährleistung der (militärischen) Sicherheit notwendig ist.

* Dr. Manfred Efinger, geb. 1959, ist wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, Arbeitsgruppe Friedensforschung.

Übersicht über die Abrüstungsverhandlungen und -abkommen in und für Europa

Waffenkategorie	Verhandlungen	Verträge/Abkommen
strategische Atomwaffen	SALT-I (1969-72) SALT-II (1972-79) START (seit 1983)	SALT-I-Vertrag (1972) SALT-II-Vertrag (1979) START-Vertrag (1991?)
atomare Mittelstreckenraketen kürzerer und längerer Reichweite	INF-Verhandlungen (1983-87)	INF-Vertrag (1987)
atomare Kurzstreckenraketen	— (Beginn frühestens 1992)	—
chemische Waffen	multilaterale Verhandlungen seit 1972; bilaterale Verhandlungen zw. USA und UdSSR seit 1976	— bilaterales C-Waffen-Abkommen (1990)
konventionelle Waffen	MBFR-Verhandlungen (1973-1989) VKSE-Verhandlungen (seit 1989)	VKSE-I-Abkommen (1990)

Abkürzungen

ICBM	Intercontinental Ballistic Missile/Interkontinentalrakete
INF	Intermediate Nuclear Forces/Nukleare Mittelstreckenraketen
MBFR	Mutual Balanced Force Reductions/Beidseitige ausgewogene Truppenreduzierungen
NATO	North Atlantic Treaty Organization/Nordatlantische Vertragsorganisation
NVA	Nationale Volksarmee
SALT	Strategic Arms Limitation Talks/Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile/See gestützte ballistische Rakete
START	Strategic Arms Reduction Talks/Gespräche über die Reduzierung strategischer Waffen
VKSE	Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa
WVO	Warschauer Vertragsorganisation

Das Militär zieht ab, die Schäden bleiben Schon in Friedenszeiten gefährdet das Militär unsere Umwelt

Von Olaf Achilles *

Mit der Vereinigung wurde Deutschland um riesige Militärflächen erweitert. Ca. 5 % des Landes werden derzeit noch militärisch genutzt. Die Situation auf den Liegenschaften war bisher ein Tabu. Inzwischen ist bekannt, daß die Streitkräfte der UdSSR verseuchte Landstriche hinterlassen. Doch in ganz Deutschland gibt es 8 weitere Armeen, die ähnlich mit der Umwelt umgegangen sind.

Mit der Veröffentlichung der geplanten Standortreduzierungen der Bundeswehr am 23. Mai 1991 wurde auf mehreren hundert Seiten ein bis dahin bestgeheutes Geheimnis gelüftet: eine Auflistung aller vorhandenen Bundeswehrstandorte.

Aber ein noch größeres Geheimnis, so scheint es bis heute, ist der wirkliche Umweltzustand auf diesen Liegenschaften.

Für die Bundesrepublik, so fordern Umweltschützer seit Jahren vergeblich, ist es dringend geboten, daß der Rat für Umweltfragen der Bundesregierung ein Sondergutachten zur militärökologischen Gesamtbelastung der Bundesrepublik erstellt, welches von den Ländern für die einzelnen Standorte ergänzt werden könnte. Dieser Forderung kommt durch den anstehenden Umwidmungsprozeß der Grundstücke („Konversion“) eine zentrale Bedeutung zu.

Am meisten werden wir mit den Altlasten, die die Umwelt bedrohen, zu tun bekommen. Hier spielte die Bundesregierung und das Militär bisher immer „heile Welt“. Man wisse nichts von Schäden, und wenn es Schäden gibt, so werden sie sicherlich beseitigt werden. . .

Heile Welt?

Die Arbeits- und Forschungsstelle „Militär, Ökologie und Planung“ (MÖP) e. V. hat mit anderen Umwelt- und Friedensinitiativen jedoch schon lange darauf hingewiesen, daß es im Militärbereich enorme Umweltprobleme gibt. Die jetzt geführte Diskussion über die schlimmen Zustände auf den Liegenschaften der Streitkräfte der UdSSR, hätte unserer Meinung nach schon lange bei uns ebenso heftig stattfinden können.

Es gibt genügend Hinweise auf extreme Belastungen militärischer Liegenschaften – bei der Bundeswehr, wie bei den Alliierten „Streitkräften“. Bei der Bundeswehr wird seit mehreren Jahren verstärkt auf die vorhandenen Feuchtbiootope auf den Übungsflächen verwiesen. Zu den Umweltschäden gibt es offiziell wenig zu hören.

Der Bundesverteidigungsminister sieht auch bei den Alliierten Streitkräften in der alten Bundesrepublik offiziell keine Probleme: „Von den überlassenen Liegenschaften möglicherweise ausgehende Umweltbelastungen kann ich nicht quantifizieren. Die ausländischen Streitkräfte erfüllen jedoch im Einklang mit ihrer völker-



Erster Abzug von neun Pershing-Raketen aus Camp Redleg, Waldheide/Heilbronn

rechtlichen Verpflichtung die Anforderungen, die das deutsche Umweltrecht stellt“, antwortete er auf Anfrage der SPD im September 1990 im Deutschen Bundestag (Bt.-Drs. 11/7826).

Diese Aussage ist nicht beschönigend, sondern schlicht falsch. Inzwischen wissen wir, daß sie fast schon eine Lüge ist. Denn wie bekannt wurde, liegt der Bundesregierung seit August letzten Jahres, also schon seit einem Monat vor diesem Zitat, eine ausführliche Liste der US-Streitkräfte vor, die 358 verseuchte Liegenschaften der Amerikaner in der Bundesrepublik auflistet.

Ende letzten Jahres hat die MÖP e. V. diese interne Bestandsaufnahme der Verseuchungen der US-Streitkräfte auf 358 Liegenschaften in einer verkürzten Fassung bereits veröffentlicht.

Die Liste liest sich wie ein Ermittlungsregister gegen Umweltstrafäter: Grundwasserverseuchung durch chlorierte Kohlenwasserstoffe, Bodenverseuchung durch auslaufendes Öl, manchmal sogar in einem Wasserschutzgebiet, usw..

26 Liegenschaften sind offenbar derart verseucht, daß ihre Sanierung nach Angaben der Autoren der Studie zwischen einer und 16 Millionen US-Dollar pro Liegenschaft kosten würde. Bei den anderen Alliierten liegt es wohl ähnlich.

Die Aufräumkosten für die US-Liegenschaften in der Bundesrepublik werden militärintern auf

zwischen 126 Mio. und 580 Mio. US-Dollar geschätzt.

Die Bundeswehr hat nach einer eigenen Erhebung von 1989 insgesamt 400 Altlasten-Verdachtsflächen auf ihren 7000 Liegenschaften geortet. Eine entsprechende Erhebung für die 2700 ehemaligen NVA-Liegenschaften fehlt bisher. Sie wurden lediglich bei einer ersten Erfassung des Instituts für Umweltschutz berücksichtigt, das in der DDR ca. 28 000 Altlastenverdachtsflächen ausmachte.

Eine Erhebung für die sowjetischen Liegenschaften wurde vom Bundesumweltministerium erstellt. Diese sog. MUNER-Erhebung machte auf den 1026 Objekten 125 Altlasten ausfindig.

Inzwischen soll der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft in Ottobrunn, die auch für die Bundeswehr entsprechende Erfassungen gemacht hat, in einem „etwas eigenartigen Ausschreibungsverfahren“ (FAZ 8.3.91) für 71 Millionen DM ein Altlastenerfassungsauftrag auch für das Beitrittsgebiet, mit Schwerpunkt sowjetisch genutzte Liegenschaften, gegeben worden sein. Sicher ist, daß auf jeden Fall ca. 300 000 Tonnen Munition der NVA und evtl. noch einmal 1 Million Tonnen Munition der Streitkräfte der UdSSR vernichtet werden müssen. Die Kosten schwanken zwischen 1 500 und 15 000 DM pro Tonne, ganz zu schweigen von den davon ausgehenden Umweltbelastungen.

„Aktenbewegung . . .

Die seit langem angemahnten Umwelt-Untersuchungen für Militärliegenschaften müssen mit dem anstehenden Konversionsprozeß allein schon aus Gründen der Planungssicherheit der Gemeinden durchgeführt werden, denn verseuchte Liegenschaften gefährden auch Anwohner.

In den USA, wo bereits seit Jahren eine entsprechende Diskussion geführt wird, wurden inzwischen über 17000(!) verseuchte Liegenschaften erfaßt. Manche Fälle sind so schlimm, daß Menschen durch Vergiftungen, z. B. des Trinkwasser, ums Leben gekommen sind.

Obwohl z. B. die Wirtschaftsministerkonferenz bereits am 20.9.90 eine Sanierung der Militärfelder mit vorausgehender Kontaminationsanalyse durch den Bund forderte (FAZ 21.9.90), hat die Bundesregierung *nicht* die Absicht, eine systematische und flächendeckende Erhebung über Verdachtsfälle von militärischen Altlasten durchführen zu lassen. Soweit die Bundesländer in ihrer Kompetenz und *auf ihre Kosten* Erhebungen durchführen, sollen die Bundesvermögensämter diese unterstützen. Altlastenbehaftete Grundstücke sollen nach Aussage der Regierung grundsätzlich nicht veräußert werden. Doch wie will man ohne Erhebung den Zustand der Liegenschaft kennen?

Zunächst einmal trifft dieses Vorgehen die Gemeinden, da die belastete Liegenschaft brach liegt, als Gefahrenpotential eventuell bewacht werden muß und somit nicht nur vorhergehende potentielle Einnahmen ausbleiben, sondern eventuell negative ökonomische Randerscheinungen, wie z. B. Senkung der (Rand-)Grundstückspreise, Wegfall von Fremdenverkehr möglich sind.

Von den 2700 Liegenschaften der ehemaligen NVA sind bereits Hunderte ohne nachvollziehbare Umwelt-Prüfung freigegeben worden.

Nach dem jetzigen Verfahren, so ist zu befürchten, werden belastete Flächen dem Bundesvermögen übergeben. Weder das Finanzministerium noch die überlasteten Bundesvermögensämter verfügen über ausreichendes bzw. qualifiziertes Personal, die eine wie auch immer geartete Altlastenüberprüfung erarbeiten könnten. Die Bundeswehr will sich so von den in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten freihalten. Es wird anscheinend ein Bogen um die belasteten Flächen gemacht, indem sie in das allgemeine Grundvermögen des Bundes eingebracht werden.

Denn nach einer eventuellen Rückgabe der Militärliegenschaften in das allgemeine Grundvermögen des Bundes unterliegt der Bund selbst als Eigentümer der Haftung als „Zustandsstörer“. Die Rechtsgrundlagen bilden hierbei das Wasserhaushaltsgesetz und das Abfallgesetz sowie das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht.

Schon die Altlasten des I. und II. Weltkrieges wurden so von Generation zu Generation weitervererbt. Diese Aktenbewegung, so ein Mitarbeiter der Hardthöhe, löst kein einziges Umweltproblem. Das jetzige Vorspielen einer „heilen Welt“ auf den militärischen Liegenschaften hat natürlich zur Folge, daß kein Geld in die dringlich notwendige Kontaminations-Erfassung, geschweige denn Sanierung fließt. Beides ist jedoch dringend geboten.

„ . . . löst keine Umweltprobleme“

Alle militärischen Anlagen haben ein Belastungspotential. Es gibt mehrere Kreise und Gemeinden in Deutschland, für deren Gebiet bereits eine „militärische Belastungsanalyse“ durchgeführt wurde. Diese Erfassung ist sehr wichtig, da sie Daten und Aussagen gerade auch für eine potentielle Standortkonversion bereitstellt.

Solche „militärischen Belastungsanalysen“ entwickelten sich parallel zur kommunalen Friedensarbeit. Sie haben die Auswirkungen des mobilen und stationierten Militärapparates in einer bestimmten Region zum Untersuchungsgegenstand. Inzwischen haben zahlreiche Gemeinden ihre Belastung dokumentiert und es wird immer dringlicher, daß sie dabei auch auf die Militärliegenschaften selbst schauen.

Militärische Sicherheit zerstört, wenn sie zum Einsatz kommt, unsere Umwelt erheblich. Dies hat nicht zuletzt der Golfkrieg gezeigt.

Die Militär-Altlastenproblematik in Deutschland zeigt aber, daß das Militär schon zu Friedenszeiten das zu Verteidigende erheblich belastet.

Angesichts der immer drängenderen weltweiten Umweltprobleme (Ozonloch, Treibhauseffekt) brauchen wir ein ökologisches Verständnis von Sicherheit, denn militärische Sicherheit kann hier nichts ausrichten, im Gegenteil: Der „Kalte Krieg“ war leider auch ein „heißer Umweltkrieg“ – in Ost und West.

Zum Weiterlesen:

Achilles, Olaf: „Natur ohne Frieden“; München 1988.

Olaf Achilles, 29 Jahre, Dipl. Ing. Raumplanung, ist Lehrbeauftragter an der Universität Dortmund („Militärische Belastungsanalysen und Regionale Konversion“) und leitet ehrenamtlich die Arbeits- und Forschungsstelle „Militär, Ökologie und Planung“ MÖP e.V.; Adresse: MÖP e.V., Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1.



Foto: M. Storz/Graffiti



Abzug einer Panzerdivision der UdSSR über den Hafen von Rostock.

Foto: T. Raupach/Argus

Der US-Atomwaffenstandort Mutlangen, seit Jahren Symbol des Widerstandes gegen den atomaren Krieg, ist abgerüstet. Nachdem die letzten Pershing-II-Raketen bereits im Herbst '90 zur Verschrottung in die USA abtransportiert wurden, verabschiedeten sich mit einer militärischen Zeremonie am 31. Mai nun auch die (zuletzt 200) Soldaten des Kommandos. Aber auch wenn die GIs längst wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sein werden, laufen die Verfahren wegen „Nötigung“ gegen gewaltfreie BlockiererInnen weiter, vermutlich noch zwei bis drei Jahre lang!

Ein Bericht von Werner Schulz



Fotos: W. Schulz

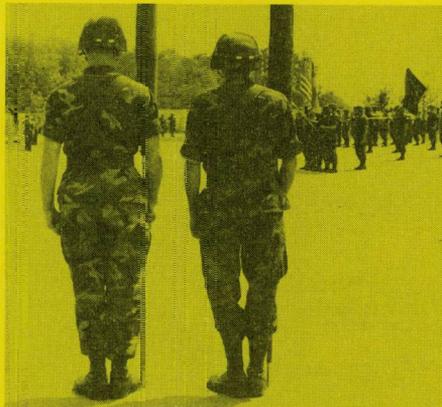
„Nehmt Abschied, Brüder, ungewiß ist eine Wiederkehr. . .“ – gesungen wurde zwar nicht, aber man hatte den deutschen Text trotzdem sofort im Ohr, als die Militärkapelle das schöne Liedchen „auld lang syne“ („Gute alte Zeit“) zur Eröffnung der „farewell-ceremony“ auf dem Depotgelände anstimmte. 500 Gäste waren der Einladung zum feierlichen Abschied gefolgt, und wirklich: kurze Zeit lag sowas wie „Wehmut“ in der Luft über dem Exerzierplatz. Aber der Pulverquahl der Salutschüsse und die lauthals gebrüllten Kommandos des uniformierten Zeremonienmeisters lenkten die Wahrnehmung recht schnell wieder auf den Boden der Realität zurück: US-Army-Depot Mutlangen, elf Hektar stacheldrahtumzäuntes Gelände, meterdicke Stahlbeton-Bunker, noch bis vor kurzem Start- und (sowjetisches) Ziel unvorstellbarer Zerstörungsgewalt auf den Landkarten der Militärstrategen. 1964 wurden in Mutlangen die damals ersten atomaren Pershing-I-Raketen Europas stationiert. 1983 dann, nach dem Nato-Doppelbeschluß und der sog. Nachrüstung gegen die sowjetischen SS-20 Raketen, rollten die ersten Pershing-II auf MAN-Sattelschleppern wie riesige Ungetüme in den schwäbischen Standort ein. Eine Rakete vom Typ Pershing-II, benannt nach einem US-General des 1. Weltkrieges, mißt immerhin 10,5 m und wiegt mehr als 7 Tonnen. Mit einer Reichweite von 1800 km wäre sie im Ernstfall in weniger als 12 Minuten in ihrem einprogrammierten Ziel in der Sowjetunion „gelandet“. Zielgenauigkeit: 40m; Sprengkraft: 10–20 Kilotonnen TNT, etwa soviel wie die Hiroshima-Bombe. 36 Raketen waren in Mutlangen stationiert, 36 mal wäre Hiroshima allein von Mutlangen aus wiederholbar gewesen.

400000 in Bonn

„Stationieren und verhandeln, aufrüsten und dann gemeinsam abrüsten“, das waren nach offizieller Lesart die beiden Säulen des Nato-Doppelbeschlusses. Und mit Zustimmung der SPD/FDP-Regierung unter Helmut Schmidt am 12.12.79 wurde die Grundlage für die Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik geschaffen. Schon früh formierte sich allerdings breiter Widerstand gegen diese Logik des Wetrüstens, ganz besonders in Deutschland. Der „Nachrüstungsbeschluß“ markierte die Wiedergeburt der Friedensbewegung: Am 10.10.1981 waren es 300000 DemonstrantInnen in Bonn, im Juni des folgenden Jahres schon 400000 und bei den Ostermärschen 1983 gar eine dreiviertel Mil-

„Nehmt Abschied, Brüder. . .“

Die Soldaten gehen, die Prozesse gegen BlockiererInnen bleiben



lion Menschen, die in der atomaren Hochrüstung nicht „Sicherung des Friedens“ sondern zusätzliche Bedrohung und überdies eine immense Geldverschwendung sahen und die außerdem dem versprochenen Verhandlungs- und Abrüstungswillen der Militärs und Politiker mißtrauten. Der sog. Krefelder Appell der Friedensbewegung, der die Bundesregierung aufforderte, die Zustimmung zur Stationierung der neuen Raketen in Mitteleuropa wieder zurückzuziehen, wurde von über 3 Mio. Menschen unterschrieben. „Umkehr zum Leben – Nein zu den Atomwaffen“ lautete die zigttausendfache Forderung auf den bekannten lila Halstüchern, die die zwei Kirchentage (1983 in Hannover und 1985 in Düsseldorf) zu eindrucksvollen protestantischen Demonstrationen gegen den Atomkrieg machten. Und trotz alledem: Eine Umkehr der Politik konnte der massive „Druck der Straße“ nicht erreichen. Seit 1983 wurden die amerikanischen Mittelstreckenraketen zu Lande (Pershing II) und zu Wasser (Cruise Missiles) stationiert – und in der Friedensbewegung machte sich Enttäuschung breit. „Wenn derart große Bündnisse innerhalb der Bevölkerung nichts ausrichten, was soll's dann noch mit den Protesten und den Demos?“, fragten sich viele. Die Nichtbeachtung der massenhaften Proteste und die rigorose Stationierung der Raketen trieben nach und nach auch ehemals engagierte Anhänger der Friedensbewegung zur Resignation und zum Rückzug ins Private. Nicht wenige Friedensgruppen und -initiativen wur-

den mangels Interesse aufgelöst und an den meisten Raketenstandorten schief der Protest allmählich ein. Nicht so in Mutlangen!

„Unser Mut wird langen!“

Mit der Parole „Unser Mut wird langen!“, richtete man sich auf neue, längerfristig wirksame Aktionsformen des gewaltfreien Widerstandes ein. Wenn die Hunderttausende bei den großen und zentralen Demos nichts bewegen, so die Überlegung, dann sind vielleicht kleine, aber direkte Aktionen wirksam. Man erinnerte sich an die großen Beispiele gewaltfreier Strategien von Mahatma Gandhi und Martin Luther King und startete 1984 die Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“. Neu an dieser Kampagne waren die wieder und wieder durchgeführten gewaltfreien Sitzblockaden vor den Toren des Depots und während der Manöver. Inzwischen haben sich tausende auf diese Weise an der Kampagne beteiligt: Es gab „Konzertblockaden“ mit klassischer Musik, „Seniorenblockaden“ älterer Menschen, es beteiligten sich ehemalige KZ-Häftlinge, „Architekten für den Frieden“, „Ärzte gegen den Atomkrieg“ . . . und bei der „Prominentenblockade“ auch bekannte Personen, wie Heinrich Böll, Walter Jens, Petra Kelly, Heinrich Albertz, Oskar Lafontaine, Dieter Hildebrandt, Dorothee Sölle, Robert Jungk. . . Auch 19 Richter und Richterinnen setzten sich – bei minus 20 Grad! – den Raketen in den Weg und wurden dafür von ihren Amtskollegen öffentlich gescholten und jede/r einzelne strafrechtlich verfolgt, denn: Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft und der Mehrzahl der zuständigen RichterInnen machen sich BlockiererInnen grundsätzlich der Straftat der „verwerflichen Nötigung“ (§ 240 StGB) schuldig und werden, von wenigen Freisprüchen abgesehen, auch bestraft. Und das, obwohl nicht selten die „ehrenwerten Motive“ der BlockiererInnen ausdrücklich vor Gericht anerkannt wurden. „Ehrenwerte Verwerflichkeit?“, was denn das nun sei, wollte Walter Jens während seines Prozesses vor Gericht wissen. Diesen Begriff, so der Tübinger Rhetorik-Professor und Pazifist, könne es nicht geben und wo derartiges konstruiert werde, seien augenscheinlich „Winkeladvokaten“ am Werk.

„Ehrenwerte Verwerflichkeit“?

Insgesamt 2998 Festnahmen wegen Sitzblockaden in Mutlangen zählte die Statistik der Polizei. Die gerichtlich verhängten Geldstrafen (durchschnittlich 20 Tagessätze pro BlockiererIn) dürften sich summa summarum auf eine runde Million Mark belaufen. Weil die meisten der gewaltfreien AktivistInnen Widerspruch gegen die Strafbefehle einlegen, verhandelt das zuständige Amtsgericht in Schwäbisch Gmünd seit Jahren Widerspruchsverfahren wie am Fließband, 2500 waren es insgesamt bis Juni '91. Etwa 1000 BlockiererInnen, so die Schätzung der Mutlanger Friedensgruppen, gingen gegen die Entscheidung des Amtsgerichts in Berufung. Vermutlich noch zwei bis drei Jahre lang wird das Landgericht in Ellwangen mit diesen Berufungsverhandlungen beschäftigt sein. Und wer am Ende des Instanzenweges nicht zahlen kann oder zahlen will, wird inhaftiert. Allein im vergangenen Jahr saßen 28 BlockiererInnen für ihr „Sitzenbleiben für den Frieden“ ein zweites Mal, im Gefängnis nämlich (die 28 zusammengenommen immerhin mehr als 1000 Tage).

Alles in allem 19 Monate seines Lebens verbrachte der 28jährige Holger Jänicke, Friedensarbeiter im Mutlanger Friedens- und Begegnungszentrum „Carl-Kabat-Haus“, als „Wiederholungstäter“ hinter Gittern. Daß die gewaltfreien AktivistInnen nach wie vor strafrechtlich verfolgt werden, obwohl die Raketen entsprechend den Vorgaben des INF-Vertrages inzwischen längst abtransportiert und verschrottet sind, das finden mehr und mehr Menschen heute widersinnig und einfach ungerecht. So wurden in jüngster Zeit verschiedentlich Forderungen nach Rehabilitierung oder Amnestie der „TäterInnen“ erhoben, bislang allerdings erfolglos. Der Kirchenpräsident der Evang. Kirche der Pfalz beispielsweise, Werner Schramm, würdigte das Engagement der Friedensbewegung als einen „wesentlichen Beitrag“ zur Abrüstung. Er forderte, entsprechend einem Votum der pfälzischen Synode, eine Rehabilitierung der Demonstranten, die „stellvertretend für eine größere Bevölkerungsgruppe“ gehandelt und kein „kriminelles Verbrechen“ begangen hätten.

„Wir wollen nicht Gnade, wir wollen Recht“

Eine rechtliche Rehabilitierung, d. h. eine juristische Neubewertung, von Tat und TäterInnen, das erwarten auch die Betroffenen selbst vom Gesetzgeber. Das Problem allerdings ist: Auch nach Ansicht „wohlgesonnener“ Rechtsexperten gibt es dafür keine Rechtsgrundlage in den Gesetzbüchern, möglich sei unter Umständen allenfalls eine „Wiederaufnahme“ des Verfahrens oder eine Amnestie („Vergebung“). Von letzterer Möglichkeit will allerdings Holger Jänicke z. B. nichts wissen. „Amnestie ist wie Amnesie (Gedächtnisverlust)“ sagt er. Da wird die ganze Diskussion um Massenvernichtungswaffen unter den Tisch gekehrt und eben auch nicht aufgearbeitet, daß diese Verfahren gegen uns Rechtsbruch sind. Amnestie heißt: Gnade vor Recht. Aber wir wollen nicht Gnade, wir wollen Recht.“ Bislang halten PolitikerInnen der beiden Regierungsparteien solche Forderungen

für wenig realistisch. Und wie zu erfahren war, gibt es auch innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion Widerstände gegen eine parteiinterne Vorlage zu einem Amnestie-Gesetz für BlockiererInnen und gegen eine Veränderung des umstrittenen Nötigungsparagrafen. Vor allem an eine Klärung der Begriffe „Gewalt“ und „verwerflich“ will man anscheinend auch bei der SPD nicht so recht ran.

Demnach wird es vorerst bei dem bekannten Prozedere und der Kriminalisierung bleiben und AtomraketengegnerInnen werden weiterhin mit den ganz „normalen Knackis“ ihre Runden beim Hofgang drehen.

„Kriegsgeschichten“

Auch während im ehemaligen Raketendepot auf der Mutlanger Heide die Fanfaren zum Abschied blasen, sitzt eine BlockiererIn in der JVA Wittich-Aurath ihre 10tägige Haftstrafe ab. Aber an die lästigen „Nebenwirkungen“ der Pershing-Raketen mag heute niemand denken, bei der „farewell-ceremony“.

Stolz und steif, mit würdevoller Miene und umständlich-theatralischen Bewegungen rollen die Soldaten auf Befehl die Fahnen des Regiments ein. Und dann stehen sie da wie angewurzelt und lauschen den Lobeshymnen der Redner.

Der Kommandant der Einheit, General Roger E. Bean, zieht bei seiner Dankesrede zum Abschied noch einmal sämtliche Register:

Er dankt den Soldaten („Auf Sie kam es an, Sie waren Friedenschüter. Sie haben mitgeholfen, das Leben in unserer Welt sicherer zu machen“), er dankt den „Familien und Freunden der Pershing“ („Danke, daß Sie die großen Amerikaner waren, die Sie sind“), er dankte den Präsidenten Reagan und Bush („Sie gaben uns erstklassige Ausrüstung und hervorragende Soldaten, und es zahlte sich aus.“), er lobte „die politische und militärische Führung der USA, der Bundesrepublik und der Nato für ihre Überzeugungskraft und ihr unnachgiebiges Verlangen nach Reduzierung der Atomwaffen“, er pries die „talentierten amerikanischen Ingenieure“, die die Pershing-II entworfen, gebaut und unterstützt haben („Wieder einmal haben wir amerikanische Technologie siegen gesehen, diesmal ohne eine einzige Rakete während

Kriegszeiten abzufeuern“), er dankte den „hervorragenden Bürgern der Region für Ihre Hilfe und die Bereitstellung von Manövergebieten“ und er dankte der deutschen Polizei, insbesondere den Einsatzleitern, deren „Namen immer in Erinnerung sein werden, wenn Pershing-Soldaten zusammenkommen und Kriegsgeschichten erzählen“. Und mit „Kriegsgeschichten“ wurden die Blockadeaktionen wenigstens indirekt erwähnt. Kein Wort aber verlor der General über den sowjetischen Anteil am INF-Vertrag, über Gorbatschow, Glasnost und Perestrojka. Und natürlich fiel auch kein Wort über die immer noch rätselhafte Explosion einer Pershing-II, bei der 1985 drei US-Soldaten getötet wurden.

Ein Erfolg der Friedensbewegung?

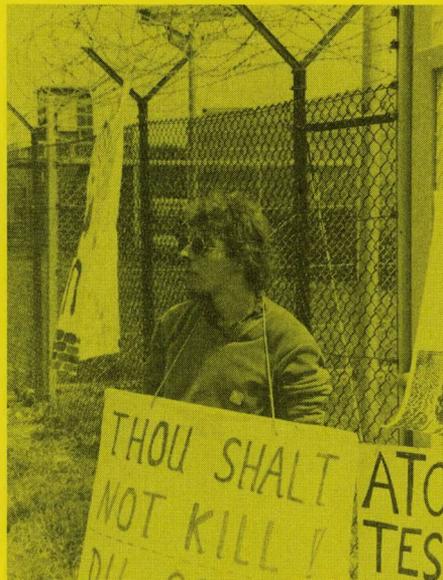
Draußen vor dem Tor stehen derweil die Mitglieder der Friedengruppen bei einer Mahnwache. Kein Sekt, keine Musik, kein Freudentaumel. Das geplante dreitägige Friedensfest wird erst beginnen, wenn die Offiziellen durch das Spalier der Transparente wieder ausgefahren sind. Dann trifft man sich zu Diskussionen – zum Thema „Rüstungskonversion“ etwa – zu einer Kundgebung, zum Gottesdienst und natürlich auch zum Fest mit viel Musik. Mutlangen ist abgerüstet, das Gelände wird der Gemeinde zurückgegeben, und das ist schließlich auch für die Leute aus der Friedensbewegung ein Grund zum Feiern, gar keine Frage.

Wie bewerten denn nun die Aktiven ihren Anteil am Abrüstungserfolg? „Wir waren bestimmt nicht bedeutungslos“, meint Holger Jänicke, „aber eine Prozentzahl über unseren Anteil kann ich nicht bemessen. Fest steht: Ohne die Blockaden hier hätte die Friedensbewegung spätestens 1985 die Pershings vergessen und wäre zur Tagesordnung übergegangen. Insofern sind wir mit unseren Blockaden auch der Friedensbewegung auf dem Gewissen gesessen.“

Die Bedeutung der Friedens- und Ökologiebewegung für die politische Diskussion insgesamt schätzt der Stuttgarter Friedensforscher und Kampagnen-Mitstreiter Wolfgang Sternstein durchaus positiv ein: „Eines haben die Bewegungen durch ihre legalen und gewaltfrei-illegalen Aktionen bereits erreicht: Sämtliche Umfragen weisen heute eine solide Mehrheit gegen Atomanlagen und Atomwaffen aus. Jetzt kommt es darauf an, diesen Mehrheitswillen in kritisches Wahlverhalten und konkrete politische Entscheidungen umzusetzen. Diese Arbeit steht uns noch bevor.“

Und wenn das Zitat von Gorbatschow-Berater Georgij Arbatow stimmt, das Wolfgang Sternstein im 'Spiegel' gefunden hat, dann steht der Friedensbewegung auch am Zustandekommen des INF-Abrüstungsvertrages ein ganz erheblicher Anteil zu: „Die Friedensbewegung war ein Ausdruck des Bewußtseinswandels, der sich in der westdeutschen Bevölkerung abgespielt hat. Das war ein Faktor für unsere Entscheidung, Michail Gorbatschow als Verfechter eines dezidierten Spannungskurses zum Generalsekretär zu wählen.“

Und unstreitbar machte erst dieser Entspannungskurs die ersten tatsächlichen Abrüstungsschritte möglich, von der Unterzeichnung des INF-Vertrags, dem Abzug der Pershings aus Mutlangen – bis hin zu dem schönen Liedchen von der „guten alten Zeit“.



Wie man Abrüstung sozialverträglich gestalten kann – Vorschläge der Gewerkschaft ÖTV

In den letzten Jahrzehnten sind in Ost und West riesige Militärpotentiale entstanden. In der Bundesrepublik Deutschland sind ganze Regionen wirtschaftlich davon abhängig geworden. Die Abrüstungsmaßnahmen müssen durch Konversionsprogramme begleitet werden, damit die strukturschwachen Regionen die wirtschaftlichen Probleme lösen können und die Umstellung auf zivile Produktion gewährleistet ist.

Mit dieser Aufgabe sind Gemeinden und Regionen allein überfordert. Die erforderliche Strukturpolitik muß von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam gestaltet werden.

Das genaue Ausmaß des Abbaus der Streitkräfte in Deutschland wird sich erst im Verlauf der weiteren Abrüstungsverhandlungen in Wien ergeben. Fest steht bisher, daß die deutschen Streitkräfte von vormals zusammen 660 000 Soldaten auf 370 000 reduziert werden.

Bei der Bundeswehr sollen in den nächsten Jahren etwa 150 000 Stellen für Soldaten und etwa 50 000 Stellen für zivile Beschäftigte wegfallen. Die einstige Nationale Volksarmee soll um 70 000 Soldaten und rund 35 000 Zivilbeschäftigte verringert werden.

Die Anzahl der Zivilbeschäftigten bei den ausländischen Streitkräften und in beiden deutschen Armeen wird sich von rund 320 000 auf unter 150 000 reduzieren. Für die durch Truppenabbau und Abrüstung betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind möglichst schnell neue Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen.

Bestandsaufnahme

Auf Drängen der Gewerkschaft ÖTV haben die Bundesregierung und die meisten Landesregierungen sogenannte Interministerielle Arbeitskreise gebildet, die den Auftrag haben, die Folgen des Truppenabbaus zu untersuchen sowie Umnutzungs- und Umstellungsprozesse einzuleiten. Diese Arbeitskreise müssen in allen Ländern und Gemeinden eingerichtet werden, dabei sind die Betroffenen, insbesondere die Gewerkschaften, einzubeziehen. Hierzu ist es erforderlich, daß die Bundesregierung die notwendigen Voraussetzungen schafft, das heißt, ihre eigene und die Streitkräfteplanung der ausländischen Truppen zum frühesten Zeitpunkt bekanntgibt.

Die Rüstungskonversion und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erfordern erhebliche finanzielle Mittel, die im wesentlichen vom Bund zu erbringen sind.

In einigen Kommunen sind auf Drängen der betroffenen Kreisverwaltungen der Gewerkschaft ÖTV Arbeitskreise tätig, die den Auftrag haben, regionale Konversionsstrategien für die Zivilbeschäftigten und arbeitsplatzfördernde Umwidmungsvorschläge für frei werdende militärische Liegenschaften zu entwickeln. Diese Arbeitskreise setzen sich zum Beispiel zusammen aus Bürgermeister, Stadtkämmerer,

Abrüstung Ja – Arbeitslosigkeit Nein!

Fraktionsvorsitzenden der Parteien, Vertretern des Arbeitsamts, der Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern, der Ortskrankenkassen, der Streitkräfte sowie der Gewerkschaft ÖTV.

Sie haben bereits damit begonnen, eine Bestandsaufnahme der Liegenschaften im Hinblick auf eine privatwirtschaftliche Anschlußnutzung zu erarbeiten, und sie bereiten in enger Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen betroffener Dienststellen eine Qualifikations- und Altersanalyse der Arbeitnehmer vor.

Konversionsforschung

Bei der Entwicklung von Konversionsstrategien ist wissenschaftliche Unterstützung erforderlich. Die Gewerkschaft ÖTV fördert deshalb von der Bundesregierung, bereits vorhandene Haushaltsmittel des Bundesforschungs- und des Bundesverteidigungsministeriums unverzüglich der Konversionsforschung zu widmen. Die Forschungsaufträge müssen dabei aber nicht nur auf die Bereitstellung zukunftsorientierter und ökologisch verträglicher neuer Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft ausgerichtet werden, sondern sie sollen auch die Möglichkeiten sogenannter Beschäftigungsgesellschaften untersuchen. Diese Gesellschaften können beispielsweise zu dem Zweck gegründet werden, entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterzubeschäftigen und ihnen die für die Privatwirtschaft oder den öffentlichen Dienst erforderlichen Qualifikationen durch Aus- und Weiterbildung zu verschaffen. Die Gewerkschaft ÖTV wird sich mit eigenen Projekten beteiligen.

Soziale Sicherung

Zur Bewältigung der durch die Beschäftigungskonversion entstehenden Probleme sind neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze Regelungen zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dringend erforderlich.

Besonders hart betroffen sind die Beschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften und bei der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte. Ihre betrieblichen Interessenvertretungen haben wegen fehlender Mitbestimmungsrechte keine Möglichkeiten, einen sozialen Interessenausgleich oder Sozialpläne für die von Entlassungen bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuhandeln.

Mit den Arbeitgebern sind deshalb Tarifverträge zur sozialen Absicherung zu vereinbaren beziehungsweise der neuen Situation anzupassen. Wegen der aktuellen politischen Entwicklung kommt dieser Maßnahme vorrangige Bedeutung zu.

Den Beschäftigten bei allen Streitkräften sind zukunftsorientierte Aus- und Weiterbil-

dungsprogramme anzubieten. Hierfür müssen die bei den Streitkräften vorhandenen Ausbildungseinrichtungen genutzt werden. Zukunftsorientiert sind Programme, die die Arbeitsmarktchancen der Beschäftigten möglichst wohnortnah und auf Dauer erhöhen.

Für den Fall, daß für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden können, sind Vorruhestandsregelungen erforderlich.

Weiterbeschäftigung bei den Streitkräften zur Altlastenbeseitigung und Verschrottung des Geräts

Viele Militärstandorte sind nach mehr als vierzigjähriger Nutzung erheblich ökologisch belastet. Diese Altlasten müssen erfaßt und beseitigt werden. Das kann teilweise von den Beschäftigten mit dem vorhandenen technischen Gerät geleistet werden. Nach Abschluß der Abrüstungsverhandlungen ist auch eine Reduzierung der militärischen Großgeräte zu erwarten. Aus wirtschaftlichen Gründen bietet sich hauptsächlich im Bereich der ausländischen Streitkräfte an, dieses Gerät bereits in der Bundesrepublik für militärische Weiterverwendung unbrauchbar zu machen. Das läßt sich ebenfalls mit Hilfe des ortsansässigen Personals lösen; einschlägige Erfahrungen auf diesem Gebiet sind vorhanden.

Es ist jedoch darauf zu achten, daß solche Maßnahmen nicht zu einer künstlichen Beibehaltung militärischer Strukturen führen.

(aus: ÖTV Argumente, 12/90)

Konversion

Konversion ist ein Wort aus dem Lateinischen und bedeutet Umkehr. In Deutschland wurde der Begriff bekannt, als Betriebsräte des britischen Rüstungsunternehmens Lucas Aerospace forderten, bisher von Militäraufträgen abhängige Arbeitsplätze mit ziviler Produktion zu sichern.

Seither wird unter Konversion meistens das Umstellen der Produktion von Rüstungsgütern auf die Produktion ziviler Güter verstanden. Inzwischen ist auch von Beschäftigungskonversion die Rede, vom Verlagern ziviler Arbeitsplätze bei Bundeswehr und Stationierungsstreitkräften in den nichtmilitärischen Bereich. Zur Beschäftigungskonversion gehört auch, zivilen Arbeitsplätzen beim Militär andere Inhalte zu geben. Wir werden in einer der nächsten wub-Ausgaben auf dieses spezielle Thema eingehen.

wub - was uns betrifft - Satire

(Die Chronistin sitzt auf einem Fels und liest aus einem sehr, sehr großen Buch.)

Hammurabi, König von Babylon, machte aus Babylon wieder ein Reich.
Hammurabi, König von Babylon, ist ein Modellfall für einen Vergleich.

Man schrieb das Jahr 1728 vor Christi Geburt.
Da gab es in Babylon Beamte. Beamte, die so waren, wie sie nun einmal sind und noch sind, wie sie waren. Man schrieb das nämliche Jahr, da erhob Hammurabi das blühende, nichtsahnende, kleine Städtchen Babylon, das unschuldig am Euphrat lag und kein Talent zur Hauptstadt hatte, zur Metropole Babyloniers. Das hätte er nicht tun sollen!

Man schob in Hammurabis Ministerien die Kugel, die man ruhig nennt zur Zeit.
Man kannte sich nicht aus in den Materien, es stank von Babylon bis nach Kuweit.

Das stank auch König Hammurabi. Im Jahre 1728 ante.
Und er beschloß, die Wasser des Euphrats und des Tigris umzuleiten!
Mitten durch die Ministerien... in Babylon, um eine Säuberung aller Ämter zu bewirken.
Aber das Wasser des Euphrats und des Tigris waren fruchtbar und zeugten immer mehr Beamte, die sich gegenseitig auf die Kompetenzen traten.

Und so wurde aus dem Kopfe Babyloniers – durch die Wasserkraft der Flüsse und die Laichbereitschaft großer Fische ein Wasserkopf.

Als alle Söhne und Neffen Hammurabis zusammen fünfundsechzig zählten, und als die Bürger Babyloniers sie beeindruckt wählten, galt die Säuberung als abgeschlossen.
Die Posten waren besetzt. Der Staat war gegründet.

Dann rief man alle Götter, die man hatte, aus gutem Grund zusammen zum Geschwätz.
Die setzten sich auf eine Kokosmatte

und schufen dann ein gutes Grundgesetz.

Und König Hammurabi sprach:
(Der König tritt auf.)

König:
Gleiches Recht für alle!
Für alle, die guten Willens sind.
Das Gesetz ist gut – laßt es uns aufschreiben! Schreiber!

(Der Steinmetz kommt mit Hammer und Meißel.)

Chronistin:
Und es kam der Steinmetz des Königs, und der König diktiert ihm das Gesetz in den Meißel.

König:
Du schlägst es mir in alle Steine ein, frei soll der Mensch in Babylonien sein.
Du nimmst den festesten vom festen Stein und haust dort das Gesetz hinein.

Steinmetz:
Mit zwei Durchschlägen?

König:
Original, denn niemand soll es ändern!
Wir unterwerfen uns dem Grundgesetz.

Chronistin:
So sprach der König auch zu seinen Ländern, und niemand hielt es für Geschwätz.

König:
Wir wollen friedlich sein und keine Waffen tragen, die Todesstrafe und Zensur entfällt.
Es darf jeder seinem König sagen, was er für schlecht und ungesetzlich hält.

Steinmetz:
Soll ich es auf Schmierstein klopfen oder gleich ins reine?

König:
Eile!

Steinmetz:
Ich eile mit Feile. Bis gleich.
(Geht ab)

Chronistin:
Der Steinmetz schlug's Gesetz in Stein, da fiel dem König noch was ein.

König:
Mir bindet das Gesetz die Hand. Steinmetz!

Chronistin:
Schon kam der Steinmetz schnell gerannt.

König:
Wie hieß der Text des Gesetzes?

Steinmetz:
Wir wollen friedlich sein und keine Waffen tragen.

König:
Änderung: Wir wollen friedlich sein und kleine Waffen tragen. Weiter?

Steinmetz:
Die Todesstrafe und Zensur entfällt.

König:
Änderung: Die Todesstrafe und Zensur... sie... sie fehlt. Weiter!

Steinmetz:
Es darf ein jeder seinem König sagen, was er für schlecht und ungesetzlich hält.

König:
Änderung: Es darf ein jeder seinen König fragen, was der für schlecht und ungesetzlich hält.
Nun gehe hin und haue das Gesetz um!

Steinmetz:
Wird nicht so schön aussehen, wenn das Gesetz so beklopft ist. Aber bitte.
(Geht ab)

Chronistin:
Er schlug voll Wut auf das Gesetz in Stein, da fiel dem König noch was ein.

König:
Steinmetz!

Chronistin:
Der Steinmetz war mit Recht schon sauer, da hörte man ein lautes:

Steinmetz:
Aua!

(Der Steinmetz kommt mit verbundener Hand.)

Steinmetz:
Ich habe mir auf die Finger geklopft. Blöder Stein! Kann ich nicht was Weicheres nehmen?

König:
Was fällt dir ein?
Es wird in Stein das Grundgesetz geschlagen!
Und schlägst nicht du die Änderung ein, werd' ich es selber wagen.
(Der König geht ab.)

Steinmetz:
(Schaut dem König sinnend nach.)
Armes Gesetz. Wo er die Rechtschreibung gar nicht beherrscht.

Chronistin:
Der König schlug in Zornesglut und litt in seinem Schweiß – da tönte laut ein Schrei der Wut ein unterdrücktes:
König:
Aua!

(Der König kehrt mit verbundenem Finger zurück.)

Wir lassen das Gesetz, wie es gedacht war, man schlägt sich viel zu schmerzhaft auf die Hand.

Chronistin:
Und weil der Stein so furchtbar hart gemacht war, war das Gesetz noch unverletzt, als man es fand.
Man kann ja mit Papier fast alles machen.

Ein Armloch macht schon ein Gesetz entzwei.

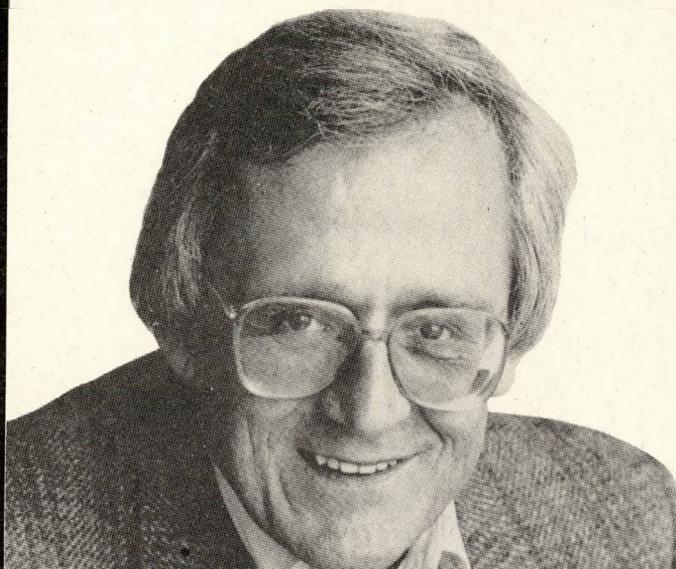
Was schlimmer ist – Sie werden furchtbar lachen:

König und Steinmetz:
Man tut sich nicht mehr richtig weh dabei.

Aus: Dieter Hildebrandt, „Was bleibt mir übrig“, Knauer Taschenbuch 2384. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Dieter Hildebrandt zum Thema „Grundgesetzänderung“

Stein oder nicht Stein



Von Menschenhandel, Stacheldraht und Satellitenstädten

ZDL Hans Auer war unterwegs in Libyen und den Nachbarstaaten

„Libyen?“ Al Hadschi schlägt sich abwechselnd mit den Fäusten ins Gesicht, er schüttelt den Kopf. „Ghaddafi?“ – mit einer unverkennbaren Geste läßt er uns wissen, wie wenig er von dem 'revolutionary muslim' hält.

Al Hadschi ist einer von jenen Schwarzafrikanern, die sich im ganzen afrikanischen Kontinent verdingen, um sich dadurch in ihrer Heimat eine Existenz aufbauen zu können. Libyen gilt unter ihnen als Traumland: Dort fließt das Öl und damit auch das Geld.

Und tatsächlich: Die Libyer selbst scheinen in ihrem Land nur noch Geschäftsführer zu sein, gemäß den Worten des Revolutionsführers Ghaddafi: „Wenn ich den Libyern gesagt habe, sie sollen Bourgeois werden, dann habe ich nichts anderes gemeint, als daß sie alle in Wohlstand leben sollen.“ Wo immer körperliche Arbeit geleistet wird, sind Schwarzafrikaner am Werk. Diese unterwerfen sich gerne der Hierarchie – denn hier werden mit die höchsten Löhne der afrikanischen Welt gezahlt. Traumland Libyen!

Und so strömen Tausende aus allen Winkeln Afrikas nach Libyen. Die meisten werden illegal über die Grenzen geschleust. Auf den alten Karawanenwegen wurden schon seit Jahrhunderten Sklaven aus Schwarzafrika an die Mittelmeerküste getrieben. Es sind dieselben Routen, auf denen heute diese modernen Menschentransporte durch die Sahara geschmuggelt werden. Unter kundiger und teuer bezahlter Führung einheimischer Tuareg werden die Arbeitswilligen durch die Sahara geführt. Marschiert wird meist nachts – die Angst vor Entdeckung ist groß. Durch das grenznahe Tassilgebirge im Südosten Algeriens führt eine solche Route: „trasse malienne“ wird dieser, vorwiegend von Malinesen genutzte Schmugglerpfad, von den Einheimischen genannt. Meist nur mit dem, für den afrikanischen Reisenden so typischen, in Sacklein gefaßten 5-Liter-Wasserkarister als einzigem Gepäckstück, laufen sie nach Osten. Außer dem lebensnotwendigen Wasser scheint es nichts zu geben, das sich lohnen würde, mit auf die Reise genommen zu werden. Libyen – das gelobte Land.

Bewacher Menschentransport

Wir sind auf der Piste Djanet-Tamanrasset, einer der wichtigsten Transsahara-Routen in Algerien, quasi die Ost-West-Achse und Transitstrecke von Libyen nach Schwarzafrika.

Gerade ist unser Wagen von einer paramilitärischen Einheit umstellt worden. Die Männer



Moderne Bewässerungsanlagen in der libyschen Wüste. – Unten: Piste Djanet-Tamanrasset: Libyscher Menschentransport

sind bewaffnet. Da kommen plötzlich 20 alte Militärlastwagen über den Horizont. Die Pritschen der Trucks sind vollbesetzt mit Menschen. Wir zählen über 70 Personen pro Lastwagen, fast ausschließlich Männer. Der Konvoi stoppt an einer Pfütze, die vom abfließenden Regenwasser in einem Wadi gebildet wurde. Die Passagiere klettern von den Ladeflächen und füllen ihre in Sacklein gefaßten Wasserkarister mit dem dreckigen Wasser auf.

Normalerweise sind derart menschenbeladene Lastwagen ein alltägliches Bild auf afrikanischen Pisten und Straßen: Als „Taxis“ halten sie den öffentlichen Verkehr aufrecht.

Von „öffentlichen“ Verkehr kann aber angesichts der begleitenden Militäreinheiten nicht die Rede sein. Was ist los? Wir versuchen von unseren Bewachern etwas über die Aktion zu erfahren. Aber: „no question, no photo!“ Später bestätigt sich unser Verdacht – es handelt sich um einen libyschen Menschentransport, um Angehörige des Volks der Tuareg, die aus Libyen über Algerien in den Niger transportiert werden. Sie haben während der großen Dürren 1970 und 1980 in Libyen und Algerien Zuflucht gesucht und dort Arbeit gefunden. Jetzt wollen sie wieder in ihre „Heimat“ zurückkehren, die im Staatsgebiet von Mali und Niger liegt. Wissen die Tuareg überhaupt, was sie in ihrer „Heimat“ erwartet?

Heute ist es nicht mehr die Dürre, die ihre Existenz bedroht, inzwischen sind es vielmehr die Regierungen der westafrikanischen Nationalstaaten, die den Tuareg ihre Lebensgrundlage entziehen. Die Machthaber versuchen, die Tuareg brutal zu unterdrücken, ja noch schlimmer: „Die Tuareg müssen alle gezählt und ausgerottet werden“, so Ibra Galabima, einer der ranghöchsten Ministerialbeamten, der damit die Einstellung der Regierung von Niger vertritt. Bei den Konflikten in Mali und Niger sind in den letzten zwei Jahren mindestens 1500 Tuareg ums Leben gekommen.

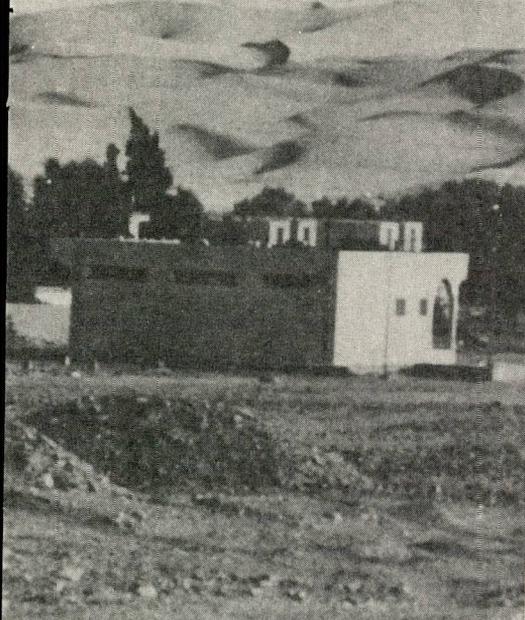
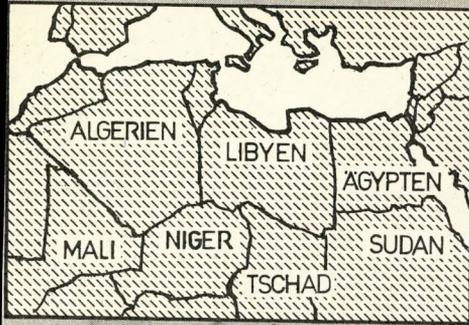


„Revolution“ der Landwirtschaft

Ähnliche Probleme existieren auch in Libyen, wenn auch die Nomaden hier nicht in ihrem Leben bedroht sind.

In der modernen Volksjamahirija (Sozialist. arab. Volksrepublik) wird das Nomadentum nicht mehr geduldet. Ganze Landstriche (Wüste!) werden wahllos mit Stacheldrahtzäunen durchtrennt. Sollen damit die Wanderungen der Familien mit ihren Herden verhindert werden? Ist eine in Zelten lebende Bevölkerungsschicht für einen modernen, vom Öl geprägten Wüstenstaat nicht mehr zeitgemäß? Oder sollen hier um jeden Preis die seit jeher aufsässigen Nomadenvölker unter Kontrolle gebracht werden?

Der Seßhaftmacher Ghaddafi bietet den Nomaden dafür moderne Wohnungen, die Boh-

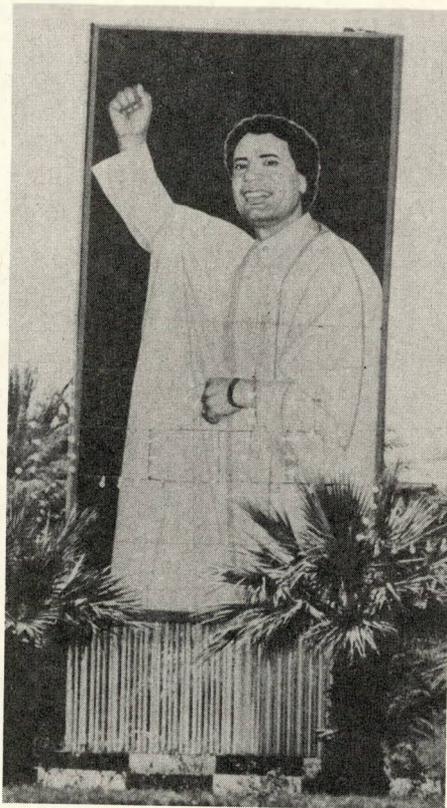


Fotos: Hans Auer

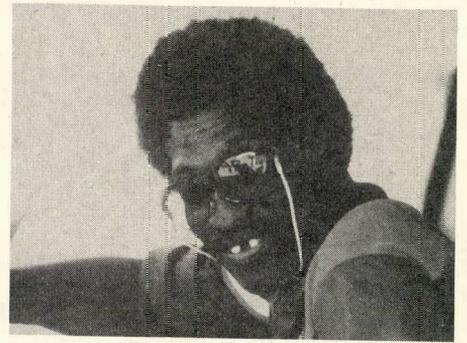


Die schattigen Oasengärten, bevorzugtes Anbaugelände für Obst und Gemüse, aber auch für Viehfutter, werden nicht mehr bestellt. Dafür entstehen draußen in der Wüste die von aller Welt bestaunten, aus Tiefbrunnen bewässerten, kreisrunden Felder. Die landwirtschaftlichen „Produktionsscheiben“ werden über gigantische Schwenkarme Tag und Nacht mit fossilem Grundwasser beregnet. Bemerkenswert sind diese Versuche ohne Zweifel. Sieht man aber genauer hin, so entdeckt man mehr aufgelassene, vertrocknete Felder als wirklich bestellte. War nicht vielleicht die traditionelle Bewirtschaftungsweise doch effektiver?

Nicht nur die Gärten, ganze Oasen werden unter Ghaddafi verlassen. Auch gewachsene Wohnstrukturen werden gegen moderne Wohnblocksiedlungen ausgetauscht. Mit schweren Raupen werden dann mitten durch alte, verschachtelte Wohnkomplexe meterbreite Trassen geschoben. Soll damit demonstriert werden, daß alte Gesellschaftsstrukturen den modernen Vorstellungen unausweichlich im Weg stehen?



Überlebensgroß Revolutionsführer Ghaddafi



Al Hadschi, Fremdarbeiter in Libyen

Ein trauriges Beispiel sind die Oasen in den Dünen von Ubari. Mitten zwischen riesigen Sanddünen liegt eine Kette grundwasserspeicher Seen, seit jeher Anziehungspunkte für menschliche Besiedelung. Ein Phänomen in der sonst lebensfeindlichen Sahara: An den Ufern der palmengesäumten Seen von Gabroun und Mandara liegen fruchtbare Oasen vor einer grandiosen Sandkulisse. Seit Jahrhunderten autarke Siedlungsstrukturen inmitten eines riesigen unfruchtbaren Dünenmeeres. Unter Ghaddafi werden auch diese Siedlungen zwangsgeraäumt. Werden sich die umgesiedelten Familien in den modernen Bungalowkasernen zu rechtfinden? „Das arabisch-lybische Volk hat der Welt die Gründung der Volksmacht und der ersten Jamahiria der modernen Geschichte angekündigt. Das Volk trifft die Entscheidungen und das Volk führt sie aus. „Stimme des Volkes, oder hören wir den revolutionary muslim, Ghaddafi, selbst?“

„Die libysche Wüste, Teil der großen orientalischen Wüste, ist der Ursprung hoher, edler Werte und ewigwährender, humanistischer Ideale. Die Wüste ist ein Mikrokosmos mit seinen Rätseln und seinem Reiz, sie ist einfach andersartig.“

Der Reisende kommt heute allerdings für viele „Rätsel“ und „Reize“ zu spät: Die Tuareg, die „edlen Ritter“ der Sahara sind längst schon in die Nachbarländer gezogen, die seit Generationen frei ziehenden Nomaden werden in Wohnsiedlungen gepfercht. Oasenromantik ist der Moderne gewichen. Die Tradition liegt hinter Stacheldrahtzäunen: Eintritt verboten.

Das libysche Wirtschaftswunder – gut geölt

Das libysche Volk scheint im Moment zufrieden zu sein. Erkaufte Ruhe. Bezahlt mit der Bereitstellung von Boden und landwirtschaftlichem Gerät, mit modernen Wohnungen, mit einem funktionierenden Gesundheitswesen. Wie lange aber vermag Ghaddafi das alles noch aufrecht zu erhalten? Die Ärzte, Lehrer und Professoren sind ausnahmslos Ausländer, ja selbst die Straßen und Häuser werden von Gastarbeitern gebaut. Dank des Ölbooms ist das alles finanzierbar. Fehlen eines Tages die Mittel, wird Libyen erwachen. Nicht nur das Gesundheits- und Bildungswesen, subventionierter Handel und Landwirtschaft werden ins Wanken geraten, sondern auch Ghaddafi selbst. Spätestens dann werden auch die Oasenbauern und Nomaden in ihren heruntergekommenen Betonsiedlungen aus der erkauften Zufriedenheit erwachen. Vielleicht trifft das Volk dann die Entscheidungen wirklich selbst und es kommt ein weiteres mal zu Umwälzungen in Libyen. ■

zung von Tiefbrunnen und die kostenlose Bereitstellung von landwirtschaftlichen Geräten. Aus freien Nomaden werden seßhafte Bauern.

Dennoch ist Libyen nicht in der Lage, seine 3 Mio. Einwohner ausreichend mit eigenen Lebensmitteln zu versorgen. Ist eine Jahrhunderte alte nomadische Bewirtschaftungsweise den rauen Bedingungen der Sahara nicht besser angepaßt als die moderne Tierhaltung in Hühnerfarmen und Rinderzuchtbetrieben? Ghaddafi, der Revolutionär der Landwirtschaft?

Weiter südlich, im Sahararaum, werden alte, seit Generationen bewirtschaftete Oasengärten aufgegeben. Zigtausend Dattelpalmen, früher das Kapital der Oasen, werden heute nicht mehr gepflegt, nicht mehr bestäubt. Die für den Sahararaum so typischen Früchte, in anderen Mahgrebländern wichtigstes Exportgut, sind in Libyen schon lange Mangelware: Auf den Märkten angebotene Datteln sind meist importiert.



Portrait

Von Helmut Donat



Hermann Stöhr (1898 – 1940)

– Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen

Als „trübste Erfahrung“ seines Lebens galt 1928 dem Marburger Theologieprofessor Martin Rade, „daß das deutsche Kirchenvolk nach vielen Seiten hin keine Buße getan hat“. Ein hartes, aber nicht gar so ungerechtes Urteil. Eine Abkehr vom Denken in Gewalt- und Machtkategorien hat es in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg nicht gegeben. Auch in den Kirchen nicht. Vor diesem Hintergrund ist das Leben und Schicksal Hermann Stöhrs zu sehen. Im Zweiten Weltkrieg ist er der einzige evangelische Kriegsdienstverweigerer gewesen, der vom Reichsgericht zum Tode verurteilt und am 21. Juni 1940 in Berlin-Plötzensee enthauptet wurde.

Als Sohn eines Zollinspektors am 4. Januar 1898 in Stettin geboren, verfehlte die „vaterländische Erziehung“ in Schule und Elternhaus ihre Wirkung auch bei Hermann Stöhr nicht. Begeistert folgt er im August 1914 dem Ruf der Waffen und meldet sich, gerade sechzehn Jahre alt, als Kriegsfreiwilliger zur kaiserlichen Marine. Doch nicht das Kriegserlebnis, erst das Studium, das er als Doktor der Staatswissenschaften abschließt, und die wirtschaftliche Not der Nachkriegsjahre veranlassen ihn zu einer Revision des Denkens. In der „Christlichen Studentenvereinigung“ wendet er sich gegen deutschnationale Auffassungen, und er fordert, nationale Rücksichten aufzugeben und sich der Herrschaft Jesu zu unterstellen. Ebenso nachdrücklich vertritt er seine pazifistischen Standpunkte als Mitarbeiter der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“ F.-Siegmund-Schultzes in Berlin sowie als Sekretär bei der Geschäftsstelle der ökumenisch orientierten Zeitschrift „Die Eiche“ und dem „Internationalen Versöhnungsbund“ (IVB). Ohnehin ein Einzelgänger, wird er, weniger auf nationale Belange achtend und daher weitsichtiger, in dem gemäßigt einzuschätzenden Flügel evangelischen Friedensengagements rasch zum Außenseiter.

Stöhrs Einsatz für den Frieden speist sich aus christlich-ethischer Überzeugung. Dem politisch-organisierten Pazifismus der Weimarer Republik steht er als Mitglied des IVB eher reserviert gegenüber. Sein Arbeitsfeld bleibt, ob er nun in der Wohlfahrtspflege der Inneren Mission oder als freier Schriftsteller und Verleger tätig ist, die ökumenische Friedensbewegung. Außenpolitisch tritt Stöhr für deutsch-fanzösische und für deutsch-polnische Aussöhnung ein. Wie katholisch orientierte Kreise der Friedensbewegung wegen ihrer Forderung „Ein Ost-Locarno ist christliche Gewissenspflicht!“ – also eine Anerkennung der polnischen Westgrenze – in Schwierigkeiten geraten, so ist auch Stöhrs Bemühen für eine Anerkennung deutscher Schuld an Polen heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Vertreter des nach 1918 weiterhin dominierenden Nationalprotestantismus der Amtskirche entfachen eine Pressekampagne gegen Stöhr, bezichtigen ihn eines „unverbesserlichen Pazifismus“. Prompt wird sein Vertrag

beim „Zentral-Ausschuß für Innere Mission“ nicht verlängert. Doch Stöhr läßt sich nicht beirren und erklärt: „Ungesühnt ist der große deutsche Schuldanteil an den vier Teilungen Polens. . . Für diese Schuld hat weder die Kirche noch unser Volk Buße getan. Und doch hätten wir allen Grund, mit Augustin und Luther zu bekennen: Mein ist die größte Schuld. Weil wir Deutschen diese unvergebene Schuld mit uns herumtragen, haben wir während des vergangenen Jahrhunderts nicht in ein rechtes Verhältnis zu unserem östlichen Nachbarn kommen können.“

Infolge seiner kompromißlosen Haltung wenden sich viele von Stöhr ab. Selbst Martin Rade geht auf Distanz, später auch Dietrich Bonhoeffer, der glaubt, vor Stöhr und seinem ökumenischen Kreis warnen zu müssen. Stöhrs Lage wird noch schwieriger. Arbeitslosigkeit und zunehmende Vereinsamung mildern Familienangehörige und Freunde.

Wenig Gegenliebe in kirchlichen Kreisen erfährt Stöhrs Standpunkt einer radikalen Kriegsdienstverweigerung. Bedenkt man, daß der Pazifist Arnold Kalisch aufgrund der fehlenden Unterstützung von Otto Dibelius für ausländische und christliche Kriegsdienstverweigerer im Februar 1931 zu dem Schluß gelangte, von den in Deutschland üblichen Bekenntnissen erfülle die evangelische Kirche die „jeder Religionsgemeinschaft obliegende Pflicht, für die Friedensgesinnung und Friedensverwirklichung einzutreten . . . am schlechtesten“, so wird offenbar, in welcher Einöde sich Stöhr bewegte.

Als Gegner des Antisemitismus solidarisierte er sich zudem auch und gerade nach 1933 mit den verfolgten Juden. Vergeblich suchte er in Schreiben an den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates die Kirche zu bewegen, den im KZ Inhaftierten seelsorgerlich beizustehen.

Im November 1939 weigert sich Stöhr, den Fahneid auf den „Führer“ zu leisten. Aber nur hie und da löst sein Opfergang Betroffenheit aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg steht das schlechte Gewissen, nichts oder zu wenig gegen die menschenverachtende Politik des NS-Regimes getan zu

haben, einer Befassung mit dem „Fall Stöhr“ im Wege. Selbst die „Bekennende Kirche“ verdrängt sein „Sterben für den Frieden“. 1978 fällt das Grab Stöhrs auf dem Ev. St. Johannis-Kirchfriedhof in Berlin-Wedding einer Autobahnplanung zum Opfer. Die Familie gibt die Grabstelle auf. Niemand interessiert sich mehr dafür. Erst Eberhard Röhm, Dozent am Pädagogisch-Theologischen Zentrum der Ev. Landeskirche in Württemberg, hat die Spuren Hermann Stöhrs gesichert und ihm 1985 ein literarisches Denkmal gesetzt. Inzwischen hat sich ein Gemeindezentrum in Berlin-Charlottenburg nach H. Stöhr benannt. Das ist gut so. Aber man wird darauf achten müssen, daß Stöhr nicht zum „Martyrer“ stilisiert wird. Ein solcher Umgang mit der Wiederentdeckung Stöhrs liefe allzu vordergründig darauf hinaus, die politische, historische und kirchengeschichtliche Bedeutung des von Stöhr auf sich genommenen Opfers erneut zu verstellen.

Literatur: Eberhard Röhm, „Sterben für den Frieden. Spurensicherung: Hermann Stöhr (1898–1940) und die ökonomische Friedensbewegung“, Stuttgart 1985, 278 S., Calwer Verlag, Preis s. S. 29.



Deutschchristliches Sonntagsblatt „Evangelium im Dritten Reich“, 1934

BUCH

FILM



Dem Rad in die Speichen fallen

Renate Wind, „Dem Rad in die Speichen fallen – Die Lebensgeschichte des Dietrich Bonhoeffer“, Beltz-Verlag, Weinheim 1990, Preis s. S. 29. Besprochen von Hermann Schäufele

Bonhoeffer-Schulen, Bonhoeffer-Kirchen, Bonhoeffer-Gemeindehäuser – rings um den Globus sind sie anzutreffen; in Japan wie in den USA, in der BRD wie in Südafrika. Die letzte Strophe seines letzten Gedichtes:

*„Von guten Mächten wunderbar geborgen,
erwarten wir getrost was kommen mag.
Gott ist mit uns am Abend und am Morgen
und ganz gewiß an jedem neuen Tag.“*

„ist heute ein beliebtes Motiv auf Kalendern und Postkarten christlicher Verlage, meist gekoppelt mit Sonnenuntergang oder Kerzenschein“ (Wind, S. 148 f). Aber das wirkliche Leben von Dietrich Bonhoeffer war nicht von Idylle und Romantik geprägt und freilich auch nicht von Haus aus zu dem gefährlichen Unternehmen bestimmt, „dem Rad – des nationalsozialistischen Unrechtsstaats – in die Speichen zu fallen“. Renate Wind schildert mit bisher teilweise unbekannt Details den Weg vom konservativen Elternhaus zum pazifistischen Widerstandskämpfer, der sogar für die bekennende Kirche zum unbequemen Mahner und Rufer wurde.

Viele Gläubige und Nichtgläubige sind sich – nach dem Religionsmißbrauch während des Golfkrieges erst recht – darin einig: Glaube und Politik haben nichts miteinander zu tun, sind getrennte Bereiche.

Für Bonhoeffer aber war „sein Bekenntnis zu Gott verbunden gewesen mit dem Kampf gegen das Unrecht“, so der englische Bischof und Freund Bonhoeffers, George Bell, beim Gedankengottesdienst in London.

Bonhoeffer war schon vor dem II. Weltkrieg zur Kriegsdienstverweigerung entschlossen. Sein Weg hat ihn in den aktiven Widerstand gegen die Naziherrschaft geführt, für Frieden und Gerechtigkeit. Renate Winds Bonhoeffer-Biographie reizt, sich noch intensiver mit dessen Werk auseinanderzusetzen.

Shalom General

Regie und Buch: Andreas Gruber, Österreich 1989; Vertrieb der Videofassung (96 Min.) über: atlas film + av, Ludgerstr. 14-16, Duisburg 1
Besprochen vom Friedhelm Schneider

Mit „Shalom General“ hat Andreas Gruber einen gelungenen und anregenden Kinofilm gedreht, der leider den Weg in unsere Kinos nie richtig gefunden hat. Im Mittelpunkt des Geschehens stehen die Zivildienst-Erfahrungen eines österreichischen KDVer: Roman kommt als „Zivildienstler“ (so die österreichische Bezeichnung für „ZDL“) auf die Pflegestation eines Altenheimes. Dort hat er „General“ Kulat zu betreuen, einen ehemaligen Wehrmachts-offizier, der – bis zur Halskrause gelähmt – im Rollstuhl sitzt. Der Film bezieht seine innere Spannung aus der zunächst streitbaren und schließlich versöhnlichen Beziehung, die „General“ und Zivi zueinander entwickeln.

Kulat war seinerzeit als einer der jüngsten Wehrmachtsoffiziere im 2. Weltkrieg aktiv, bis ihn ein „feiger Bolschewik aus dem Hinterhalt“ erwischt hat. Probleme der Vergangenheitsbewältigung stellen sich ihm nicht: „... ich hatte mit diesem Nazipöbel nie etwas zu schaffen. Ich habe als Offizier gedient, die Machthaber kann man sich leider nicht aussuchen.“ Kulats Werte sind „Ehre, Selbstdisziplin, Selbstachtung: Jeden Tag kämpfe ich, vierzig Jahre lang, damit ich mich nicht aufbeuge.“ – Die Gegenwart des „Generals“, seine militärisch-einsilbigen Befehle bilden eine tägliche Herausforderung für den KDVer Roman. Nicht immer, doch meist gelingt es ihm, beherrscht-geduldig und humorvoll-gelassen zu reagieren: (R:) „Shalom, General!“ – (K:) „He, Pazifist! Das ganze Leben ist ein Kampf. Nur die Stärksten setzen sich durch.“ – (K:) „Ach General, das ganze Leben ist Lust und Liebe...“ Je näher sich die beiden Kontrahenten persönlich kommen, desto mehr geraten – fast unmerklich – die gegenseitigen Klischees (hier der flippige Turnschuh-Pazifist – da der ewig-gestrigte Militaristen-Dickschädel...) ins Wanken.

Eine große Stärke des Films ist es, daß er trotz „problemschwerer“ Inhalte auf heitere

und salopp-ironische Elemente nicht verzichtet. Im übrigen werden die Themen: KDV-Zivildienst-Altenpflege behutsam und differenziert, aufgegriffen, Widersprüche werden nicht künstlich geglättet, auch problematische Aspekte z. B. des Pflegegeldes fallen nicht unter den Tisch:

Roman ist nicht der unkomplizierte „sunny boy“ wie sein Kollege von der Schwarzwaldklinik. Der Aussicht, sich im Heim der Erfahrung von Alter, Gebrechlichkeit, Tod aussetzen zu müssen, fühlt er sich erst einmal nicht gewachsen (dazu der Heimleiter: „In einer Woche haben Sie sich daran gewöhnt.“). Daß der Zivildienst etwas anderes ist als ein freiwilliges soziales Engagement, deutet sich beim Empfang der neuen Zivis gleich zu Beginn des Filmes an: Die Heimleitung behält sich Spindkontrollen vor, Besuche auf den Zivi-Zimmern sind nicht erlaubt... Natürlich ist man beim bestehenden Personalmangel dringend auf Zivis angewiesen.

Auch die Situation der Altenpflegestation wird realistisch in ruhigen, verhaltenen Bildern gezeigt. Spannungen in den Aussagen des Pflegepersonals bleiben beiläufig stehen: „Auch wenn unsere Leute gebrechlich sind und geistig auch nicht immer auf der Höhe, respektieren Sie gerade deshalb ihre Würde!“ heißt es ganz zutreffend bei der Einweisung der Zivis – in der Praxis steht dem der Seufzer einer überlasteten Schwester gegenüber: „Warum kann die nicht zehn Minuten später sterben, dann ist mein Nachtdienst vorbei...“

Die authentische Gestaltung des Films profitiert deutlich vom Erfahrungshintergrund, den der Regisseur und Drehbuchautor als ehemaliger Altenheim-Zivi selbst eingebracht hat.

Obwohl mehrfach ausgezeichnet (Max-Ohls-Preis 1991, 1. Preis der Filmschau Nürnberg), ist „Shalom General“ auf dem kommerziellen Filmmarkt ohne Chance geblieben. Wie es aussieht, liegen der soziale und der kulturelle Marktwert der Zivis noch weit auseinander. Der Bedarf an realen Zivis wird wohl auch künftig die Nachfrage nach KDVer auf der Filmleinwand weit übersteigen. Umso mehr ist es der kürzlich herausgebrachten Videofassung des Films zu wünschen, daß sie ein breites Publikum findet.



Aus dem Film „Shalom General“

Foto: Thalia-Film

USA

2500 Golfkriegs-Verweigerer

Seit Beginn der Golfkrise im Aug. 90 haben nach Angaben der „War Resisters League“ rund 2500 amerikanische Soldaten/innen Anträge auf Anerkennung als KDVer/innen gestellt. Die meisten Gesuche seien abgelehnt worden oder immer noch in der Schwebe. Zum Teil werden die KDVer mit sehr drastischen Strafen, bis hin zur Todesstrafe, bedroht, das teilten amerikanische Beratergruppen mit. Den Berichten zufolge wurden bis Mitte Juli 12 US-KDVer verurteilt, mit Haftstrafen zwischen 8 und 18 Monaten. Gegen 9 weitere KDVer seinen Gerichtsverfahren im Gang, mit Strafandrohungen bis zu 8 Jahren. Besonders an Eric Larsen, Golfkriegsverweigerer der ersten Stunde, soll offenbar ein Exempel statuiert werden. Larsen ist in der BRD v. a. durch seine engagierte Rede bei der Anti-Golfkriegs-demo im Nov. 90 in Bonn bekannt geworden. Bis Red.-Schluß wartete er im Militärgefängnis auf seinen Prozeß. Der Militär-Staatsanwalt wirft ihm in der Anklageschrift Desertation in Kriegszeiten vor und weist ausdrücklich darauf hin, daß Eric Larson angesichts der Schwere seiner Vergehen nach Art. 65 des Militärstrafgesetzes der USA mit der Höchststrafe, dem Tode, bestraft werden könne. Mit der Höchststrafe bedroht ist außerdem der KDVer Kevin Sparrock.

Die amerikanischen Beratergruppen bitten darum, Protestbriefe an den US-Verteidigungsminister zu schreiben und ihn darin aufzufordern, die Drohung mit der Todesstrafe zurückzunehmen, alle KDVer unverzüglich freizulassen und ihren Status als KDVer aus Gewissensgründen anzuerkennen.

Anschrift: Mr. Dick Cheney, c/o Botschaft der USA, Deichmannstr. 29, 5300 Bonn 2.

US-Bischöfe für Amnestie

In einem Brief an US-Präsident Bush forderten 33 katholische Bischöfe der Vereinigten Staaten eine Amnestie für die 2500 Soldat/innen, die wegen des Golfkrieges KDV-Anträge gestellt hatten. Die katholische Kirche, so heißt es in dem Brief, erkenne die KDV als „moralische und vom Evangelium abgeleitete Option“ an.



Verabschiedung von GIs aus Stuttgart an den Golf (3.12.90) Foto: Storz/Graffiti

US-Militär-„Seelsorge“?

Anfang November 90 hat der Feldwebel Derrick Jones, seit seiner Geburt Mitglied der Kirche „assembly of god“, Entlassung aus der Armee als Kriegsdienstverweigerer aus religiösen Gründen beantragt. Am 18. November, als erster Schritt seiner Verhandlung, wurde er zu einem Gespräch mit dem Militärseelsorger vorgeladen. Jones führte aus, daß er keine feindlichen Soldaten töten könne, weil er der Überzeugung sei, dies würde in der Sprache des Glaubens einen Angriff auf den Leib Christi bedeuten.

„Machen Sie sich da keine Sorgen,“ antwortete der Militärseelsorger, „keiner von ihnen wird Christ sein.“

(Aus: The nation, 18.2.91)

Ungarn

Internationales Treffen der KDVer (ICOM 91) in Budapest

In den Abendnachrichten des ungarischen Fernsehens lief der Filmbericht an zweiter Stelle der nationalen Meldungen: Die Teilnehmer des ICOM 91 (International conscientious objectors meeting) waren in einem Demonstrationenzug vor die sowjetische Botschaft marschiert. Grund dafür war die kurzfristige Ausreiseverweigerung für den Kriegsdienstgegner Alexander Pronozimot.

Die Demonstranten übergaben dem Botschafter eine Petition, in der sie gegen diese willkürliche Handlung protestierten. Das große Interesse der ungarischen Öffentlichkeit an dem internationalen Treffen der KDVer war eine der Überraschungen für die 70 Teilnehmer aus (West-) Europa, den USA, Israel und Süd-Afrika. Ungarn bildet aller-

dings eine Ausnahme unter den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten. In allen anderen Staaten ist die Diskussion über KDV noch immer sehr schwierig. Eine Anerkennung dieses Menschenrechtes ist derzeit bestenfalls für Polen oder die CSFR denkbar. Vollkommen unübersichtlich ist die Situation in Jugoslawien. Der slowenische Teilnehmer zeichnete ein pessimistisches Bild. In Slowenien, dem bisher einzigen Teilstaat, der ein Recht auf KDV vorsah, herrscht praktisch Kriegsrecht. Bestand vor dem Bürgerkrieg noch die Chance, daß eine Entmilitarisierung in die Verfassung aufgenommen würde – für die sich über 50 % der Slowenen ausgesprochen hatten – haben mittlerweile die Militärvertreter das Ruder übernommen.

Gar keine Informationen sind derzeit über das Schicksal der Deserteure in der jugoslawischen Volksarmee zu erhalten. Es ist lediglich bekannt, daß sich einige den kroatischen und slowenischen Milizen angeschlossen haben. Auch im übrigen Europa ist man weit von einem einheitlichen Recht auf KDV entfernt. Besonders eklatant ist die Si-

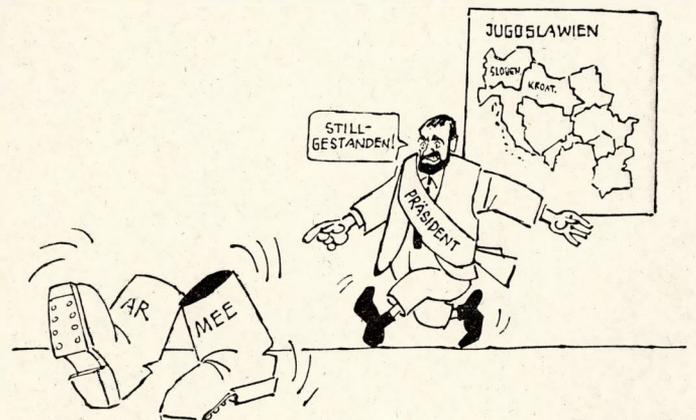
tuation in der Türkei, in Griechenland und in der Schweiz. In der Türkei ist an KDV überhaupt nicht zu denken, beim Militär ist Folter an der Tagesordnung. In Griechenland werden Verweigerer nach wie vor mit 4–6 Jahren Gefängnis bestraft. Die letzte Verhaftung eines Kriegsdienstgegners datiert vom 15. Mai dieses Jahres in Athen. In der Schweiz werden KDVer mit 17 Monaten Arbeitsdienst und Totalverweigerer mit einer entsprechenden Haftstrafe bestraft. Die weiteren Schwerpunktthemen des Treffens in Budapest beschäftigten sich mit der Rolle von Kriegsdiensten im Nord-Süd-Konflikt und der bisher wenig diskutierten KDV in Südamerika. Für besonders gefährlich sieht das ICOM die Bestrebungen einiger europäischer Staaten (mit einer bundesrepublikanischen Vorreiterrolle) an, das soziale System zunehmend mit zivilen Zwangsdiensten zu organisieren und zivilmilitärisch zu verplanen.

In ihrer Abschlusserklärung fordert das ICOM „endlich militärische und zivile Zwangsdienste abzuschaffen oder wenigstens ihre Verweigerung nicht zu kriminalisieren“.

Schwerpunkt des „Internationalen Tages der Kriegsdienstverweigerer“ am 15. Mai 92 werden die Forderung nach Recht auf Asyl in Europa für alle verfolgten und bedrohten KDVer und die Situation in der Türkei sein.

Das ICOM 92 findet in Frankreich statt. Um die Information und Diskussion zwischen den Treffen zu verbessern, sind drei ganzjährige Arbeitsgruppen neu ins Leben gerufen worden. Informationen darüber sind zu erhalten bei: SOdZDL, Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt 1.

Matthias Kittmann



Noch eine Unabhängigkeitserklärung.

Zeichnung: Jupp Wolter

Griechenland

Kampagne zur Unterstützung der griechischen KDVer

Das „Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung“ (EBCO) in Brüssel hat eine Kampagne zur Unterstützung der griechischen KDVer begonnen. KDVer werden in Griechenland nach wie vor zu 4 bis 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Momentan sind mehr als 400 Verweigerer inhaftiert, die alle zu den Zeugen Jehovas gehören. Weitere 42 nicht-religiöse KDVer werden zwar teilweise mit Haftbefehl gesucht, sind aber bisher nicht festgenommen worden.

Als Alternative zum Wehrdienst gibt es in Griechenland (seit 1988) nur die Möglichkeit eines waffenlosen Dienstes in der Armee, der doppelt so lange dauert und von den KDVer abgelehnt wird. Ein Gesetz zur Anerkennung des Rechts auf KDV, das die griechische Regierung 1990 aufgrund des wachsenden internationalen Drucks versprochen hatte, ist im Parlament niemals diskutiert worden. Stattdessen hat sich die Situation der Verweigerer verschärft. Einer Reihe nicht-religiöser Verweigerer sind die Pässe entzogen worden; sie dürfen das Land nicht verlassen. Die Bedingungen im Militärgefängnis Avalona, wo sich derzeit 277 KDVer befinden, haben sich drastisch verschlechtert. Die Gefangenen klagen über eine unzumutbare Überbelegung (ausgelegt ist der Gefängnistrakt für 150 Personen), katastrophale hygienische Bedingungen, ungenießbares Essen, fehlende medizinische Behandlung und Schikanen seitens des Wachpersonals. Einer Delegation von griechischen Parlamentariern und Mitgliedern des Europaparlaments, die im Mai die Gefangenen besuchen wollten, wurde vom Gefängnisdirektor der Zutritt verwehrt; nach einer Stunde Wartezeit konnten sie im Gefängnishof unter Aufsicht mit 30 Verweigerern sprechen. Weil die Überstellung der KDVer in das Landwirtschafts-Gefängnis Kassandra seit vergangenem Jahr verzögert wird, hat sich ihre tatsächliche Haftdauer erhöht. In Kassandra werden Gefangenen nämlich für jeden Tag Feldarbeit zwei Tage Haftzeit gutgeschrieben, doch wurden 1990 nur 55 KDVer dorthin überführt.

Am 2. Mai hat in der Athener Universität ein Symposium stattgefunden, an dem Vertreter von Amnesty International, Juristen, einige griechische Parlamentarier und ausländische Experten teilnahmen und auf dem das

Griechische Komitee der KDVer seine Vorstellungen einer gesetzlichen Lösung präsentierte. Momentan ist allerdings keine Gesetzesinitiative in Sicht, da die Regierung und die Parlamentsmehrheit auf stur schalten. Helfen kann offenbar nur nochmals verstärkter Druck von außen. EBCO ruft daher auf, bei den griechischen Botschaften zu protestieren und die eigenen Regierungen zu drängen, bei der griechischen Regierung Protest einzulegen. Das belgische Parlament hat eine entsprechende Entschließung bereits verabschiedet. Postkarten an griechische Regierungsstellen, in denen die Freilassung der inhaftierten KDVer und die Einführung eines zivilen Alternativdienstes gefordert werden, sind erhältlich bei: DFG-VK Bonn Stralsunder Weg 50 5300 Bonn 1.

Guido Grünewald



Motiv der Postkartenaktion für die Freilassung der griechischen KDVer.

Rußland

Russische Friedensgesellschaft wiedergegründet

Am 13. April 1991 wurde in Moskau die Russische Friedensgesellschaft wiedergegründet. Gründungsmitglieder waren AntimilitaristInnen, PazifistInnen, AnhängerInnen der Gedanken Leo Tolstojs, Gläubige unterschiedlicher Bekenntnisse (Adventisten, Christen, Duchoborzen), Vertreter von Menschenrechtsorganisationen sowie kultureller und wissenschaftlicher Verbände (Historiker, Journalisten, Schriftsteller).

Die Russische Friedensgesellschaft war ursprünglich 1909

gegründet worden, wurde aber bereits im Zarenreich unterdrückt und nach der bolschewistischen Machtergreifung aufgelöst. Heute versteht sie sich als ein unabhängiger Zusammenschluß von FriedensstifterInnen. Im (Wieder-)Gründungsmanifest beschreibt sie als ihren geistigen Hintergrund die „Werte der Menschlichkeit und der Moral sowie die Ideen der Gewaltlosigkeit des russischen Pazifismus, beginnend mit Leo Tolstoj bis zu Andrej Sacharow.“ Weiter heißt es in dem Manifest: „Die wahren Helden Rußlands sind nicht diejenigen, die ihre vergängliche Herrschaft aufgebaut haben, sondern diejenigen, die sich selbst geopfert und Gewalt nicht durch neue Gewalt, sondern durch geistige und spirituelle Kraft und durch das Gewissen besiegt haben.“

Unter dem Motto „Friede in der Seele“, „Friede in Rußland“ und „Friede auf Erden“ hat sich die Russische Friedensgesellschaft folgende Ziele gesetzt: Abrüstung und allgemeiner Friede, gewaltlose Lösung der ethnischen und anderen inneren Konflikte in der Sowjetunion, „Rückkehr Rußlands in die europäische Familie“ (Respektierung von Demokratie und Menschenrechten, Absage an Gewalt), Aufklärung über und Verbreitung der Ideen Leo Tolstojs und Andrej Sacharows, Erziehung der Individuen zur Gewaltlosigkeit. Konkrete nächste Aufgaben sind die Erstellung von Unterrichtsmaterialien über Frieden und Gewaltlosigkeit für Schulen, die Gründung eines Kindertheaters zur Förderung von Kreativität und Gewaltlosigkeit, die Propagierung der russischen pazifistischen Tradition und der Kampf für die Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und die Einführung eines zivilen Alternativdienstes. Eine 80seitige Broschüre über „Pazifismus in Rußland“ liegt bereits vor.

Die Russische Friedensgesellschaft wird sich aktiv an der bevorstehenden END Convention (Versammlung der für europäische nukleare Abrüstung eintretenden Gruppen und PolitikerInnen) im August in Moskau beteiligen. An Kontakten mit AusländerInnen ist sie ausdrücklich interessiert. Die Anschrift: Russian Peace Society, P. B. 433, Moscow 109072, USSR.

Guido Grünewald

Dranbleiben! Mitreden!

wub

abonnieren!



Ein Jah
wub für DM 10

Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschildt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10.- (4 Hefte einschließlich Versand).

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname) _____

(Straße, Hausnummer) _____

(PLZ, Ort) _____

(Datum, Unterschrift) _____

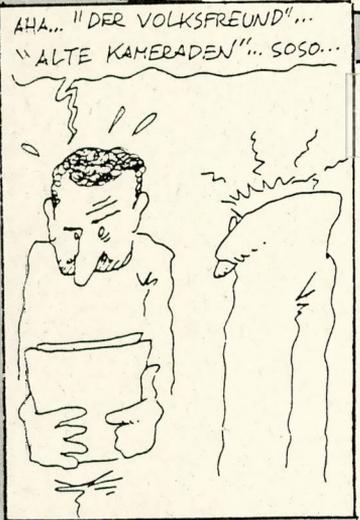
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift) _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Barbarossaplatz 4 · 5000 Köln 1

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

Aus dem Leben eines MSHD-Zivis (Mobiler Sozialer Hilfsdienst)



BRIEFE

AN DIE WUB-REDAKTION

wub 4/90,

Im Blickpunkt: Totalverweigerung

Hallo Leute,

zunächst mal herzlichen Glückwunsch zu Eurem Heft. Es ist eines der wenigen, das sich auch mit interessanten und kritischen Themen wie z. B. Kriegssteuerverweigerung oder Totalverweigerung auseinandersetzt.

Leider bin ich erst spät zum Lesen des Heftes 4/90 gekommen. Leider deshalb, weil ich meinen Zivildienst nach zehn Monaten abgebrochen habe und jetzt totalverweigere. Wie Ihr das Thema „Totalverweigerung“ aufgegriffen habt, fand ich echt gut. Schade war nur, daß das Urteil in dem von Euch geschilderten Prozeß sehr hart ausfiel (12 Monate ohne Bewährung), was sicherlich einige Leute abgeschreckt hat. Zur Information, Mathias hat in seinem zweiten Verfahren in der Berufungsverhandlung vor dem LG Kassel acht Monate auf Bewährung bekommen. Dies ist immerhin schon ein kleiner Erfolg, auch wenn die Totalverweigerer sich immer noch kriminalisieren lassen müssen. Und dies in einem Staat, der von sich behauptet, ein Rechtsstaat zu sein und die Gewissensfreiheit zu einem seiner Grundrechte erhoben hat!

Weiter hinten im Heft war zu lesen, daß die durchschnittliche Dauer der Wehrübungen bei lediglich 3,5 Tagen liege. Durch meine Totalverweigerung habe ich mich intensiv mit der Frage der Verfassungskonformität des ZDes beschäftigt und bin dabei im Bezug auf die tatsächliche Dauer der Wehrübungen auf folgendes gestoßen: Laut Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wimmer vom 9. Mai 1989 auf eine Anfrage des Abgeordneten Erler (SPD) werden derzeit jährlich etwa 200 000 Reservisten zu Wehrübungen einberufen. Die sich daraus ergebende durchschnittliche zeitliche Mehrbelastung betrug 12 Tage. (Deutscher Bundestag – 11. Wahlperiode / Drucksache 11/4573 Nr. 46)

Wie genau diese Angaben sind, kann nicht festgestellt werden. Seltsam ist jedoch, daß nach einer Antwort vom 8. Februar 1989 laut Herrn Wimmer die durchschnittliche zeitliche Mehrbelastung durch Wehrübungen für Mannschaften der Reserve 16 Tage betrug. (Deutscher Bundestag – 11. Wahlperiode / Drucksache 11/4026 Nr. 37)

Schade fand ich Eure kurze Antwort auf die Frage, warum der ZD trotz Art. 12a Abs. 2 GG länger dauert als der Wehrdienst, da diese 12 bzw. 16 Tage immerhin mitentscheidend für die längere Dienstzeit des ZDes gegenüber dem Wehrdienst sind. Es ist schon eine seltsame Grundgesetzauslegung der Karlsruher Richter, wenn man bedenkt, daß die vergleichsweise geringe Anzahl von etwa 200 000 Reservisten, die aus dem großen Heer an Reservisten jährlich zu Wehrübungen herangezogen werden, dafür maßgebend sind, daß alle Zivis einen um derzeit drei Monate längeren ZD abzuleisten haben.

Noch ein letztes Wort zu Eurer Zahlenangabe von 3,5 Tagen, die auch heute noch



häufig in Büchern angegeben wird. Sie entstammt aus einer Rede des damals noch FDP-Abgeordneten Hölischer, die er anlässlich der ersten Beratung eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des ZDes (KDVNG) am 27. Juni 1979 vor dem Deutschen Bundestag gehalten hat. (Deutscher Bundestag – 8. Wahlperiode – 163. Sitzung, 27. Juni 1979, Stenographischer Bericht S. 13046)

Mit solidarischen Grüßen

Klaus Fischer, Hockenheim

wub 2/91,

Im Blickpunkt: Kriegssteuerverweigerung

Liebe wub-Redaktion,

ich habe mit großem Interesse den Artikel über Kriegssteuerverweigerung gelesen. Da mich das Thema nicht mehr losläßt, kam ich zu dem Entschluß, eine Unterschriftenaktion zu starten. Ein Flugblatt zur Begründung der Aktion habe ich aus dem wub-Artikel zusammengestellt – in der Hoffnung auf Eure Zustimmung (da stimmen wir natürlich gene zu, W. Sch.). Der Text für die Unterschriftenliste hat folgenden Wortlaut (der z. Z. in Zusammenarbeit mit der Aktion „Steuern zu Pflugscharen“ überarbeitet wird, W. Sch.):

„Mit meiner Unterschrift möchte ich die Forderung unterstützen, meine Steuergelder nicht weiterhin in die Rüstung einfließen zu lassen. Ich rufe dazu auf, die Ernsthaftigkeit meiner Gewissensgründe gemäß Art. 4 GG (Gewissensfreiheit) anzuerkennen. Ich fordere den Bundestag auf, Handlungsalternativen, die mich aus meiner Gewissensnot befreien, gesetzlich zu verankern.“

Die Unterschriftenlisten können bestellt werden bei:

Stefan Walz, Haus Nr. 12, 6963 Schollhof (bitte DM 1.– Rückporto beilegen!)

Betr.: wub 2/91, KONTROVERS

„Wehrpflicht abschaffen?“

„Wub-Kontrovers“ ist immer meine Lieblingsseite, aber die Ausgabe 2/91 hat mich dermaßen beschäftigt, daß ich meine Gedanken nicht für mich behalten möchte. Nachdem ich die logischen Argumente von Günter Saathoff für eine Abschaffung der Wehrpflicht gelesen – und mich darin als ZDL 100%ig wiedergefunden – hatte, war ich gespannt auf die Argumentation des Herrn Gerster, da Herr Saathoff die immer wieder gebrauchte Schablonenargumentation der Wehrpflichtbefürworter dermaßen vernichtend bloßgelegt hatte, daß man diesen Artikel unbedingt einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Meine gespannte Erwartung wurde dann aber schnell von Fassungslosigkeit und blankem Entsetzen abgelöst. Wie kann ein bekannter Repräsentant einer Partei, die in der Adenauerzeit vehement gegen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht kämpfte, solche Dinge von sich geben? Kurt Schumacher drehte sich im Grabe um, wenn er diesen Standpunkt mit dieser Argumentation vernähme.

Da ist die Rede von einer Allgemeinen Dienstpflicht, die auch im Rahmen von „Aufbaudiensten“ in Ostdeutschland erfüllt werden könnte. Was soll man sich denn darunter vorstellen? Vielleicht müßten wir dann wieder Autobahnen bauen und mit dem Spaten geschult durch die Lande ziehen, selbstverständlich Lieder trällernd. Aber H. Gerster macht sich auch Gedanken um unsere Sozialisation, denn ohne Dienstpflicht würden wir alle seelisch „verarmen“.

Will hier jemand wieder den neuen Menschen schaffen? Das haben zwei Ideologien versucht und die Resultate sind bekannt. Aber natürlich denkt H. Gerster auch an Deutschland, denn wir brauchen Soldaten, eine durch die Wehrpflicht zur Volksarmee erhobene Streitmacht, damit wir nicht in die „weltpolitische Nische“ verschwinden – was soll die Welt auch von Deutschen denken, die nicht für „Ordnung“ sorgen wollen – die müssen ja krank sein! Es ist enttäuschend, wie die Politiker reihenweise unter dem Medienbeschuß während des Golfkrieges umgefallen sind, aber darin sind sie ja Weltmeister. Herr Gerster soll seinen „Time-warp“ vorwärts in die Vergangenheit machen – aber ohne uns!

Ralf Kölbach, ZDL, Oberreifenberg

Buchpreise:

Ars Regnandi, DM 69.–

Bonhoeffer, DM 16,80

Hermann Stöhr, DM 24,80

RÜSTZEITEN/WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann

Sonderurlaub nach Leitfaden E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

BADEN

- 14.10.–18.10.1991 Ludwigshafen/Bodensee: „Hat der Golfkrieg den Pazifismus widerlegt?“
 21.10.–25.10.1991 Thomashof b. Karlsruhe: „Bibliodrama – spielerischer Umgang mit einem biblischen Text“
 21.10.–25.10.1991 Thomashof b. Karlsruhe: „Leiden – Sterben – Tod“
 11.11.–15.11.1991 Freudental: „Die Friedensethik der Kirchen – auch nach der Vereinigung in der Zerreißprobe?“
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Kurt Kern und Theodor Ziegler, Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1, Telefon (0721) 168-333.

BAYERN

- 7.10.–11.10.1991 Neukirchen-Lautertal: „Natur erleben – natürlicher leben – Ökologie bedacht und erlebt“
 21.10.–25.10.1991 Bad Alexandersbad: „Mit dem Leben spielen“
 4.11.– 8.11.1991 Prackenfels: „Mit Sterbenden leben“
 11.11.–15.11.1991 Pappenheim: „Friedlich werken – wirken für den Frieden“
 2.12.– 6.12.1991 Schwanberg: „Adventsmeditation“
 9.12.–13.12.1991 Schwanberg: „Meditation – im Alltag vor dem Fest“
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Telefon (0911) 4304-238.

BRAUNSCHWEIG

- 21.10.–25.10.1991 Hohegeiß/Harz: Thema noch offen
Anmeldeformulare: Zentrale Beratungsstelle für KDV und ZDL, Am Fallersleber Tore 9, 3300 Braunschweig, Telefon (0531) 42539.

HESSEN-NASSAU

- 4.11.– 8.11.1991 Höchst/Odw.: „Sterben und Tod“
 25.11.–29.11.1991 Höchst/Odw.: „Gewaltfreies Handeln – die Ohnmacht überwinden“
 9.12.–13.12.1991 Höchst/Odw.: „Umgang mit psychisch Kranken“
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Kiesstr. 18, 6100 Darmstadt, Telefon (06151) 44088 u. 44089.

KURHESSEN-WALDECK

- 21.10.–25.10.1991 Ort offen: „Fasten“
 4.11.– 8.11.1991 Ort offen: „Dem Frieden verpflichtet“
 2.12.– 6.12.1991 Ort offen: „Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Harleshäuser Str. 138, 3500 Kassel, Telefon (0561) 62000

NORDELBIEN

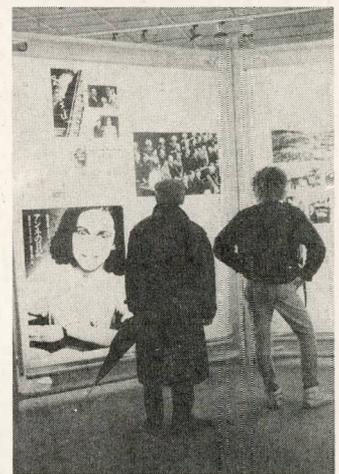
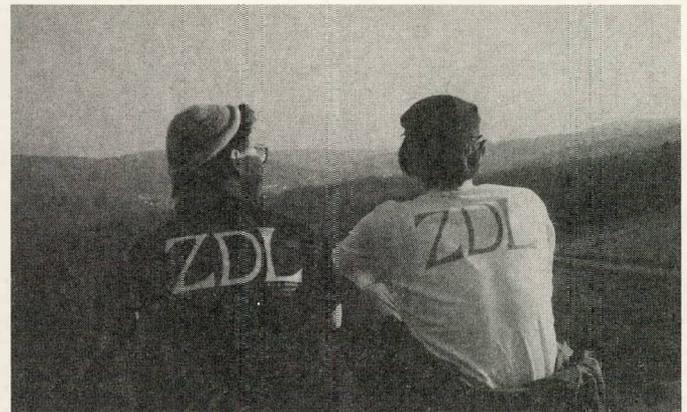
- 14.10.–18.10.1991 Koppelsberg: „Der Computer im Zivildienst“
 11.11.–15.11.1991 Koppelsberg: „Ob man vor dem Sterben fliehen möge?“
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Telefon (040) 258881 und 2508990.

PFALZ

- 25.11.–29.11.1991 Bad Dürkheim: „Die Macht der Bilder“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 6720 Speyer, Telefon (06232) 78238.

RHEINLAND

- 14.10.–18.10.1991 Radevormwald: „Der vernetzte Mensch“
 14.10.–18.10.1991 Solingen-Ohligs: „Würfel, Pöppel, Phantasie“
 11.11.–15.11.1991 Solingen-Ohligs: „Meditation als Lebenshilfe“
 2.12.– 6.12.1991 Radevormwald: „Ist Irren menschlich?“
Anmeldeformulare: Ev. Kirche im Rheinland, Zivildienstseelsorge, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Telefon (0221) 244696.



WESTFALEN

- 7.10.–11.10.1991 Bielefeld: „Sucht“
 21.10.–27.10.1991 Weimar/Buchenwald: „Begegnung in Deutschland“
 4.11.– 8.11.1991 Hagen-Berchum: „Ohne Waffen – aber nicht wehrlos“
 11.11.–15.11.1991 Nordwalde: „Männer – Männer Familie Beziehungen“
 25.11.–29.11.1991 Nordwalde: „Neonazis unter uns“
 25.11.–29.11.1991 Bielefeld: „Flucht und Asyl“
 2.12.– 6.12.1991 Hagen-Berchum: „Theater“
 2.12.– 6.12.1991 Schwerte-Villigst: „Reicher Norden – Armer Süden“
 16.12.–20.12.1991 Schwerte-Villigst: „Vertrauensleute“
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Telefon (02304) 755-230.

WÜRTTEMBERG

- 7.10.–11.10.1991 Beilstein: Klimakatastrophe: „Hat unsere Erde noch eine Chance?“
 21.10.–25.10.1991 Schurrenhof/Donzdorf: „Christliche Gewaltfreiheit“
 4.11.– 8.11.1991 Gschwend: „500 Jahre Kolonialismus in Amerika“
 2.12.– 6.12.1991 Beilstein: „Kultur der Gewaltlosigkeit“
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711)6368149

**Altlasten
oder: Erinnern und Versöhnen
oder: Verständigung, Brückenschlag
oder was ganz anderes...**

Warum sich erinnern? Warum jetzt besonders gegenüber den Völkern der Sowjetunion? Warum die alten Geschichten ausgraben und sich so intensiv mit Geschichte befassen, fragten einige Zivis, mit denen wir uns auf eine Fahrt im Rahmen einer Rüstzeit nach Minsk vorbereiteten.

Was für einen Sinn soll es haben, die Jüngeren mit einer Schuld zu konfrontieren, mit der sie nichts zu tun haben? Diese Fragen gingen mir durch den Kopf, als wir am Vorabend des 22. Juni in Hannover mit einer kleinen Gruppe schweigend vor dem Mahnmal standen, das an ermordete russische Kriegsgefangene erinnert.

Die Fragen wären berechtigt, wenn unser Volk seine Schuld gegenüber den Menschen der Sowjetunion eingestanden und die Menschen um Vergebung gebeten hätte. Dies ist nicht geschehen. Eine Schuld, an der die evangelische Kirche teilhat, die am 30. Juni 1941 durch den „Geistlichen Vertrauensrat“ erklärt wurde:

„Der Geistliche Vertrauensrat . . . versichert Ihnen, mein Führer, . . . aufs neue die unwandelbare Treue und Einsatzbereitschaft der gesamten evangelischen Christenheit des Reiches. Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Land gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengang gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländischer Kultur auf. . .“

„Kein Gras darüber wachsen lassen, sondern sich erinnern, nachfragen“, schrieb ein ZDL nach einer Polenfahrt: „Wir sind Verweigerer des Krieges und jeglichen Wahnsinns zwischen den Menschen, Querdenker und dürfen nicht im allgemeinen Strom der Lethargie schwimmen.“ Erinnerung ist nötig, die die Augen für die Gegenwart öffnet, die aus Erfahrungen lernen läßt, die Folgen für die Zukunft anmahnt. Erinnerungen, die einem Land und seinen Menschen den nötigen menschlichen Schatten geben.

Die Erinnerung wird schwieriger in unserem Land, wo man dem Schatten entfliehen will. Die Gnaden aller späteren Geburten lassen neue Ahnungslosigkeit zu. Die alte Schizophrenie bricht durch, die Spaltung der Persönlichkeit in eine privat humanitäre, politisch jedoch menschenverachtende Haltung. Sie führt zum Frieden mit den Tätern und zum Verlust an humaner Orientierung.

Darum war es notwendig, daß die Evangelische Kirche in diesem Jahr mit „Scham“ an die damaligen Ereignisse erinnert hat. Die Narben bleiben, die Altlasten der Geschichte. Und nur die Erinnerungen und die Erfahrungen, die wir miteinander teilen, helfen uns, einander zu verstehen. Verständnis, um nicht vorschnell von Versöhnung zu reden, beginnt mit dem Eingeständnis der Verstrickung in diese Geschichte. Ohne dieses Eingeständnis finden wir wohl nicht zu einem befreiten Miteinander, sondern nur zu einer oberflächlichen Geschäftigkeit. An den Geist, der zu einer solchen Praxis ermutigt, müssen wir uns halten. Denn dieser Geist, **der Geist Gottes**, so das Motto des Kirchentages im Ruhrgebiet, **befreit zum Leben miteinander!**

Holger Gifhorn



Fotomontage: Emmerling/Psiuk (wub-Titel 2/89: „Frieden mit dem Osten“. Das Heft ist erhältlich gegen 0,60 DM in Briefmarken bei der Redaktion)

wub

ART

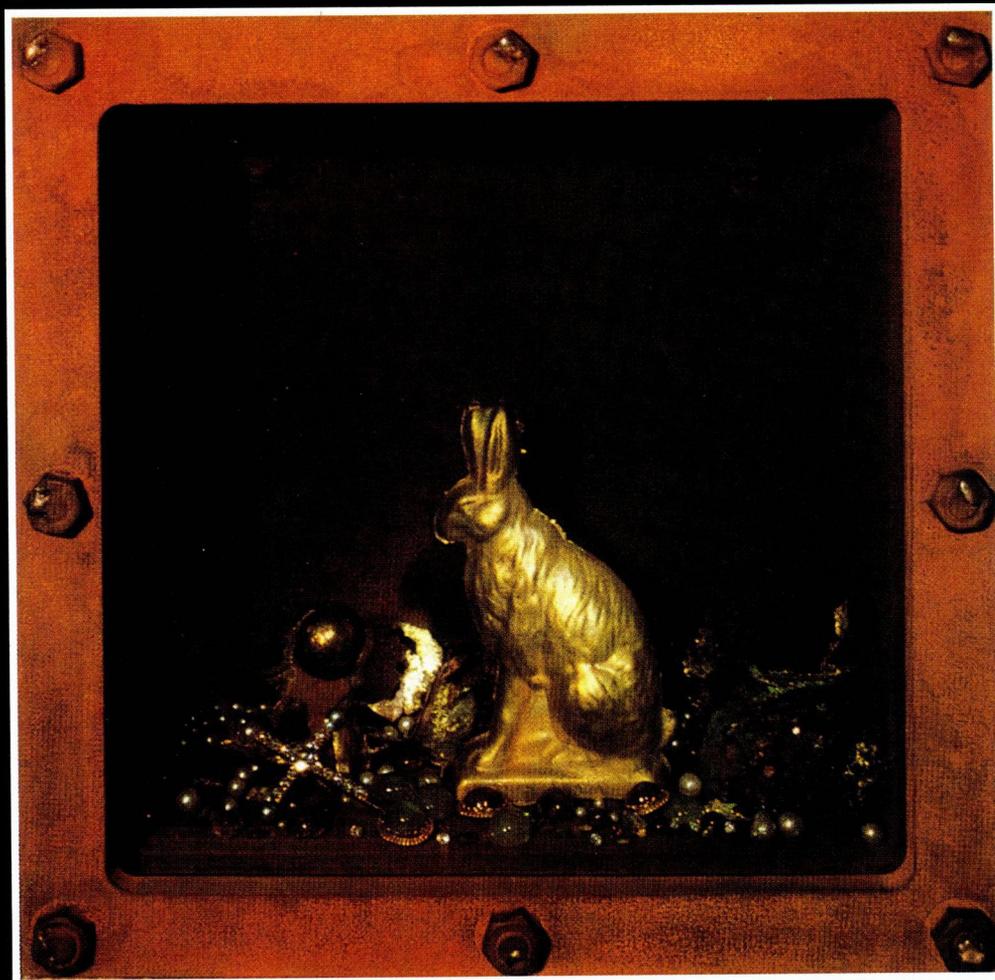
Joseph Beuys (1921–1986) „Der Friedenshase“

Was soll man von einem Künstler halten, der die Blutwurst als die überzeugendste Skulptur bezeichnete? Der Fettecken und Fettstühle kreierte oder mit der Pfote eines Hasen auf Bilder tippte und diese Aktion dann „Wie man Hasen die Bilder erklärt“ nannte? Der sich 3 Tage lang in Filz gehüllt mit einem Kojoten in einem Raum aufhielt und dieser Aktion den Namen gab „I like America and America likes me“? War er ein Scharlatan? Oder ein Genie? „Ich bin kein Mensch, ich bin ein Hase“, sagte er, halb scherzhaft, halb ernst, von sich. Und immer trug er etwas von einem Hasen mit sich herum. Als er sich zur Wahl ins Europa-Parlament aufstellen ließ, entwarf er das Plakat „Der Unbesiegbare“; dargestellt ist ein kleiner Hase auf einem Holzbrett vor einem winzigen Spielzeugsoldaten, der sein Gewehr auf das Tier richtet. Beuys war mit Leib und Seele überzeugter Pazifist und kämpfte für „Gewaltfreiheit aus prinzipiellen, menschlichen, geistigen, moralischen und politisch-gesellschaftlichen Gründen (...)“. Die Würde des Menschen steht und fällt mit der Unverletzlichkeit der Person und die Ebene des Menschentums verläßt, wer dies mißachtet.“

Als Künstler löste Beuys alle traditionellen Kunstvorstellungen auf und versuchte, die Grenzen zwischen Kunst und Leben einzureißen. Provokationen sind für Beuys ein bewußtes Kunstmittel, aber längst nicht alle Werke sind einfach als Provokation erklärbar. Manches aus seiner Arbeit, z. B. seine Vorliebe für Fett und Filz als „lebendige Stoffe“, wird verständlicher, wenn man etwas aus seiner Lebensgeschichte erfährt:

Im Winter 1943 stürzte er mit einem Kampfbomber auf der Krim ab und wurde von einer Gruppe von Tartaren gerettet, die seine schweren Wunden mit Fett einsalben und ihn mit Filz gegen die Kälte einwickelten. Zweimal war Joseph Beuys während des Krieges wegen Befehlsverweigerung degradiert worden.

In der Staatsgalerie in Stuttgart, in einem Stahlsafe mit Panzerglas – einem Reliquienschrein ähnlich – sind die Überreste einer Aktion von Beuys zu sehen, die den Titel: „Der Friedenshase“ trug. Am 30. Juni 1982 hatte der Künstler eine Nachbildung der Zarenkrone Ivans des Schrecklichen eingeschmolzen und sie zu Hase und Sonnenkugel umgegossen. Damit verwandelte er ein „Symbol der Unterdrückung, der Ausbeutung, der Macht“, in ein Zeichen des Friedens. Der Hase ist für Beuys „ein Zeichen der Bewegung“, der Lebendigkeit: Frieden braucht Bewegung. Der Hase ist erdverbun-



den: Friede auf Erden. Der Hase hat für Beuys eine starke Beziehung zur Frau, zur Geburt, zum Blut: Frieden als ein Prozeß des durch Schmerzen hindurch Geborenwerdens.

Der Hase ist in vielen Religionen ein Symbol des Göttlichen, auch in der christlichen Symbolsprache. Gott ist ein Gott des Friedens. Aus der Krone der Macht hat der unbequeme Künstler ein Diamantenkreuz herausgebrochen, das rechts unten im Bild zu sehen ist. Das christliche Kreuz, so kann man diese Botschaft verstehen, muß aus der Verschmelzung mit der Macht herausgelöst werden.

Zur Kirche sagte Beuys: „In dem, was die sog. christlichen Kirchen tradieren, ist der Christusimpuls allerdings meist in eine gewisse Dekadenz geraten“. Das Kreuzzeichen durchzieht das gesamte Werk des Künstlers, als Grabkreuz, Mahnkreuz, Handkreuz, als Erlösungs- und Opferkreuz. Es taucht aber auch auf als Koordinatenkreuz der Mathematik und Fadenkreuz des Gewehres, das den Tod bringt. Das christliche Kreuz hingegen ist für ihn ein Symbol des Opfers, der Leidensbereitschaft, die von der Gewalt erlöst. Oft gestaltete er blühende Kreuze, so als wollte er sagen: Aus der Leidensbereitschaft erblüht der Frieden. Beuys über seine Kunstwerke: „Die Kunst muß wie eine Waffe sein, die beispielsweise Kriege verhindern kann.“

Harald Wagner